

Nr.
3
März
1986

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Walter Dirks · Eugen Kogon · Heinz Kühn
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1986
33. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Tilman Fichter
Ulrich Gembardt
Ferdinand W. Menne

Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Courier-Druck, 5300 Bonn 3

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint
monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriften-
handel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versand-
kosten), Jahresabonnement 66,— DM (zuzüglich
12,— DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM
im Ausland). Das Abonnement verlängert sich auto-
matisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung
nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Im Bezugspreis sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 14
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Irling Fettscher
Bruno Friedrich
Ulrich Gembardt
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinmut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Zum Inhalt

Keine schönen Zeiten. Wir leben in einem Land, in dem gerade gegen den Kanzler wegen seiner Verwicklung in Spendenaffären ermittelt wird und in dem der SPD-Vorsitzende — aus Gründen der Balance — gleichzeitig ins Gerede gezogen werden soll. Ein erbitterter Kampf zwischen Arbeit und Kapital um einen Paragraphen des Arbeitsförderungsgesetzes füllt täglich die Spalten der Zeitungen; der soziale Friede wird extrem belastet mit einem Manöver, bei dem nur Minderheiten verstehen, worum es eigentlich geht. Die Regierung erzwingt einen maschinenlesbaren Ausweis, damit die Terroristenfahndung leichter werde; bloß kann niemand gezwungen werden, einen Ausweis mitzuführen, was den Kraftakt zur Farce macht. Und ein anerkannt gutes Fernsehprogramm soll gerade in ein paar provinzielle Regionalprogramme zerhackt werden — absurde deutsche Themen. Der Bundeskanzler heißt Kohl.

Da ist Anlaß, über die Grenze zu schauen. Der Schwerpunkt des März-Heftes der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte ist die Politik und Kultur Italiens. Auch das keine Vico-Torriani-Idylle; Klaus Kellmanns Analyse der Ermordung Aldo Moro zeigt es. Ein Land in gefährlich rascher Entwicklung. Wie wird sich das cliquenbeherrschte politische System ohne „Alternanza“, ohne die regelmäßige Abwechslung von Regierung und Opposition entwickeln? Überstehen die alten Richtungsgewerkschaften die Zurückdrängung der Industrie, das Vordringen der Dienstleistungen? Nähert sich die größte kommunistische Partei Westeuropas der Sozialdemokratie an? Das sind einige der Fragen unserer Autoren.

An zentraler Stelle zwei Interviews; mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Alessandro Natta, und dem dritten Mann der Sozialisten, Valdo Spini. Das lange Jahre gestörte Verhältnis der beiden linken Kräfte der italienischen Politik hat sich in den letzten Monaten gebessert; aber nach wie vor ist es so, daß ein „historischer Block“ der Linken unter Ausschluß der Democrazia Cristiana nicht stark genug wäre, das Land zu regieren. Wohin wird sich der durchsetzungsfähige Sozialist Bettino Craxi, inzwischen Chef der stabilsten italienischen Regierung seit langem, wenden? Wie werden die Erben Enrico Berlinguers dessen großes Erbe verwaltet und weiterentwickeln?

Von den italienischen Gewerkschaften können wir übrigens lernen. Rolf Uesseler berichtet, daß sie in einem Industrievorort von Mailand einen kleinen

Container mit der Aufschrift „Sitz der Gewerkschaft“ aufgestellt haben, der zum mobilen Auskunfts- und Organisationsbüro für die vielen kleinen Unternehmen der Region wurde. Da auf die „Mikrostrukturen“ dieser kleinen Betriebe die klassischen Formen der Betriebsarbeit nicht paßten, schufen junge Gewerkschaftler überbetriebliche Kantinen oder Sanitätsstationen. Auch bei uns wird die kleinbetriebliche Struktur stärker werden; ein Fingerzeig?

Besonders bemerkenswert ist ein intellektueller Durchbruch beim Nachbarn Italien: die italienische Linke setzt mit Entschlossenheit auf die europäische Karte. Der Programmentwurf der Kommunisten für ihren 17. Parteitag deutet ebenso wie die programmatiche Abschiedsrede Luciano Lamas beim Kongreß der Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) in diese Richtung. Die deutsche Linke könnte in der italienischen einen Partner für ihren Kampf um europäische Identität finden — wenn sie ihn denn führt.

Übrigens — der große und erfolgreiche Romanier Alberto Moravia, der für das März-Heft unserer Zeitschrift einen Beitrag über Friedenskultur beigesteuert hat, ist heute Europa-Abgeordneter. Wäre es vorstellbar, daß wir Günter Grass in ein Parlament entsenden?

Wir führen im übrigen wichtige Kontroversen der deutschen Arbeiterbewegung weiter; so die Debatte des IG-Metallers Preiss mit dem Chemie-Gewerkschafter Walter über „Herrschaft“ und ihre Mechanismen in der Bundesrepublik. Auch die von Ehmke angestoßene Diskussion über Entspannungspolitik „von oben“ versus „von unten“ geht weiter. Das April-Heft wird sich mit rechtspolitische Fragen, das Mai-Heft mit dem Thema „Linke Öffentlichkeit“ auseinandersetzen.

Peter Glotz



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
		Thema: Italien — Kultur, Gesellschaft, Politik
196	Gianni Celati	Zwei Erzählungen
202	Alberto Moravia	Friedenskultur. Eine Collage
205	Interview mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Alessandro Natta	„Wir sind ein integraler Bestandteil der europäischen Linken“
213	Interview mit dem außenpolitischen Sprecher der Sozialistischen Partei Italiens, Valdo Spinelli	„Die Kommunisten müssen ihre Positionen radikal verändern“
216	Rolf Uesselner	Weder Blaumann noch weißer Kragen. Lage und Perspektive des gewerkschaftlichen Kampfes in Italien
224	Esther Koppel	„Endlich sind wir Frauen!“ Befreiung statt Emanzipation — die italienische Frauenbewegung
232	Klaus Kellmann	Die Entführung und Ermordung des Aldo Moro. Terrorismus und Politik in Italien
236	Karin Priester	Architektur und Faschismus in Italien
241	Heinz Timmermann	Godesberger Programm und Internationale Beziehungen
250	Helga Grebing	Kurt Schumacher — wieder aktuell?
253	Hermann Gläser	Kulturpolitische Notizen
256	Wolfgang Däubler	Neue Technologien und Recht. Ein Diskussionspapier des August-Bebel-Kreises
260	Jochen Struwe	Staat und Wirtschaft in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Historische Anmerkungen aus ökonomischer Sicht
264	Albrecht A. C. von Müller/Rosamaria Valdevit	Wissenschaftliche Politikberatung und Friedensbewegung
269	Ferdinand Müller-Rommel	Die Verwertung von politikwissenschaftlicher Forschung
271	Bernd W. Kubbig	Atomkrieg aus Versehen
276	Horst Peter	Bildungsoffensive im Interesse der Menschen oder Unterwerfung unter die Interessen der Wirtschaft?
		Berichte aus europäischen Ländern
279	Frankreich	Gewerkschaften in Nöten
280	Großbritannien	Westland und danach
282	Niederlande	PvdA zwischen Zuversicht und Ohnmacht
283		Leserbrief
284		Kritik
Titel: IL QUARTO STATO, Italien 1906		

Thema: Politik und Kultur in Italien

Gianni Celati Zwei Erzählungen

Der in Bologna lebende Gianni Celati, nach dem Urteil des verstorbenen großen italienischen Schriftstellers Italo Calvino der bedeutendste junge Autor Italiens, hat mit seinem jüngsten Erzählband „Erzähler der Ebenen“ in seiner Heimat begeisterte Aufnahme gefunden. Der „Erzähler der Ebenen“ erscheint demnächst in einer von Marianne Schneider besorgten Übersetzung als Quartett 143 im Wagenbach Verlag (160 S., DM 19,80). Celati erzählt darin 30 Geschichten, die ihm seinerseits – fiktiv oder nicht – in der Po-Ebene erzählt worden sind, von den kleinen Orten des Mailänder Hinterlandes über die industriellen Zentren bis zu vereinzelten Häusern des Deltas. Es sind zugleich Geschichten, die auf verschiedenen Ebenen erzählt werden: modo classico („Es war ein Mann in Ficarola in der Provinz Ferrara . . .“) oder modo moderno („Der schwierigste Augenblick ist, wenn die Frau zu hören anfängt, wie die Zeit vergeht . . .“). Immer aber in einer lakonischen Sprache von fast feierlicher Einfachheit, die auf gleicher Höhe mit den Ereignissen bleibt.

Geschichte vom natürlichen Leben

Diese Geschichte spielt in der Gegend von Argenta in der Provinz Ferrara.

Der Sohn eines Landwirts, der studierte, um später einmal Arzt zu werden, hatte in der Stadt bei einer Witwe ein Zimmerchen gemietet; dort sprach er häufig und lange mit dem saudummen Sohn der Witwe und erklärte ihm seine Philosophie.

Die Philosophie des Landwirtsohnes besagte: Wenn einer nicht natürlich ist und nicht alles so natürlich macht wie das Vieh, soll er sich lieber erschießen; die Leute, die zu viele Umstände machen, gefielen ihm nicht, denn es waren keine natürlichen Leute, sehr gut gefiel ihm hingegen die Chemie, denn das war etwas Natürliches.

Im Obstgarten seines Vaters wuchsen Äpfel und Birnen; aber zu jener Zeit waren zu viele Äpfel und Birnen auf dem Markt und der Obstgarten brachte nichts mehr ein.

Der Landwirtsohn glaubte, sein Vater sei falsch wie alle Bauern, und den Vater schüchterte der Sohn ein, weil er zur Universität ging. Daher sprachen die beiden nicht miteinander, sondern brüllten einander nur gelegentlich an.

Der Sohn schrie dem Vater ins Gesicht, er sei ungebildet und verstehe sich nicht einmal auf seine eigenen Geschäfte. Und zum Beweis dafür verkaufte er einmal die gesamte Äpfel- und Birnenernte, obschon sie in jenem Jahr durch den Hagel verdorben und somit unverkäuflich war.

Dann kaufte der Sohn des Landwirts ein Auto und machte sich auf die Reise, um bei dem Großhändler, dem er das Obst verkauft hatte, das Geld zu kassieren. Auf der Reise begleiteten ihn: ein Freund, der von Beruf Wasserwerker war (er überwachte den Wasserstand in einem Kanalhafen), der saudumme Sohn der Witwe und auch der andere Sohn der Witwe, der soeben die Handelsschule abgeschlossen hatte.

Auf der Fahrt machte sie oft halt, um zu essen und zu trinken, und der Landwirtsohn

hielt immer alle frei, weil es in seiner Philosophie hieß, daß man das Geld, das man hat, mit den anderen teilen muß. Auf der ganzen Reise entwickelten sie viele Ideen dieser Philosophie, besonders der Wasserwerker, der oft von Jesus Christus sprach.

Am Ende der langen Reise, auf der sie bis in den tiefsten Süden gelangt waren, gelang es ihnen nicht, den Großhändler zu finden; denn dieser hatte, von Schulden und Konkursanträgen verfolgt, jegliche Spur verwischt.

Tagelang fuhren sie durch die Gegend am Meer, um die winters verlassenen Strände zu besichtigen, und alles ging auf Kosten des Landwirts. Bis sie schließlich in einem gottverlassenen Hotel auf den Großhändler stießen.

Dieser war vollkommen einverstanden mit der Philosophie der vier anderen, und einige Tage wurde auch er von dem Sohn des Landwirts freigehalten, der ihm schließlich auch die Schulden erließ, weil, wie er selbst zugab, die Äpfel und Birnen, die er ihm verkauft hatte, vom Hagel verdorben und somit unverkäuflich waren.

Als sie auseinander gingen, waren sie gut Freund; um den Großhändler ein wenig zu unterstützen, gab ihm der Landwirtsohn einen Kredit in Form eines Schecks vom Girokonto seines Vaters.

Als der Sohn von der langen Reise zurückkam, erklärte ihm der Landwirt, nun wären sie ruiniert.

Nachdem der Sohn des Landwirts erneut versucht hatte, ein Examen zu machen, bei dem er immer durchfiel, beschloß er, sein Medizinstudium aufzugeben und den Obstgarten seines Vaters umzuwandeln. Sein Vater hatte einen Kollaps bekommen und sagte von da an kein Wort mehr, lebte für sich allein in einem Zimmer und wollte nichts mehr wissen.

Da die Äpfel und Birnen nichts mehr einbrachten, ließ der Sohn den ganzen Garten abholzen und an seiner Stelle eine Pfirsich- und Aprikosenbaumzucht anlegen. Er kümmerte sich selbst um diese Plantage, aber kurz darauf wurde seine Verlobte schwanger, da ließ er alles liegen und stehen und verschwand eine Zeitlang.

Als er wieder als Untermieter in dem kleinen Zimmer in der Stadt war, erklärte er dem saudummen Sohn der Witwe, er würde nie heiraten. In erster Linie, weil er die Pfaffen nicht riechen könne und dann, weil Heiraten das Unnatürliche von der Welt sei.

Inzwischen hatte die sich selbst überlassene Obstbaumzucht nichts erzeugt, und er mußte in sein Dorf zurückkehren, um sich eine Arbeit zu suchen. Damals begannen in der Gegend die ersten Experten aufzutauchen, die nach Gegenständen suchten, die man in die Museen für bürgerliche Kultur stellen konnte; zwischen ihnen und dem Landwirtsohn kam es zu langen Diskussionen, weil ihm ein Museum nichts Natürliches zu sein schien.

Er trat ihnen aber trotzdem viele alte landwirtschaftliche Geräte seines Vaters ab. Und als er ihnen das Zimmer zeigte, wo sein Vater nach alter Bauern Art in einem Eisenbett, auf einer Matratze aus Maisblättern und mit einem Bettwärmer nach alter Bauern Art schlief, interessierten sich die Experten sofort sehr für diese Gegenstände; er trat sie ihnen also ab, und die Experten brachten sie unverzüglich weg.

Als sein Vater von seiner kleinen Radfahrt zurückkam, war sein Bett nicht mehr da. Ohne etwas zu sagen, übersiedelte er in den alten Hühnerstall, wo er sich ein Feldbett aufstellte; er schloß sich mit einem eisernen Riegel ein und kam nicht mehr heraus.

Im nächsten Dorf hatte man eine Baugenossenschaft gegründet, die auch einen Immobilienhandel betrieb. Der Landwirtsohn wurde dort angestellt, und da er sehr gut reden konnte, machte er sofort Karriere. Den Obstgarten, um den er sich nicht mehr kümmern konnte, hatte er verpachtet, und eines schönen Tages wurde er zum Vorstand der Genossenschaft gewählt.

Es war in jener Zeit, daß der Wasserwerker und er eines Sonntags, als sie beim Fischen waren, ein für alle mal festsetzten, daß das wahre natürliche Leben so aussehe: Man lebt im Dunkeln und hört nichts, denn nichts ist wahr und alles ist Lug und Trug. Die Philosophie des Landwirtsohnes war nämlich unvereinbar mit den Immobiliengeschäften seiner Genossenschaft; daher legte er sehr bald sein Präsidentenamt nieder und wurde dann auch entlassen.

Dann verkaufte er das ganze Anwesen außer dem alten Obstspeicher und dem angrenzenden Hühnerstall, in dem sein Vater war. Mit dem Erlös eröffnete seine Frau (die schwangere Verlobte, die er geheiratet hatte) in einer nahen Stadt einen Kleiderladen für junge Leute.

In dem Schuppen, der ihm geblieben war, ließ er einen Ofen zum Brennen von Tongegenständen installieren. Ein Professor von der Akademie der Schönen Künste hatte ihm die Zeichnungen des Geschirrs verschafft, das früher die Herzöge dieses Ortes benutztten: auf den Tellern und Schüsseln waren seltsame Tiere in fast orientalischem oder persischem Stil zu sehen.

Nachdem der Landwirtssohn den Wasserwerker zu Rate gezoge hatte, beschloß er, das antike Geschirr haargenau zu reproduzieren und in die ganze Welt zu exportieren.

Er hatte bereits eine große Menge Tassen und Teller hergestellt und dabei nicht nur die stets unvollkommene Form nachgeahmt, sondern auch die wunderbaren Zeichnungen, die Farben und die Verteilung der Farben, die sich übereinander legen und über die Grenzen der Zeichnung auslaufen, da bemerkte er, daß dieses Geschirr niemanden interessierte; höchstens an Kenner würde er ein paar Teller oder Tassen verkaufen, aber wie viele Kenner gab es denn schon?

Sein Sohn wächst heran; er lebt von dem Geld, das seine Frau mit ihrem Kleiderladen für junge Leute verdient; er hat angefangen, sich sein ergrautes Haar zu färben.

Oft spricht er von den persischen Zeichnungen auf seinem Geschirr. Durch diese Zeichnungen kommen ihm eine Unmenge Fragen in den Sinn, zum Beispiel: Um welche Tageszeit wurden diese Schüsseln zur Zeit der Herzöge benutzt? Was für Speisen oder Flüssigkeiten enthielten sie? Wer war der Töpfer, der sie herstellte? Was sah der Töpfer, wenn er bei der Arbeit um sich blickte? Welche Geschichten erzählten die alten persischen Zeichnungen, auf die der Töpfer zurückgriff?

In diesen Schüsseln liegt ein Faden verborgen, der ihn mit wer weiß wie vielen Töpfern und Menschen aus alten Zeiten verbindet. Es kommt ihm seltsam vor, daß die Augen nichts von alledem sehen, nichts sehen als einen Gegenstand.

Geschichte einer Lehre

Als der Erzähler dieser Geschichte in Los Angeles war, wohnte er längere Zeit in der Villa eines griechischen Filmproduzenten, der minderwertige Filme produzierte, um sie in arabische Länder und in den Orient zu exportieren. Der Mann hatte aufgehört, Geschichten zu schreiben, weil dabei nie etwas Gutes herausgekommen war; er hatte beschlossen, nie mehr nach Europa zurückzukehren, und rechnete damit, einen Ruf an irgendeine Universität in der Umgebung zu bekommen.

Großtenteils brachte er seine Tage damit zu, daß er sich auf einem Video alte amerikanische Filme anschaute, er saß in einem großen Zimmer im zweiten Stock der Villa, die voll gepfropft war mit exotischen Gewächsen, breiten Ledersesseln, kleinen Aquarien und afrikanischen Statuen, von denen manche bis an die Decke reichten. Jeden Nachmittag gegen fünf mußte er aus dem Haus gehen und einen Spaziergang machen, denn um diese Zeit überkam ihn das Weinen; er ging auf dem Wilshire spazieren und blieb lange voll Bewunderung vor den schönen Aulagen stehen.

Der Produzent, bei dem er zu Gast war, arbeitete am Rand des Swimmingpools, er hatte das Drehbuch eines Films, der viel Geld eingespielt hatte, in der Hand und diktierte einem Regisseur die nötigen Varianten, um daraus einen minderwertigen, aber fast identischen Film zu machen. Der Regisseur notierte sich alles, und seine Zettel gingen dann an zwei Drehbuchautoren weiter, die zusammen mit einer Schreibkraft in einem Häuschen neben der Villa wohnten.



Die zwei Drehbuchautoren, ein Ehepaar, waren immer gleich gekleidet, sie trugen die gleichen dunklen Anzüge, die gleichen Seidenhemden und kamen mit zwei gleichen schwarzen Autos zur Arbeit. Sie arbeiteten getrennt, denn sie teilten sich die einzelnen Szenen, die sie zu schreiben hatten, so daß jeder die Hälfte schrieb; sie sprachen nie miteinander, denn das hatte ihnen ein Seelendoktor geraten, bei dem sie seit vielen Jahren in Behandlung waren.

Abgesehen von ein paar unerlässlichen Informationen im Lauf des Tages verkehrte das Drehbuchautoren-Ehepaar nur an drei Abenden pro Woche miteinander und das ging über den Seelendoktor.

Wenn die Drehbücher schreibenden Ehegatten den Erzähler dieser Geschichte in der Villa zu Gesicht bekamen, warfen sie einander argwöhnische Blicke zu, da sie dachten, er sei ein berühmter europäischer Drehbuchautor, der bald ihre Stelle einnehmen sollte. Der Produzent machte übrigens kein Hehl daraus, daß er mit ihrer Arbeit nicht besonders zufrieden war, und beabsichtigte, für den nächsten Film einen anderen Autor heranzuziehen, nicht zuletzt deshalb, weil ihm die beiden unsympathisch waren.

Aus diesen Gründen entfesselte der Mann eines Tages eine Katastrophe, als er sich mit dem Drehbücher schreibenden Ehegatten unterhielt und ein wenig mit ihm unter der Palme verweilte, die dem Häuschen neben der Villa Schatten spendet.

Die Ehefrau wollte sofort von ihrem Mann wissen, worüber er unter der Palme mit dem Europäer gesprochen hatte. Der Ehemann aber antwortete nicht, weil er sich an den Rat des Seelendoktors hielt. Da kam der Frau der Verdacht, die beiden Männer wären übereinkommen, zusammen den nächsten Film zu schreiben und sie auszuschließen.

Als die Auseinandersetzung ihren Höhepunkt erreicht hatte, weil der Ehemann sein Schweigen gebrochen und seinen Wunsch, die Ehefrau loszuwerden, eingestanden hatte, stürzte sich diese mit einer Schere auf ihn und brachte ihm eine schwere Verletzung an einem Finger bei.

Es war gegen Mitte September. Da der Zwischenfall den Mann verstörte, beschloß er unvermittelt, aus Los Angeles wegzugehen; eines Morgens um sechs Uhr rief er ein Taxi und verließ die Villa, ohne jemanden zu verständigen.

An einem Regentag machte er Rast in einem Flughafen in Nevada, während dieser Rast ging er in ein Klo, um zu weinen. Mit einem kleinen Flugzeug, in dem nur fünfzehn Passagiere Platz hatten, kam er eines Nachts in Wichita an, und von da aus fuhr er mit einem Omnibus weiter bis nach Alden, ein Dörfchen in Kansas.

Vor dem Haus, wo er jetzt wohnte, stand ein Zaun aus Holzplatten und jenseits des Zauns zog sich ein Rasenstück bis zur Straße. Das Dörfchen hatte acht asphaltierte Straßen und zweihundertzwanzig Einwohner im Alter von durchschnittlich sechzig Jahren.

Rund um das Dorf lagen Getreidefelder, lauter gleiche Parzellen, die den Einwanderern vor einem Jahrhundert zugewiesen worden waren und heute noch denselben Familien gehörten. Die Straßen außerhalb des Dorfes waren nicht asphaltiert, und jeden Nachmittag ging der Mann bis zu einem nahen Fluß.

Er war zu Gast bei einem alten, weißhaarigen Ehepaar, das er ein paar Jahre vorher in Europa kennengelernt hatte.

Ein paar Jahre vorher hatten nämlich seine Gastgeber eine Europareise gemacht, und er hatte ihnen einige italienische Städte gezeigt. Auf dieser Reise hatte Edith, die Ehefrau, ein Tagebuch geführt. Nachdem sie wieder zu Hause waren, hatte sie ungefähr zwei Jahre lang ihre Abende damit zugebracht, ihr Reisetagebuch fast allen zweihundertzwanzig Dorfbewohnern vorzulesen.

Die Leseabende hatten einen großen Erfolg gehabt, und viele Teile des Tagebuchs wurden in öffentlichen Lesungen wiederholt, die in einem als Restaurant eingerichteten großen Raum in der Hauptstraße von Alden oder im Saal eines etwa zehn Meilen vom Dorf entfernten Hotels stattfanden.

Nachdem der Mann im Laufe von vierzehn Tagen jedem einzelnen der zweihundertzwanzig Dorfbewohner vorgestellt worden war, äußerten alle ihre Freude darüber, eine Gestalt

aus dem berühmten Tagebuch persönlich kennengelernt zu haben.

Der Bürgermeister des Dorfes, eine winzige, etwa siebzigjährige Frau, sagte zu ihm, eigentlich hätte sie ihn sich kleiner und mit einem Schnurrbart vorgestellt.

Die junge Kassierin bei der lokalen Bank bat ihn, er solle ihr, da er aus Europa komme, ein paar Worte auf Französisch sagen: was der Mann auch tat und wodurch er bei der Bevölkerung große Begeisterung hervorrief. So daß er am nächsten Abend in dem besagten Restaurant dieselben französischen Worte, die er auf der Bank gesagt hatte, öffentlich wiederholen mußte; und der Pächter des als Restaurant hergerichteten Saales, ein ehemaliger Musiklehrer, spielte ihm zu Ehren auf seiner Violine das französische Lied mit dem Titel „La vie en rose“.

Bill, der Ehemann, ging mit dem Mann von Haus zu Haus und machte jedesmal, wenn er ihn jemandem vorstellt, denselben Witz; und jedesmal lachte Edith, die Ehefrau, als hörte sie den Witz zum erstenmal. Als in dem zehn Meilen vom Dorf entfernten Hotel erneut eine öffentliche Lesung aus dem Tagebuch stattfand, stellte Bill den Mann wieder mit demselben Witz vor; und das gesamte Publikum, das ja den Witz schon kannte, brach in ein so schallendes Gelächter aus, als hörte es ihn zum erstenmal. Da lachte auch der Mann, als hörte er ihn zum erstenmal, denn es schien ihm recht so.

Später fragte man ihn, ob er vor den Kindern einer Volksschule in einem Nachbardorf eine kleine Rede halten könnte, und er sagte zu. Er sagte auch zu, als man ihn ersuchte, dieselbe Rede in zwei weiteren Volksschulen zu halten, wobei er auf Wunsch jedesmal ein paar Worte Französisch für die Erwachsenen hinzufügte.

Indem er genau das machte, worum er gebeten wurde, fühlte er sich allmählich ruhiger und mußte tagsüber nicht mehr weinen.

Jeden Abend besuchte er eine Familie oder eine öffentliche Versammlung und am Sonntagvormittag ging er in die methodistische Kirche zur Messe. Wenn er zur Kirche ging, versuchte er zu zeigen, daß er um den Wert des äußeren Scheins wußte; er kleidete sich, so gut er konnte, rasierte sich sorgfältig, frisierte sich mit Bills Brilliantine und zupfte sich sogar die Härchen aus den Ohren.

Im Lauf eines Monats bekam er viele kurze und längere Briefe von Verwandten der Dorfbewohner, die ihn alle zu seinem Renommé in Alden beglückwünschten, da man dort nur Gutes von ihm zu sagen wisse. Der Sohn der Besitzer des Postamtes schickte ihm seine Glückwünsche und lud ihn nach Ottawa ein, falls er Lust hätte, dorthin zu fahren. Zwei Töchter des Bürgermeisters luden ihn nach Hudson im Staat New York ein. Der Sohn von Bill und Edith schickte ihm aus Hongkong einen chinesischen Käfig mit einem wunderschönen Vogel aus Papiermaché.

Jedem einzelnen antwortete der Mann mit einer Danksagung, wobei er die Worte und den Ton nachzuahmen suchte, deren sich Bill und Edith bei allen ihren Lebenszeremonien von früh bis spät bedienten.

Kurz vor Weihnachten fuhr er nach Hudson nördlich von New York, um die Töchter des Bürgermeisters zu besuchen. Er wohnte nahe bei einem Birkenwäldchen und weinte fast nie, nur manchmal beim Aufwachen. Immer wenn man ihn Nachbarn und Bekannten als berühmte Persönlichkeit vorstellte, geriet er einen Moment lang in Panik, aber im allgemeinen schaffte er es, sich so zu benehmen, wie es verlangt war.

Am Weihnachtstag mußte er ein Flugzeug nehmen, um nach Europa zurückzukehren. Am Nachmittag des Heiligen Abends streifte er ziellost durch die Straßen New Yorks, wo viele Menschen fröhlich und mit ihren Käufen beladen aus den Geschäften kamen und sich in geordneten, fröhlichen und ruhigen Strömen über die Bürgersteige ergossen.

Zum Abendessen ging er zu einer italienischen Familie nach Queens.

An einem langen Tisch saßen unter Girlanden aus bunten Kugeln, die nacheinander an- und ausgingen, viele Leute, die alle zugleich redeten und einander immerfort zuprosten. Kaum hatte der Mann von seiner Reise nach Kansas erzählt, da bemerkte er, daß ihn auch hier alle wie eine Berühmtheit behandelten, die mit Recht ihr Beglaubigungsschreiben vorzeigte hatte.

Und den ganzen Abschiedsabend sollte es so weitergehen: man behandelte ihn als einen berühmten und angesehenen Menschen, so daß er, um sich zu revanchieren und die Leute zu erheitern, einige von Bills Witzen erzählte. Er war ein reifer Mann geworden, der sich für diesen Abend eigens frisiert, rasiert und eine schöne rote Krawatte umgebunden hatte, und es war ihm auch in den Sinn gekommen, daß er nun wußte, was das Leben ist: ein Geflecht zeremonieller Beziehungen, die etwas zusammenhalten, das sonst auseinanderfallen würde.

Ein paar Monate später, als er schon wieder in Piacenza war, akzeptierte er endliche seine Lage und er mußte nicht mehr weinen; er akzeptierte auch, daß er hier nicht so berühmt sein konnte wie in Kansas, ohne jedoch die Zeremonielle zu vergessen, die er dort gelernt hatte. Da nun alles weit entfernt war, gelang es ihm auch, die Geschichte seiner Lehrzeit bei Edith und Bill, nämlich diese Geschichte hier, niederzuschreiben.

Alberto Moravia Friedenskultur Eine Kollage

Alberto Moravia, Jahrgang 1907, einer der größten zeitgenössischen italienischen Schriftsteller, ist seit 1984 Europaparlamentarier (als Unabhängiger auf der Liste der PCI gewählt). Seit einigen Jahren ist er — nach eigenem Bekunden — vom Atomwaffen- und Friedensproblem „regelrecht besessen“.

Dieses Gefühl explodierte bei einem meiner letzten Japanbesuche. Ich stand vor dem Mahnmal von Hiroshima und las noch einmal die Inschrift „Ruhet in Frieden, denn wir werden diesen Fehler nicht wiederholen.“ Und zum ersten Mal wurde mir klar, daß mit diesem „wir“ auch ich, ich ganz persönlich gemeint war! Seit diesem Augenblick beschäftigte ich mich in Artikeln, Interviews, Reden, aber auch in meinen Büchern ganz intensiv mit dem Problem der drohenden Atomkatastrophe und vor allem mit der Notwendigkeit einer Friedenskultur.

*

Das ganze Gerede über die Abrüstungsverhandlungen erinnert mich immer an eine Geschichte, die ich vor einigen Jahren in England erlebte. Eines Morgens, bei Sonnenaufgang, ruft mich ein englischer Freund an und schlägt mir mit einer seltsamen Dringlichkeit einen Ausflug nach Stonehenge vor. Wir verlassen London und dann geht es schnell über die Landstraßen. Ich merke, daß mein Freund sich anders als sonst verhält: Er spricht nicht, lacht

nicht, sieht mich nicht an, führt schlafwandlerisch, blickt nicht so sehr auf die Straße als vielmehr auf eine Art von Gespenst, das ihn bedrückt. Und er führt furchtbar schnell, schneidet die Kurven, überholt wahnwitzig, nimmt die kleinen Dorfstraßen, die noch im Morgen Nebel schlummern, mit voller Geschwindigkeit. Irgendwann, als das Auto fast wie durch ein Wunder der Kollision mit einem großen Eichenbaum entgeht, muß ich einfach protestieren. Ohne mich anzusehen, antwortet er: „Gestern abend hat mich meine Frau verlassen. Das Leben ist mir unwichtig geworden.“ Da habe ich verständlicherweise geantwortet: „Aber ich will nicht sterben; mich hat meine Frau nicht verlassen.“

Es ist vielleicht eine frivole Geschichte, doch sie beschreibt genau jene Geisteshaltung, mit der die verschreckte Menschheit seit vierzig Jahren den metaphorischen Nuklearrüstungswettlauf der beiden atomaren Supermächte verfolgt. Der Geisteszustand der Menschheit angesichts dieses Wahnsinns wird präzise in einer Erklärung der Staatschefs einiger nicht paktgebundener Länder wiedergegeben: „Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben die Nationen und die einzelnen Individuen die Kontrolle über ihr eigenes Leben und über ihren eigenen Tod verloren; in weit entfernten Städten entscheidet eine kleine Gruppe von Menschen und Maschinen über unser Schicksal. Jeder Tag, der vergeht, ist ein Tag der Gnade, fast so, als sei die gesamte Menschheit ein Gefangener, der auf den noch nicht festgelegten Hinrichtungstag wartet.“

In anderen und ernsthafteren Worten sagt diese Erklärung genau das gleiche, was ich meinem Freund an jenem Morgen in England gesagt habe: „Wir wollen nicht sterben. Unsere Frauen haben

uns nicht verlassen.“ Denn letztendlich, wenn dann bereits alles gesagt ist, kommt der Verdacht auf, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sterben wollen, weil ihre respektiven Frauen sie verlassen haben. Und wie sollen wir diese Frauen nennen, die mit ihrer Abwesenheit den Selbstmordwahn der beiden Supermächte inspirieren? Die göttliche Gnade? Den Bezug zur Realität? Den guten Willen? Den gesunden Menschenverstand? Warum wollen die Russen und Amerikaner sterben und — was noch schlimmer ist — die Welt mit sich in den Tod ziehen? Warum suchen sie sich nicht eine andere Frau, anstatt so besessen den Tod anzustreben?

Sagen wir es ganz klar: Das Gefühl, das ich bei Treffen wie in Genf habe, ist weder Hoffnung noch Verzweiflung, sondern Entrüstung und Wut. Was soll denn das?! Seit vierzig Jahren ziehen sich ergebnislos die Verhandlungen über das absurde Problem hin, ob die Welt nun untergehen soll oder nicht; seit vierzig Jahren droht man mit dem Ende der Welt, um das Ende der Welt zu verhindern, und jetzt sagen uns die Massenmedien des Planeten, daß wir den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion dankbar dafür sein sollen, daß sie heute das tun, was sie schon vor fast einem halben Jahrhundert hätten tun sollen. Was soll denn das?! Nachdem sie in ihren Arsenalen fünfzigtausend Atombomben angesammelt haben, bringen die beiden potentiellen Mörder der Menschheit jetzt den Mut auf, sich als potentielle Retter darzustellen, und das inmitten von einem Meer von Allgemeinplätzen und abgedroschenen Phrasen, die uns von den Massenmedien vorgesetzt werden, die noch nie so wortreich und besessen waren!

Trotzdem ist es klar, daß man gute Miene zum bösen Spiel machen und ohne Illusionen das sagen muß, was wir praktisch von den beiden Atomwaffengiganten erwarten. Und wir müssen klar ausdrücken, daß wir nicht die Verurteilung des Krieges erwarten, sondern das Ende des augenblicklichen Friedens, dieses besonderen Friedens, den man — indem man das bekannte Wort von Clausewitz, der Krieg sei nur die Fortführung der Politik zu Friedenszeiten mit anderen Mitteln, umkehrt — als die Fortsetzung der Politik zu Kriegszeiten mit anderen Mitteln definieren kann.

Warum wollen wir das Ende des augenblicklichen Friedens? Weil wir es leid sind, von furchtbaren und langweiligen Kernwaffen zu reden und reden zu hören, von grausamen und monotonen Menschenmorden, von ekelregenden und dummen Terrorgleichgewichten. Wir möchten hingegen von den guten und schönen Dingen reden und reden hören, die aus

einer Civitas eine Civitas machen und nicht das Warten des Gefangen, der zum Tode verurteilt wurde, im Gefängnis.

Im letzten Jahr habe ich in Paris am Menschenrechtskongreß teilgenommen. Ich habe dort eine kurze Rede gehalten und gesagt, daß ich zu den Rechten, auf die der Mensch nicht verzichten kann, auch das Recht der Illusion zähle, daß die Civitas unsterblich sei. Aber der mögliche und drohende Atomkrieg verschließt die Zukunft, zerstört diese Illusion.

*

Ich bin Europarlamentarier geworden, um ein Minimum zur Atomwaffendebatte, zur Abrüstung beizutragen. Das ist alles. Und dieses Engagement hat mit Politik im eigentlichen Sinne nichts zu tun. Ich bin davon überzeugt, daß Kunst und Politik antithetische Größen sind. Die Kunst, auch die des unbedeutendsten Künstlers, ist die Suche nach dem Absoluten. Und die Politik, auch die des genialsten Politikers, ist die Suche nach dem Möglichen, dem Relativen, dem Kompromiß. Zwischen Politik und atomarer Abrüstung gibt es keine Beziehung, nicht einmal eine indirekte. Es handelt sich um ein ethisches Problem. Mit der enormen Potenzierung der Atomwaffenarsenale ist ein Qualitätssprung vollzogen worden. Es geht also nicht mehr primär um das Problem Krieg oder Frieden, auch nicht um Gleichgewichte in den politischen Einflußsphären oder um die Vorherrschaft dieser oder jener Ideologie. Es geht um das Überleben der Gattung Mensch, und das ist nicht verhandelbar. Darüber kann man keine Verträge abschließen.

Man hat mir vorgeworfen, daß ich kein Abrüstungsspezialist bin. Sicher, aber nach langen und vielen Gesprächen mit Experten auf diesem Gebiet, u. a. in Japan, der UdSSR und in der BRD, bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die Politiker zur Frage der Abrüstung nichts Originelles zu sagen haben, und die Experten in der Spezialistensprache des Krieges lebendig eingemauert sind. Noch mehr: Wenn man meint, die Abrüstung durch Politik erreichen zu können, dann ist das genau so, als glaubte man, ein Haus bauen zu können, indem man mit dem Dach beginnt.

Ich glaube an die Vernunft und an den Gebrauch der Vernunft immer und überall. Nicht die Vernunft führt zur nuklearen Katastrophe. Und ich bin der Meinung, daß die Kultur, das heißt, Menschen, die die Ideen bewegen, und Menschen, die sie auf der Ebene der Massenmedien verbreiten und Bewußtsein schaffen, vor allem dadurch starken Einfluß auf

die nukleare Abrüstung nehmen können, daß sie sich unabhängig von der politischen Macht halten und Schritt für Schritt zu Zeugen der Wahrheit werden. Die politische Macht — das liegt in ihrem Wesen — will den Frieden nicht. Die Kultur — das liegt in ihrem Wesen — will den Frieden. Die Politik will die Macht. Die Kultur will die Wahrheit.

Ich meine auch, daß die „Gleichgültigkeit“ der Menschen der Atomperspektive gegenüber eine „gesunde“ Reaktion auf den Tod, den endgültigsten Tod aller, den Tod der Gattung ist. Doch — wie gesagt — für diese Gleichgültigkeit sind direkt die beiden Supermächte verantwortlich. Die Massen sind immer pazifistisch gewesen, auch wenn die Diktatoren des politischen Weltorchesters sie anders eingestimmt haben. Dieser Pazifismus ist „präpolitisch“, und deshalb ist heute, wo — anders als früher — bei einer kriegerischen Auseinandersetzung keine Überlebensmöglichkeit besteht, die Rolle der Massen fundamental geworden.

Doch um die Völker von der typischen Geisteskrankheit des historischen Augenblicks, von der fixen Idee ihrer Führer, man könne durch Zurückgreifen auf die Kernwaffen (die vorgeblich nur der Abschreckung dienen) die ideologischen und hegemonialen Konflikte zwischen den Nationen und das Problem der eigenen Sicherheit lösen, zu befreien, muß man vor allem das „Undenkbare denken“: daß alles das, was die Menschheit in Jahrzehnten und Jahrhunderten geschaffen hat, bestimmt ist, in einem Moment für immer zu verschwinden — wie Ameisen, die mit Insektiziden besprührt werden.

Und wie ich an die Vernunft glaube, so glaube ich, daß es möglich sein wird, dem Ausbruch des Kernkrieges wie einer Epidemie vorbeugen zu können. Dafür müssen sich die Völker, die Menschen dieser Welt, dieses Problems bis in alle schrecklichen und absurden Einzelheiten bewußt werden. Und das heißt, daß das Bewußtsein bis zu dem Punkt vorstoßen muß, an dem es in Tabubildung umschlägt: Wenn man neben die vielen Tabus, die das menschliche Abenteuer überhaupt möglich ge-

macht haben, wie zum Beispiel das Inzest-Tabu, heute das nicht weniger wichtige, weil überlebensnotwendige Tabu des Krieges stellt. An der Bildung dieses Tabus wird sich der Reifungsprozeß menschlicher Kultur messen.

*
Um diesen Prozeß zu beginnen wird man die politische Abrüstungsdebatte um die ethische und ökologische Dimension erweitern müssen. Man muß die Diskussion auf diese Ebenen ausweiten. Denn außerhalb der Politik, oder besser jenseits der Politik, existiert schon ein Abkommen, ein Übereinkommen. Man muß es nur zur Kenntnis nehmen. Kurz, wir müssen ernst damit machen, daß die Beziehung zwischen den Menschen und die zwischen den Menschen und der Natur vor dem Verhältnis zwischen den Staaten rangiert.

Es ist klar, daß wir nicht die Macht besitzen, unsere Position zur Grundlage der Verhandlungen zwischen den Supermächten zu machen. Dennoch müssen wir unsere Vorstellung, wie man zur Abrüstung kommt, ausdrücken und verbreiten.

*
In Japan gibt es einen Brauch, der sich „iubikiri“ nennt. „Iubi“ heißt Finger, so wie in „harakiri“ „hara“ Bauch bedeutet. Der Brauch will, daß man sich, wenn man möchte, daß jemand etwas tut, das zu tun er sich weigert, einen Finger abschneidet und ihn der entsprechenden Person ins Gesicht wirft. So schafft man einen Zwang: wenn jener Person der Finger ins Gesicht geschleudert worden ist, kann sie sich nicht mehr entziehen und muß die Schuld zahlen. Und so kommt die Frage auf: Sollen wir uns zukünftig nicht vielleicht einen Finger abschneiden und ihn dann in Richtung Weißes Haus und Kreml werfen, um so einen Abrüstungszwang zu schaffen? Vielleicht würde das ja dort nützen, wo die „Gipfeltreffen“ bisher fehlgeschlagen. Aber ja, wir haben vergessen, daß Reagan und Gorbatschow keine Japaner sind!

„Wir sind ein integraler Bestandteil der europäischen Linken“

Interview mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Alessandro Natta

NG/FH: Ihnen steht im April ein wichtiger Parteikongreß bevor, von dem einige erhoffen, andere befürchten, daß er für die KPI eine Art „Bad Godesberg“ werden würde.

Alessandro Natta: Es hat schon viele Kongresse der Kommunistischen Partei Italiens gegeben, auf denen wir durchaus mutig große Veränderungen in unserer Politik beschlossen und eingeleitet haben. Und wenn wir nicht dazu in der Lage gewesen wären, wären wir wahrscheinlich auch nicht die politische Kraft, die wir heute in Italien sind. Man vergißt oft innerhalb und außerhalb Italiens, daß die Italienische Kommunistische Partei sich von den anderen kommunistischen Parteien — auch von den westeuropäischen — schon seit dem Beginn des Widerstandes und des Befreiungskampfes wie auch in der gesamten Geschichte der Nachkriegszeit in Italien deutlich unterscheidet. Wir haben es Palmiro Togliatti zu verdanken, daß wir einen eigenen italienischen Weg zur Realisierung des Sozialismus gegangen sind und niemanden versucht haben nachzuahmen. Wir haben unseren Kampf auf dem Terrain der Demokratie geführt und haben die Werte der politischen Demokratie zu unseren gemacht. Dazu mußten wir eine neue Partei ins Leben rufen. Togliatti nannte sie die „neue Partei“, die sich von den Erfahrungen der Kommunistischen Internationalen nicht nur in der Strategie, sondern in ihrem Parteicharakter unterschied. Sie ist eine Partei des Programms und keine ideologische Partei. Sie ist eine Partei, der auch Nichtmarxisten angehören konnten und können; z. B. Katholiken. Mir scheint, dies waren grundlegende Momente der Neugründung unserer Partei 1944, die uns gegenüber den anderen kommunistischen Parteien der Internationale deutlich unterschieden.

Es gab einen weiteren Kongreß, der für uns einen Markstein darstellte: der von 1956. Dieser Kongreß brachte die Weiterentwicklung zu einer autonomen Partei, die für die demokratische Staatsform eintritt.

Er zog die notwendigen Konsequenzen aus den Unruhen und Veränderungen, die es nach dem XX. Parteitag der KPdSU gegeben hatte. Ich möchte eigentlich damit nur sagen, daß die letzten 40 Jahre für uns von Veränderungen und vielen Erneuerungen gekennzeichnet waren. Dabei gab es natürlich auch Brüche und sehr deutliche Veränderungen, aber wir haben nicht irgendeine Stadt oder irgendeinen Zeitpunkt, zu dem wir dies genau festmachen könnten, wie die SPD dies mit Godesberg tut. Es gibt kein „Rom“, kein „Mailand“ für die KPI. Die Daten sind alle wichtig in diesem Prozeß bis zu den letzten Parteitagen, die wir unter der Leitung von Berlinguer abgehalten haben.

Diese Parteitage haben bereits gegenüber früher sehr wichtige Fortschritte bei bestimmten Themen gebracht, die wir jetzt auf unserem nächsten Parteitag weiterentwickeln wollen. Das gilt zum Beispiel für das, was wir die „Entscheidung für Europa“ nennen. Natürlich erwartet man sich heute besonders viel von diesem Parteitag. Das ergibt sich aus dem Geflecht von internationalen und nationalen Faktoren. In unseren Dokumenten, die wir zur Vorbereitung des Parteitages bis jetzt verabschiedet haben, gehen wir von einer Analyse der Veränderungen in Italien und in der Welt aus. Wir sind davon überzeugt, daß wir in einer Art Übergangsphase leben, die sehr verschiedene Ergebnisse haben kann. Daraus schließen wir, daß es nützlich wäre, die Ideen und Vorschläge nicht nur der italienischen Kommunisten, sondern der gesamten europäischen Linken miteinander zu diskutieren. Alle müßten sich so mit dem „Neuen“ konfrontieren und ihre Ansichten auf die Probe stellen. Dies kann uns nur weiterbringen. Die Möglichkeiten für eine positive und siegreiche Antwort der Linken wächst, wenn wir immer mehr uns selbst in einen europäischen Rahmen stellen. Davon sind jedenfalls wir überzeugt.

NG/FH: Wie weit reicht Ihr Europa?

Natta: Wenn wir italienischen Kommunisten von Europa sprechen, dann beziehen wir uns vor allem auf die Europäische Gemeinschaft und insgesamt auf Westeuropa.

NG/FH: Was ist mit den Mittel- und Osteuropäern? Gehören sie nicht zu Europa?

Natta: Doch, natürlich. Wir meinen den politischen Begriff und nicht den kulturellen. Wir beziehen uns bei „Europa“ auf die Probleme und Antworten, die man hier geben muß; z. B. auf die Probleme, die durch neoliberalistische Wirtschaftspolitik in Westeuropa hervorgerufen worden sind. Wenn wir in diesem Zusammenhang von einer positiven

und siegreichen Antwort sprechen, dann beziehen wir uns auf diesen Teil des geographischen und kulturellen Europas.

Wir meinen, daß die Tatsache, daß wir uns in einen europäischen Rahmen stellen, nicht nur für uns wichtig ist, sondern für alle Teile der Arbeiterbewegung und der Linken in Westeuropa. Wir wollen zusammen mit anderen Probleme diskutieren und Beiträge leisten im Bereich der Entspannung, des Ost-West-Verhältnisses, aber auch des Nord/Süd-Problems und der Überwindung der Ungleichgewichte. Wir wollen gemeinsam mit anderen nach Antworten auf die Fragen angesichts der Prozesse der Internationalisierung der Wirtschaft suchen. Wie sichern wir Zukunft und Fortschritt in Richtung auf Gleichheit und Freiheit? Kein Land und keine reformerische und progressive Partei in Westeuropa — so denken wir — wird auf diese alte aber keineswegs überholte Frage allein auf sich gestellt Antworten und Lösungen finden können. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, daß nur die linken Kräfte — links ganz breit aufgefaßt — in Europa in der Lage sind, den Prozeß der Modernisierung Europas positiv zu beherrschen. Gelingt dies den linken europäischen Kräften aber nicht, so wird Europa immer subalterner werden und sein Schicksal immer weniger aus eigener Kraft bestimmen können. Daraus erfolgt die Wichtigkeit, die wir in unseren Parteidokumenten der Passage zumessen, die uns, die KPI als integralen Faktor der europäischen Linken beschreibt. Das ist einerseits eine klare Bestätigung, aber auch eine Weiterentwicklung bisheriger politischer Positionen. Wir sind in einem sehr umfassenden Sinn für eine Europäische Gemeinschaft.

NG/FH: Wie ist diese Diskussion in Ihrer Partei verlaufen? Ganz ohne Reibungen ist es doch sicher nicht abgegangen?

Natta: Nein. Natürlich gab es Debatten. Wir haben zum Beispiel diskutiert über die Formulierung „integraler Bestandteil der europäischen Linken“, weil dieser Begriff natürlich viele Bedeutungen haben könnte. Aber wir haben uns geeinigt.

Wenn wir sagen, wir seien ein Teil der europäischen Linken, dann beziehen wir uns nicht nur auf klare, politische Entscheidungen wie die westeuropäische Integration, die politische Einheit, die Entscheidung für das politisch-militärische Bündnis. Das stellt die Beziehungen zur UdSSR und zur KPdSU auf eine klare Grundlage. Aber auf dieser Grundlage haben wir auch das Thema der Beziehungen zu den USA angegangen. Wir haben eine These für den Parteitag formuliert, die in diesem Zusammenhang etwas Neues darstellt und über die

diskutiert wird. Zwar waren wir auch in den vorhergehenden Dokumenten nicht irgendwie voreingenommen gegenüber den Vereinigten Staaten, aber jetzt haben wir gesagt, daß die Italienische Kommunistische Partei den Willen hat und die Notwendigkeit verspürt, Beziehungen zu den progressiven demokratischen Kräften in den Vereinigten Staaten zu haben. Wir wollen die Realität der USA besser kennenlernen, und wir wollen, daß man in den USA besser jenen relevanten Teil der italienischen Realität kennenlernt, der von der KPI repräsentiert wird. Die zum Teil auch harte Kritik an den Richtlinien und Handlungen der Reagan-Regierung stellt aber nicht das Bündnis in Frage; wir haben aber unsere Sicht davon und interpretieren es. Aber das ist nicht nur bei uns so, das ist zum Beispiel bei der SPD auch so.

Wir wollen ein Bündnis, in dem ein Verhältnis von gleichberechtigten Partnern untereinander herrscht, in dem die Souveränität unseres Landes nicht beleidigt wird wie z. B. vor kurzem beim Fall „Achille Lauro“. Wir möchten ein Bündnis, in dem die Sicherheit Europas und die Identität Europas nicht in Frage gestellt, sondern garantiert werden.

NG/FH: Dies bedeutet dann logischerweise auch die Stärkung des europäischen Teils der NATO.
Natta: Ja. Dies bedeutet eine NATO, in der die Interessen Europas stärker ins Gewicht fallen. Natürlich kann man diskutieren, wie man das macht, welche Lösungen man findet, welche Formen man findet. Hierüber kann man nicht nur diskutieren, sondern man muß auch darüber diskutieren.

„Entscheidung für Europa“ heißt für uns andererseits auch, daß man die konservativen Versuche und Tendenzen bekämpft, die sozialen und politischen Entwicklungen in Europa umzukehren. Es heißt für uns zu versuchen, die Innovationen, die es in Wissenschaft und Technologie gibt, anders als bislang, nämlich positiv, zu nutzen. In unseren Thesen und in unserem Programm, das wir auf unserem Parteitag diskutieren werden, gehen wir in die Richtung von Strukturreformen. Es geht darum, das System zu erneuern und nicht nur irgendwie und irgendwo Einzelteile zu modernisieren.

NG/FH: Sie streben nach antikapitalistischen Strukturreformen?

Natta: Ich glaube, man muß den gesamten Bereich neu durchdenken. Wir sind davon überzeugt, daß man auf die Mechanismen der Akkumulation, der Bildung, der Verteilung der Ressourcen einwirken muß, um die produktive Basis zu erweitern und um die Beschäftigung zu sichern. Wir können nicht einfach der Tatsache gegenüber resignieren, daß es ei-



*KPI-Chef Alessandro Natta, NG/FH Redakteure
Hans Schumacher und Rainer Diehl (v.r.n.l.)*

nen aktiven Teil der Gesellschaft gibt und einen Teil, der erzwungenenmaßen zum Nichtstun verurteilt ist. Deshalb kämpfen wir für eine neue Qualität der Entwicklung, für eine neue Aufwertung der Arbeit, für einen Anstieg der Beschäftigung. Sicherlich wäre für diese Richtlinie in Italien eine neue politische Leitung notwendig. Diese Notwendigkeit zeigen wir mit dem Vorschlag einer Alternative auf. In der spezifischen italienischen Situation aber ist es nicht einfach, diese Alternative zu realisieren. Bei Ihnen gibt es wohl ein deutlicheres Bild einer politischen Alternative. Wenn z.B. bei den nächsten Wahlen die SPD die Mehrheit erhielte, dann bedeutete dies wohl eine politische Alternative.

NG/FH: Hoffentlich haben Sie recht.

Natta: Ich denke schon. Mindestens in den Grundlinien ist es sicher so. In Italien aber ist das anders. Wir müssen daran arbeiten, erst ein politisches und soziales Lager aufzubauen, das eine Mehrheit stel-

len kann und das dann die politische Macht übernehmen kann. Das ist anders als bei Ihnen.

NG/FH: Für Ihre Beziehungen zu den anderen italienischen Parteien und sicher auch für große Teile der italienischen Öffentlichkeit spielt Ihr Verhältnis zur Sowjetunion und zur KPdSU eine große Rolle. Bei Ihrem letzten Besuch in der Sowjetunion hatten viele Beobachter den Eindruck, daß Sie nicht als Sekretär der PCI, sondern als italienischer Oppositionsführer nach Moskau gefahren sind. Andererseits hatten wir aber auch den Eindruck, daß Herr Gorbatschow dies nicht so sieht, sondern Sie als Führer einer Bruderpartei begrüßte.

Natta: Die Feststellung, ich sei nicht nur als Parteichef, also als Sekretär der Italienischen Kommunistischen Partei, sondern auch als Vertreter der demokratischen Opposition Italiens nach Moskau gereist, habe ich getroffen, bevor ich gefahren bin. Damit wollte ich mich nicht schon von vornherein abstützen oder diesem Treffen von vornherein eine andere Kennzeichnung geben als jene, die sich die sowjetischen Führer vielleicht gewünscht hätten.

Aber ich denke, daß meine Feststellung für sie gar keine Überraschung war. Wir sind nach Moskau gegangen, nachdem wir die Thesen unseres Parteitages beschlossen hatten. Und dort steht nicht nur, daß wir uns als integraler Bestandteil der europäischen Linken fühlen, sondern auch, daß wir kein Bestandteil irgendeines ideologischen Lagers sind. NG/FH: Das Mitglied Ihrer Parteileitung, Armando Cossutta, sieht dies anders.

Natta: Genosse Cossutta repräsentiert in der KPI nur eine kleine Minderheit. Unsere Stellung zur KPdSU wird — und nicht erst seit heute — durch unsere gleichberechtigte Autonomie bestimmt. Die Entscheidung, eigenständig zu sein und keinem Lager anzugehören, ist nicht die Konsequenz von Afghanistan oder von Polen. Sicherlich haben diese Ereignisse weiter Druck ausgeübt und weitergeführt. Aber dieser Prozeß hat, man könnte fast sagen: „antike Wurzeln“. Ich habe vorhin an den 8. Parteitag 1956 erinnert. Der nächste Parteitag wird der 17. sein. Der Prozeß der „Ablösung“ dauert also schon etwas länger. Als Vorbereitung auf eine Reise nach Jugoslawien habe ich gerade gestern einen Artikel gelesen, den Togliatti im Februar 1964 nach einem Besuch in Jugoslawien (bei dem ich auch dabei war) und nach einem langen Treffen von mehreren Tagen mit Tito veröffentlichte. Es ist ein Artikel, an den ich mich immer unter dem Stichwort „felix culpa“ erinnere: „Glückliche Schuld“. Togliatti schrieb damals in bezug auf die Jugoslawen, wenn es eine Schuld gewesen sei, sich von Stalin abzuwenden und ihm zu widerstehen, dann sei es eine glückliche Schuld gewesen. Schon damals also eine positive Einschätzung des Rechtes aller, einen unabhängigen Weg zu suchen und zu gehen — ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, von Erfolgen und von Mißerfolgen.

Es gab in der KPI Einwände gegen unseren autonomen Weg, über die wir auch auf dem letzten Parteitag diskutiert haben, ob sie nun von Cossutta oder von anderen kamen. Der Haupteinwand war immer, wir hätten einen „Bruch“ vollzogen. Das Wort ist nicht sehr gut gewählt, aber wenn man es benutzen will, muß man hinzufügen, daß wir schon viele Brüche vollzogen haben. Aber jeder Bruch schafft auch mehr Klarheit, was unsere Orientierung, unsere Entscheidung, unsere Auffassung von Sozialismus anbetrifft. Aber die kulturellen und politischen Unterschiede und die Autonomie bedeuten keine Brüche. Natürlich wollen wir Beziehungen zur KPdSU haben. Aber wir wollen Beziehungen, die sich auf ganz präzise Prinzipien stützen: Volle gegenseitige Autonomie, realistische Diskussion, klare und offe-

ne Urteile. Das sind dieselben Prinzipien, auf die wir schon seit geraumer Zeit alle unsere Beziehungen auf internationaler Ebene gründen. Auf dieser Grundlage haben wir z. B. unsere Beziehungen zu den chinesischen Kommunisten wiederaufgenommen und neu begründet. (Ich glaube, wir waren nach den ganzen Spannungen und Schwierigkeiten die ersten, und ich glaube, daß wir gut daran getan haben.) Die Prinzipien sind auch die Grundlage unserer Beziehungen zu den jugoslawischen Kommunisten, mit denen wir seit langem eine gute Zusammenarbeit haben. Und diese Prinzipien bilden auch die Grundlage, auf der wir versuchen, mit anderen Kräften Beziehungen zu haben: mit sozialistischen, sozialdemokratischen, fortschrittlichen Kräften in Europa und in der ganzen Welt.

Im Verhältnis zur KPdSU hat es aber insofern beim Treffen mit Gorbatschow eine wichtige Neuigkeit gegeben, als es von sowjetischer Seite aus ohne negative Kommentare zur Kenntnis genommen wurde, daß die Kommunistische Partei Italiens eben so ist.

NG/FH: Nur zur Kenntnis genommen, oder auch akzeptiert?

Natta: Ich glaube, auch akzeptiert. Sicherlich kann es unterschiedliche Ideen und Meinungen geben, und es wäre wahrscheinlich naiv, anderes anzunehmen. Aber dennoch kann man miteinander reden. Voraussetzung aber für einen Dialog mit uns ist, die Italienische Kommunistische Partei als das anzuerkennen, was sie wirklich ist. Und neu im Verhältnis zur KPdSU ist, daß die unterschiedlichen Positionen offen dargelegt wurden und daß die Reden, die wir gehalten haben, auch veröffentlicht wurden. Aus den Veröffentlichungen gehen ganz klar sowohl die Unterschiede hervor wie auch die Divergenzen — natürlich auch die Übereinstimmungen. Wenn ich von Unterschieden spreche, so meine ich Unterschiede in der Kultur, in den Auffassungen. Mit Divergenzen meine ich die verschiedenen Ansichten zu politischen Tatsachen. Ich glaube, daß diese Veränderung der Haltung der KPdSU gegenüber der KPI positiv und interessant ist.

NG/FH: Herr Natta, selbst enge Freunde der italienischen Regierung räumen ein, daß diese sich in einer Krise befindet. Wie kann und wie wird Ihrer Meinung nach die Krise gelöst werden?

Natta: Das ist keine leichte Frage — selbst nicht für den Führer der Opposition. Nebenbei: Opposition ist eine sehr wichtige Aufgabe. Aber zur speziellen italienischen Situation muß man einige Vorbemerkungen machen, bevor man daran denken kann, über Lösungsmöglichkeiten zu sprechen. Seit 40



Jahren ist eine Partei, nämlich die christdemokratische, ununterbrochen an der Macht; zwar mit wechselnden Partnern, aber immer in beherrschender Funktion. Es gab Gründe — ohne hier näher auf die historischen Umstände und Verantwortlichkeiten eingehen zu wollen —, warum es im italienischen System keine wirkliche Alternative gab. Jedenfalls hatte das Fehlen einer wirklichen Alternative negative Konsequenzen. (Das ist keine isolierte Meinung der KPI.) Mitte der siebziger Jahre hatte sich die Formel des „linken Zentrums“, also die Koalition der Christdemokraten mit den Sozialisten, verbraucht. Wir haben aus dieser Beobachtung heraus damals eine „Politik der demokratischen Einheit“ versucht: im Rahmen der Strategie des „Historischen Kompromisses“. Dieser Versuch ist nicht gut ausgegangen. Das lag daran, glaube ich, daß es den linken Kräften in Italien, also den italienischen Kommunisten und den italienischen Sozialisten, damals nicht gelang, sich verbündet den Christdemokraten entgegenzustellen — obwohl jene in Schwierigkeiten waren. Es ist inzwischen müßig vorzurechnen, wer hieran die größere Schuld trägt, wir oder die Sozialisten. Auf jeden Fall ist es den Christdemokraten gelungen, uns zu spalten und uns auseinanderzuhalten. Konsequenz für die italienische Innenpolitik war damals die Fünfparteienkoalition, die auch heute die Regierung stellt.

Wir denken — ohne jede Polemik — daß die politischen Möglichkeiten dieser Fünfer-Koalition erschöpft sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob nun die Christdemokraten oder (wie zur Zeit mit Genosse Craxi) die Sozialisten den Präsidenten des Ministerrates stellen. Der „Wettlauf um die Macht“ ist sicher wichtig, aber hier nicht ausschlaggebend. Der eigentliche Grund für das allmähliche Zerbröckeln der Koalition ist die Tatsache, daß man eine neokonservative Politik à la Reagan versucht hat. Diese aber hat die Probleme Italiens nicht gelöst; ganz im Gegenteil. Die Verschärfung der Probleme wiederum setzt die Koalition einem Druck aus, dem sie nicht gewachsen sein dürfte. Sie befindet sich in einer Situation der Auflösung, wobei die parlamentarischen Niederlagen, die sie erleidet, zwar das deutlichste, aber nicht das einzige Anzeichen sind. Die Polemik insbesondere zwischen den Christdemokraten und den Sozialisten nimmt zu.

NG/FH: Wie geht es weiter?

Natta: Eigentlich müßte es zu einer Regierungskrise kommen. Diese kann natürlich Ausgangspunkt einer neuen Übereinkunft zwischen DC und PSI sein. Aber es kann auch zu etwas noch Schlimmerem kommen, nämlich zur Auflösung des Parlaments

und zu Neuwahlen. Ich hielte das deswegen für beunruhigend, weil es immerhin das fünfte Mal seit 1972 wäre. Ich will nicht behaupten, man könnte keine vorgezogenen Neuwahlen machen, aber wenn dies zur Regel wird, dann stimmt irgendetwas am System nicht. Dann handelt es sich nicht nur um eine politische Krise, sondern um eine Krise der Institutionen.

Wir glauben, daß es nach 40 Jahren der DC-Herrschaft ohne wirkliche Alternative für die italienische Gesellschaft und ihre Lebensfähigkeit fast das physiologische Bedürfnis nach einem Wechsel gibt.

Aber es gibt hier den Unterschied zwischen Notwendigem und Möglichem. Zwar haben wir eine Verbesserung unserer Beziehungen zu den Sozialisten zu verzeichnen, nach einer sehr harten Auseinandersetzung in den Jahren 1983 bis 1985, aber ein Bündnis zwischen KP und PSI ist doch recht unwahrscheinlich.

Die PSA hat für ihre Koalition mit der DC und ihren Anteil an der Macht einen hohen, wie wir denken: einen zu hohen politischen Preis gezahlt; mit teilweise absurdem Ergebnissen. Lassen Sie mich ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Genua anführen: Wir haben dort eine lange positive Tradition der Arbeiterbewegung (Sozialisten und Kommunisten). Seit Jahren existiert eine linke Verwaltung mit einem sozialistischen Bürgermeister. Aas den Wahlen gingen PCI und PSI gestärkt hervor, die Christdemokraten geschwächt. Aber dennoch haben sich auf Druck der Christdemokraten die Sozialisten für eine Fünf-Parteien-Koalition entschieden und tragen nun einen republikanischen Bürgermeister mit, obwohl die Republikanische Partei außer diesem nur noch einen weiteren Abgeordneten im Genueser Stadtparlament hat.

Beispiele solcher Qualität gibt es viele in den letzten Jahren. Aufgrund solcher Tatsachen könnte man sagen, daß wir unsere Kontakte zur PSI für längere Zeit einfrieren sollten. Aber auch innerhalb der PSA hat man begonnen, darüber nachzudenken, daß diese Politik der DC einen Wiederaufschwung gestattet, für die Sozialisten keine Vorteile bringt und für unser Land negativ ist.

Wir müssen uns aber auch darüber im klaren sein, daß es zur Zeit im römischen Parlament keine linke Mehrheit gibt, die aus der Krise der jetzigen Regierung heraus helfen könnte. Wir haben hieraus die Konsequenzen gezogen und den Vorschlag gemacht, von den Hauptproblemen des Landes auszugehen, dafür Lösungen zu erarbeiten und auf dieser Grundlage ein mehrheitsfähiges Programm zu entwickeln.

anstatt wie jetzt politische „Lösungen“ zusammenzimmern, deren Hauptlinie darin besteht, die italienischen Kommunisten auszuschließen. Wir möchten offen über die wirklichen Probleme diskutieren, und vielleicht könnte hieraus dann eine weniger krisengeschüttelte Regierungslösung entstehen. Vielleicht auch könnte man manches Problem rationaler als bisher lösen.

NG/FH: Glauben Sie, daß Politik logisch ist?

Natta: Nein, so weit würde ich nicht gehen. Aber wissen Sie, man soll die Hoffnung ja nicht aufgeben. Wir als Opposition haben gewiß nicht die Pflicht, für die Regierung die Krise, in der sie sich befindet, zu lösen. Wir wollen uns auch nicht um jeden Preis an einer Regierung beteiligen. Daran haben wir überhaupt kein Interesse. Aber wir sehen, daß diese Regierung nicht auf ihren eigenen Füßen stehen kann, und wir sind der Meinung, daß etwas verändert werden muß, um die Schäden für unser Land nicht noch größer werden zu lassen.

Wenn uns jemand fragte, ob wir uns an einer Regierung beteiligen wollten, wären wir sicher bereit, darüber zu diskutieren; aber wenn das nicht geschieht, ist das nicht schlimm. Wir werden weiterhin versuchen, eine möglichst gute Opposition zu

sein; wir sind uns auch als Opposition durchaus unserer Funktion bewußt.

Das eigentliche Problem ist ein anderes: Eine Partei wie die KPI mit ungefähr einem Drittel der Wählerstimmen muß sich als mögliche Regierungspartei vorbereiten. Sie muß versuchen, andere Kräfte zu aggregieren, sie muß Bündnisse zu schließen versuchen. Wir haben immer den Sozialisten widergesprochen, wenn diese sagten, ein linkes Bündnis sei in Italien nicht möglich. Und sie bringen bei dieser Gelegenheit als Argument die aktuellen Kräfteverhältnisse und die Tatsache vor, daß die KPI die KPI ist. Ich habe Craxi mal folgendes gesagt: „Wenn du meinst, wir müßten erst darauf warten, bis die PSI mit ihren heutigen 10 Prozent 30 Prozent hat und wir dann 10 — na ja, dann sagen wir uns halt jetzt auf Wiedersehen.“ Ich sage nicht, daß der Wunsch der Sozialisten, das Kräfteverhältnis zwischen uns umzukehren, nicht legitim ist. Es ist legitim, wenn die PSI wachsen will (wir fänden das sogar ganz interessant), aber doch nicht auf Kosten der KPI, denn am Schluß bleibt die Summe dann doch immer dieselbe.

Das Problem ist also schwierig und kompliziert. Deshalb sollten wir an den konkreten großen Pro-



blemen ansetzen und nach Lösungsmöglichkeiten und eventuell nach gemeinsamen Initiativen suchen. Aufgaben wären genug da: Internationale Politik, die Situation im Mittelmeer, Abrüstung, Wirtschaftspolitik, die katastrophale, öffentliche Verschuldung. Um diese Probleme sinnvoll anzugehen, wäre eine starke politische Kraft nötig.

NG/FH: Eine Regierung, die sich ein konkretes Sachprogramm vornehme, könnte also eventuell auf die Unterstützung der KPI rechnen? Wie glauben Sie denn könnten die Parteien, die eine solche Regierung bildeten, die Abhängigkeit von der KPI ertragen?

Natta: Wir haben eine Programmregierung vorgeschlagen. Und wir meinen, daß sie zustande kommen könnte, wenn die Kräfte der Linken, die KPI natürlich eingeschlossen, offen und lösungsorientiert miteinander diskutierten. Bei einer solchen Diskussion würde sich herausstellen, wo die Konvergenzen und wo die Differenzen liegen.

NG/FH: Eine solche Diskussion sollte die Christdemokraten einschließen?

Natta: Aber ja; in der augenblicklichen Situation ist es so, daß eine Regierung mit einer Mehrheit im Parlament ohne die Christdemokraten nicht vorstellbar ist. Wir wollen nicht unsererseits die Christdemokraten ausschließen. Vielleicht stellt es sich bei einer Diskussion, wie wir sie vorschlagen, ja heraus, daß es keine Übereinstimmungen zwischen KPI, PSI und DC gibt. Aber man kann ja versuchen, solche zu finden. Gibt es keine — nun dann ist nichts verloren, aber unser Verhältnis wäre dann vielleicht

etwas sachlicher, weil wir endlich Opposition in bezug auf ein Programm wären — und nicht Opposition aufgrund einer voraätzlichen Diskriminierung, aufgrund einer *Apriori-Entscheidung*.

So wie es jetzt ist, kann es jedenfalls nicht mehr lange weitergehen. Die Regierung hat im Parlament bei den (geheimen) Abstimmungen keine Mehrheit mehr, und die Zustände werden immer chaotischer. Wissen Sie z. B. wie lange wir über den Haushalt für das Jahr 1986 diskutiert haben? Von September vorigen Jahres bis Ende Februar dieses Jahres! Wobei die Behauptung, wir seien als Opposition hieran schuld, zumindest eigenartig ist. Es sind die eigenen inneren Widersprüche, die die jetzige Regierung lähmen.

NG/FH: Läuft dies alles auf Neuwahlen hinaus?

Natta: Viele sprechen zur Zeit in Italien von Neuwahlen, aber was könnten die schon Neues ergeben? Und wie will man den Wählern gegenüber Wahlen begründen? Die jetzige Regierung hat ja schließlich die Mehrheit an Abgeordneten im Parlament — wenn auch offensichtlich nicht immer hinter sich.

Aus übergeordneten Gründen hoffen wir, daß es keine Neuwahlen gibt: Für die demokratischen Institutionen unseres Landes, für das Vertrauen in die Demokratie wäre das nicht gut. Wir glauben, daß man auch im augenblicklichen Parlament, wenn man mit etwas Phantasie, mit etwas Mut nach neuen Lösungen sucht, solche dort finden kann. Aber wir hätten auch keine Angst, wenn es zu einem Wahlkampf käme. Wir haben gute Karten.

„Die Kommunisten müssen ihre Positionen radikal verändern“

Interview mit dem außenpolitischen Sprecher der Sozialistischen Partei Italiens, Valdo Spini

NG/FH: Um den Dialog der europäischen demokratischen Linken miteinander ist es derzeit wohl nicht zum besten bestellt. Was könnte getan werden, um den Austausch von Argumenten und die Entwicklung gemeinsamer Positionen zu fördern?

Valdo Spini: Es gibt die Sozialistische Fraktion im Europaparlament und den Bund der sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft. Aber dort werden meist eher diplomatische Aktivitäten entfaltet, wenn etwa zu außenpolitischen oder gemeinschaftspolitischen Fragen Dokumente gemeinsam erarbeitet werden müssen oder Positionen abgeklärt werden müssen. Was in diesem Rahmen zu kurz kommt, ist der Informationsaustausch, die Entwicklung ideologischer Programme und eines ideologischen Austausches und vielleicht auch eben die gegenseitige Befruchtung bei der Erarbeitung neuer politischer Programme. In dieser Richtung müßte etwas getan werden, um eine Debatte aufzubauen und einen Austausch zu ermöglichen — vielleicht sogar durch eine internationale Zeitschrift oder auch dadurch, daß die ideologisch-programmatischen Impulse aus den einzelnen Parteien aufgenommen und zusammengefaßt werden. Dafür eignet sich der europäische Rahmen sehr gut. Auch die Abgeordneten der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien im Europa-Parlament könnten ihren Meinungsaustausch untereinander noch verbessern und vertiefen. Ich bin überzeugt, daß bei aller Unterschiedlichkeit der einzelnen Parteien die meisten Probleme doch gemeinsame Probleme sind. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wir in Europa, diesem alten Kontinent, sind vor allem mit der Herausforderung der großen Beschäftigungskrise konfrontiert, und gerade im Blick auf dieses Problem wäre ein Dialog zwischen den sozialistischen Parteien nicht nur dringend geboten, sondern sicher auch sehr fruchtbar.

NG/FH: Aber bei uns zulande wissen nur Spezialisten, was die PSI beispielsweise in diesem Zusam-

menhang an Programmatik und an Lösungsvorschlägen entwickelt hat, und umgekehrt wird es sich wahrscheinlich ähnlich verhalten.

Spini: Bei uns ist das natürlich ganz genauso. Andererseits sind wir über die aktuelle Diskussion um die Revision des Programms von Bad Godesberg einigermaßen gut informiert, weil auch das Interesse daran sehr groß ist. Das liegt aber vor allem daran, daß im italienischen politischen Vokabular „Bad Godesberg“ eigentlich eine Absage an den Marxismus und damit einen gewissen „Verrat“ bedeutet. In den italienischen Kommentaren zu dieser Programmdebatte überwiegt die Einschätzung, daß die SPD jetzt wieder umkehrt, daß sie ein bißchen wieder zu dem zurückkommt, was eigentlich Sozialismus ist, und sich ein bißchen vom Sozialdemokratischen wegbewegt.

NG/FH: Eine überraschende Deutung!

Spini: Zumindest einige Kommunisten haben diese Interpretation gegeben, indem sie nämlich erklärt haben, auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sei dabei, ihre Positionen zu überprüfen. Auf diese Weise wollen sie zum Ausdruck bringen, daß es nicht um eine drastische Revision der eigenen Positionen gehe, sondern vielmehr um eine Begegnung auf halbem Wege.

NG/FH: Sind diese kommunistischen Argumente vielleicht ein Angebot, das auf die PSI zielt?

Spini: Wir haben in Italien — anders als in Westdeutschland und in vielen anderen Ländern Westeuropas eine sehr starke Kommunistische Partei. Und wenn die Linke bei uns eine Entwicklung machen soll, dann muß das notwendigerweise auf dem Wege geschehen, daß die Kommunistische Partei ihre Positionen radikal überarbeitet und korrigiert. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern: In Frankreich hatte die Linke Erfolg, weil in der französischen Linken die Sozialisten stärker geworden sind und es dort außerdem auch noch einen sozialistischen Präsidenten der Republik gibt, der sehr weitreichende Befugnisse und Vollmachten hat. Wir hier haben beides nicht. Deswegen können wir notwendigerweise nur dann zu einem Sieg der Linken kommen, wenn die Kommunistische Partei sehr radikal und nicht einfach mißverständlich und zweideutig ihre Positionen revidiert.

NG/FH: Es gibt ja auch in der Kommunistischen Partei Stimmen, z. B. Angelo Bolaffi, die ausdrücklich ein „Bad Godesberg“ der italienischen Kommunisten fordern. Muß dies die PSI nicht beunruhigen? Steckt darin nicht die Gefahr, daß sich die Kommunisten auf ein politisches Terrain bewegen, das von der PSI besetzt ist?

Spini: Ich sehe das eigentlich nicht so, denn wenn gewisse Vorstellungen und Konzeptionen richtig sind, ist es nichts Negatives, wenn auch andere Leute diese Konzeptionen als richtig erkennen.

NG/FH: Keine parteipolitische Rivalität?

Spini: Es gibt natürlich eine gewisse Wettbewerbs-situation und Rivalität vom Wählerstandpunkt aus, weil wir zwei politische Parteien sind, die im linken Lager angesiedelt sind. Aber wenn es in Italien eine linke Mehrheit geben soll, dann muß die Kommunistische Partei ihre Positionen grundlegend revidieren. In 40 Jahren des italienischen politischen Lebens in der Nachkriegszeit hat es nie eine reine Regierung der Linken gegeben. Wir haben üblicherweise Koalitionsregierungen, und nur einmal — in der Zeit von 1976 bis 1978, als die sogenannte nationale Solidarität ausprobiert wurde — ist die Kommunistische Partei in einer spezifischen Weise in eine solche Koalition einbezogen gewesen. Die Regierung war damals rein christdemokratisch, aber sie wurde von den Kommunisten und fast allen anderen Parteien parlamentarisch unterstützt. Wir als Sozialistische Partei haben uns an den Regierungen der linken Mitte beteiligt, und im Rahmen der linken Mitte haben wir auch die Führung der Regierung in die Hand bekommen.

NG/FH: Sie sagen, die Kommunistische Partei müsse ihre Positionen radikal ändern. Spielen Sie damit auf das Verhältnis der Kommunistischen Partei Italiens etwa zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion an?

Spini: Zusammenfassen könnte man das, was ich meine, in dem Begriff eines „Bad Godesberg der Kommunistischen Partei Italiens“ — in dem Sinne nämlich, daß die Kommunistische Partei eine Entscheidung treffen müßte, einer Tradition sich anzuschließen und einzufügen, wie sie z. B. in der europäischen sozialistischen Bewegung existiert. Das wäre dann ein wirkliches neues Faktum, mit dem man sich auch positiv auseinandersetzen könnte.

NG/FH: Sehen Sie denn hierfür eine Chance?

Spini: Ich weiß nicht recht, ob es diese Chance gibt. Man muß abwarten, ob von dem bevorstehenden Parteitag der Kommunisten Signale in dieser Richtung ausgehen. Es ist zur Zeit so, daß die Kommunistische Partei den „frischen Wind“, der durch Gorbatjow und die neue Führung in der Sowjetunion aufgekommen ist, sehr positiv bewertet — und auch wir sehen hier durchaus neue Entwicklungen.

Aber auf der anderen Seite finde ich, daß diese Fixierung auf die neue Führung in der Sowjetunion ein bißchen die Differenzen überdeckt, die sich im Zusammenhang mit den polnischen Ereignissen er-

geben hatten, als die KPI von dem „Riß“ in ihren Beziehungen zur KPdSU sprach. Dennoch können wir in letzter Zeit eine Verbesserung der Beziehung zwischen Kommunistischer und Sozialistischer Partei in Italien feststellen. Noch zu Beginn der Regierung Craxi hat es mit der KPI eine harte Auseinandersetzung um die Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Gewerkschaftspolitik gegeben, als es darum ging, daß sich eben auch die kommunistischen Gewerkschafter oder die Gewerkschaftskräfte in der Kommunistischen Partei beteiligen sollten an einer konzentrierten Aktion gegen die Inflation. Aber eine bemerkenswerte Veränderung hat sich ergeben auf der Ebene der Außenpolitik: Die Kommunistische Partei hat sehr positiv bewertet, wie sich die italienische Regierung im Zusammenhang mit der Entführung der „Achille Lauro“ verhalten hat und wie deutlich sie dabei ihre eigene Selbständigkeit und Unabhängigkeit hervorgehoben hat.

NG/FH: ... in diesem Falle auch gegenüber den USA?

Spini: Ja, genau das. Und auch das ganze Vorgehen der italienischen Regierung im vergangenen Herbst fand die Zustimmung der KPI. Und seither, kann man sagen, ist eine Phase des intensiveren Dialogs eingetreten. Vor dieser Phase der größeren Verständigung und des größeren Einvernehmens sah die Kommunistische Partei in der Ministerpräsidentschaft der Sozialistischen Partei ein Zielobjekt, welches bekämpft werden mußte. Heute räumen die Kommunisten diesem Punkt keine Priorität mehr ein, sondern sie scheinen erkannt zu haben, daß die Sozialistische Partei auf jeden Fall ihr Hauptsprächspartner sein muß. Dieser Prozeß hat natürlich seine Hochs und Tiefs, aber im ganzen sind die Beziehungen besser geworden.

NG/FH: Auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet reklamiert die PSI für sich Erfolge. Sprechen die ökonomischen Daten nicht eigentlich dagegen?

Spini: Was die Sozialistische Partei vor allem geleistet hat, ist, daß sie es geschafft hat zu vermeiden, daß eine sozial zu harte Politik gefahren werden mußte, wie das z. B. in England der Fall gewesen ist. Wir in Italien haben uns erfolgreich bemüht, eine Veränderung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch Maßnahmen zu erreichen, die einerseits die Inflation auf immerhin rund 8 % reduziert haben, die zugleich aber auch sozial nicht zu hart treffen sollten. Das hat natürlich eine gewisse Belastung für den Haushalt mit sich gebracht. Unser wirtschaftliches Hauptproblem besteht darin, daß wir ein starkes Defizit haben, das insgesamt inzwischen fast 80 bis 85 % des Bruttonsozialprodukts von 1985

ausmacht. Jetzt ist es so, daß die Wirtschaft eindeutige Anzeichen der Besserung registriert und das Problem sich stellt, wer denn nun für diese öffentlichen Schulden einstehen soll, wer den Preis für diese teure Politik zahlen soll, wie die Verteilung dieser Lasten vorgenommen werden soll.

NG/FH: Dies führt zu Auseinandersetzungen in der Regierung, die ja eine Rekordregierung nach dem Kriege ist. Wie lange hält sie noch?

Spini: Diese Schwierigkeiten gibt es, man kann sie nicht abstreiten, denn es geht um konsolidierte Interessen, um selbstverständlich gewordene Vorteile des Wohlfahrtsstaates, auf die die Betroffenen nicht verzichten möchten. Zur Zeit gibt es auch eine Verstimmung zwischen der Christdemokratischen Par-



Valdo Spini

tei und der Sozialistischen Partei, denn die Regierung Craxi würde gerne sehen, daß die Christdemokraten etwas konsequenter, etwas überzeugter die Entscheidungen mittrügen, die notwendig sind. Und die Christdemokraten ihrerseits fragen sich, ob und wie lange sie die Ministerpräsidenschaft der Sozialisten noch dulden wollen. Ich finde hingegen,

die Christdemokraten müssen auch ihrerseits einsehen, daß nach einer für uns so langen Regierungszeit Craxi einige Charakteristika des bisherigen politischen Systems nicht mehr gültig sein können. Denn die alte Regel — so gerne sie auch früher angewandt wurde und so sehr sie den verschiedensten Interessen entgegenkam —, daß man so durchschnittlich alle acht Monate eine neue Regierung erhielt, christdemokratisch geprägt, daß die Christdemokraten, in soundsoviel Strömungen und Flügel aufgeteilt, sich da immer die Tür in die Hand gaben und immer so eine Art Karussel bildeten — der eine war erst Minister oder Ministerpräsident, dann war er Außenminister, dann war er Finanzminister, irgend etwas war er immer —, das ist eben heute eigentlich nicht mehr drin.

Wir haben das alles einmal nachgeprüft und herausgefunden, daß es in 36 Jahren des politischen Lebens 41 Regierungen, immer von der Christdemokratischen Partei getragen, gegeben hat und daß Leute wie Andreotti und Colombo, also einige der Exponenten dieser Partei, mehr als 30mal dabei waren, in welcher Funktion auch immer. Die Christdemokraten waren immer am Ruder, hatten immer die Sache unter Kontrolle, aber da sie selbst so instabil waren, konnten auch die Regierungen keine Stabilität finden. Gleichzeitig gab es vor lauter festgefahrenem Wechsel keine Art von politischer Erneuerung. Es waren also drei Schäden auf einmal: Alles war festgefahren, dickflüssig, zähflüssig geworden, es gab keine Stabilität, und es gab keine politische Erneuerung. Nichts von alledem, und unser Stolz ist es nun, daß wir diesen Kreislauf durchbrochen haben und daß es sehr schwierig sein wird, das irgendwie wieder einzurichten. Ich glaube, die italienische Wählerschaft würde das nicht mehr ertragen.

Es gibt natürlich eine Gefahr, die uns droht, daß nämlich die Christdemokraten sich zwar nicht gegen unsere sozialistische Führung in der Regierung stemmen, aber daß sie sie auf eine Art Abstiegslis drängen, indem sie ihre Handlungsfähigkeit lämmen. Falls diese Gefahr konkret werden sollte, würden wir Sozialisten dem natürlich nicht tatenlos zuschauen.

Rolf Uesseler

Weder Blaumann noch weißer Kragen

Lage und Perspektive des gewerkschaftlichen Kampfes in Italien

Rolf Uesseler, 1943 in Deutschland geboren, wanderte in den siebziger Jahren nach Italien aus. Er lebt heute als Publizist und Journalist in Rom. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen in italienischer und deutscher Sprache, vor allem zu gesellschaftspolitischen Fragen.

Die proletarische Organisation, die in den Zentralbüros der „Confederazione del Lavoro“ [Gewerkschaft] ihre Spitze hat, durchläuft eine konstitutionelle Krise, die ihrer Natur nach der Krise gleich, mit der sich der parlamentarisch-demokratische Staat vergeblich herumschlägt. Es ist eine Krise der Macht und eine Krise der Souveränität.

Antonio Gramsci (am 11. 10. 1919 in „Ordine Nuovo“)

Der Zusammenbruch expansionistischer Wirtschaftspolitik, Technologisierung und Rationalisierung der Produktion, sozialer Wandel und Arbeitslosigkeit haben auch in den italienischen Gewerkschaften mit Beginn der 80er Jahre eine Krise ausgelöst. Damit unterscheidet sich die Lage nicht grundsätzlich von denjenigen, in der sich die Gewerkschaften anderer westeuropäischer Länder befinden (wenn das auch denjenigen verwundert mag, der die italienischen Syndikate als dynamische Klassenkampforganisationen kennt).

Arbeitslosigkeit führte zu Entsolidarisierungsscheinungen, Rationalisierung zu Mitgliedschwund, Technologisierung zu Umschichtungen im Produktionsfaktor Arbeit. Die Offensive der Arbeitgeber, die auch in den bürgerlichen Zeitungen Italiens „Kapitalisten“ genannt werden, und eine den „Stärkeren“ begünstigende *Laissez-faire*-Politik des Staates taten ein übriges, um neben den von Gramsci genannten zwei Aspekten der Krise auch noch den einer Identitätskrise der Gewerkschaften offenbar werden zu lassen.

Doch neben diesen allgemeinen, im Grunde überall zu beobachtenden Erscheinungen unterscheiden sich gegenüber anderen Ländern Westeuropas Symptome und Ursachen der Krise, aber vor allem wohl die Versuche der italienischen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen, Auswege und Lösungen für die teilweise neu aufgetauchten Probleme zu finden.

I.

„Heute — in der Gewerkschaft — ist die gleiche ideelle Schubkraft notwendig, die vor hundert Jahren zur Geburt der italienischen Arbeiterbewegung führte. Es ist der Moment gekommen, in dem eine neue konstitutionelle Phase eingeleitet wird. Warten kann man nicht mehr“, meinte Antonio Pizzinato wenige Tage bevor er Anfang März dieses Jahres zum neuen Generalsekretär des mit viereinhalb Millionen Mitgliedern größten italienischen Gewerkschaftsverbandes CGIL gewählt wurde. „Und“, fügte er hinzu, „die italienischen Gewerkschaften haben schon zu viel Zeit verloren; wenn wir uns jetzt nicht beeilen, riskieren wir, an den Rand der Gesellschaft und der Geschichte gedrängt zu werden.“

Eine allzu dramatische Einschätzung der Lage, eine übertriebene Selbstkritik? Vielleicht. Doch mehr als das läßt es ein sensibles Gespür für die Gefahren erkennen, die den Gewerkschaften in der augenblicklichen Situation drohen. Schematisiert fassen sie es selbst so zusammen: Die Welt draußen, außerhalb der Gewerkschaftsorganisationen, veränderte sich rapide, grundlegend, während die Gewerkschaft im Ansatz die gleiche blieb, sich nicht veränderte.

Die Veränderungen bestanden nicht nur darin, daß die einst beherrschende Industrie ständig weniger Arbeitskräfte beschäftigte (beim Stand von Juli 1985 sind 32,8 % der werktätigen Bevölkerung in der Industrie, 11,2 % in der Landwirtschaft und 55,9 % in anderen, vor allem im tertiären Sektor tätig); nicht nur darin, daß die einstige Vollbeschäftigung einer flächendeckenden Arbeitslosigkeit von rund 12 % des vorhandenen Arbeitskräftepotentials gewichen ist; nicht nur darin, daß die großen Industriekonzentren abgebaut und dezentralisierte Produktionsstrukturen aufgebaut wurden. (Heute haben nur noch zwei von 95 Provinzen in Italien einen Industriekonzern als größten Arbeitgeber —

Generalstreik: Gewerkschaftsdemonstration vor dem Triumphbogen Konstantins.

Fotos: dpa



und zwar Turin mit FIAT und Taranto mit Italsider. Sonst beschäftigen Kommunen, Provinzen, Universitäten, Banken, Versicherungen, Versorgungs- und Transportunternehmen mehr Lohnabhängige als die industriellen Großbetriebe.)

Verändert haben sich auch die Anforderungen an die Arbeitskraft. Neue Berufe mit neuen Qualifikationen machen heute gegenüber den fünfziger Jahren den Hauptteil der Arbeitsplätze aus. Die manuellen Arbeiten sind rapide gesunken und der industrielle Massenarbeiter (tayloristischer Statur, der noch der Prototyp des „heißen Herbstes“ von 1969 war und eine neue Epoche im gewerkschaftlichen Kampf einleitete) ist in weiten Teilen der italienischen Wirtschaft nur noch eine Minderheit. Die Arbeitszeiten und die Arbeitgeber haben sich geändert. Nicht selten und in steigendem Maße verkaufen Lohnabhängige ihre Arbeitskraft an verschiedene Unternehmer: Einen Vormittag hier, fünf Stunden am Nachmittag dort, zwei Tage in der Woche an einen, vier Tage an einen anderen Betrieb. Diese Lohnzahlenden sind öffentliche, halbstaatliche oder von diesen mit Konzessionen ausgestattete Betriebe, Kooperativen (denen die Lohnabhängigen nicht selten als Mitglieder angehören), Kleinst- und Managerunternehmen. Und der Anteil rein ausführender Tätigkeiten an der Arbeit nimmt fortwährend ab. Arbeitsorganisation, -struktur und -verteilung haben sich gewandelt. Die überkommenen hierarchischen Strukturen der „Befehlsgewalt“ von oben nach unten sind ebenso ausdifferenziert worden wie die (früher auf wenige Typen beschränkten) horizontalen Produktionsstrukturen.

Die Probleme, vor die sich die Gewerkschaft durch diese vielfältige Veränderung gestellt sah, löste sie — im Grundsatz — mit dem „klassischen“ Bewußtsein, den traditionellen Organisationsstrukturen und den herkömmlichen Mitteln. Lohnforderungen und Lohnstrukturvorstellungen bezogen sich auf das Bild des industriellen Massenarbeiters. Die Kernkampftruppe zu ihrer Durchsetzung blieb der klassische Industriearbeiter. Die Bemühungen um Erweiterung bzw. Erhalt der gewerkschaftlichen Basis waren primär auf dieses Bild ausgerichtet. Der „Blaumann“ beherrschte auch noch die Diskussion um Anpassung — und noch nicht um Veränderung —, als er schon zur Minderheit in der Gewerkschaftsmitgliedschaft geworden war; und als sich schon klar abzeichnete, daß bestimmte Erfolge bei der Durchsetzung ihrer Forderungen nur noch erreicht werden konnten, weil Jugendliche und Frauen als nachdrängende und konkurrierende Arbeitskräfte zur Verfügung standen, die marginali-

siert, diskriminiert und ghettoisiert werden konnten.

So und auf der gesetzlich stark verankerten Besitzstandswahrung von Reallohn und Arbeitsplatz, die wohl stärker ausgebaut ist als in jedem anderen kapitalistischen Land — Kündigungen z. B. kann der Arbeitgeber praktisch nicht vornehmen und zeitweilige Suspendierungen der Beschäftigten von der Arbeit sind ihm nur über komplizierte und langwierige Antragsverfahren möglich —, gelang es der Arbeiterklasse und ihren Organisationen, die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzufangen.

Doch das Ergebnis war auch, daß die Gewerkschaften — nach eigenem Bekunden —, da sie sich an einem bestimmten (unveränderlichen) Typus von moderner Industrie- und Wohlfahrtsgesellschaft orientiert hatten, Veränderungen abwehrten, sich ihnen gegenüber verschlossen, sie mit einer veralteten Optik sahen und ihnen mit herkömmlichen Instrumenten begegneten. Als der irreversible Veränderungsprozeß auch ihnen ins Auge sprang, fanden sie sich nahezu waffenlos in einer Gesellschaft wieder, in der mit den alten Waffen nicht mehr sonderlich viel auszurichten war.

Korporativistische Tendenzen machten sich breit. Die „neuen Arbeiter“, die „neuen Angestellten“, Techniker, Operationalisten, Entwicklungs-, Arbeitsvorbereitungs- und Verwaltungsspezialisten etc. organisierten sich zum Schutz ihrer Interessen und Privilegien in Berufsverbänden oder „autonomen Gewerkschaften“. Die innerhalb der Gewerkschaft bisher vorhandene Solidarität aller Lohnabhängigen untereinander bekam Risse und zerbröckelte zu Gunsten der Vertretung von Interessen der einzelnen Kategorien (Einzelgewerkschaften) bzw. von Berufsgruppeninteressen. Das mühsam erkämpfte Instrument der Reallohnsicherung engte bei geringer werdendem Anteil an der zu verteilenden Lohnsumme die Verhandlungsmacht gegenüber den privaten und öffentlichen Unternehmern ein. Der Handlungsspielraum für Kämpfe zur Erhöhung und Erhaltung des Anteils am produzierten gesellschaftlichen Reichtum, der es den Gewerkschaften in den siebziger Jahren noch ermöglicht hatte, auf die im gesellschaftlichen Rahmen zu treffenden Investitionsentscheidungen auch zu ihren Gunsten Einfluß zu nehmen, verringerte sich drastisch.

II.

Mit dem Antritt der Regierung Craxi 1983 wurden bei Teilen der Gewerkschaft Vorstellungen entwickelt und Versuche unternommen, an dem Ar-

Erdgas

Wir sorgen für Erdgas. Durch langfristige Verträge mit in- und ausländischen Lieferanten helfen wir, die Erdgasversorgung bis ins nächste Jahrtausend zu sichern.

Wir transportieren Erdgas durch ein unterirdisches Leitungssystem bedarfsgerecht zu unseren Kunden. Und wir engagieren uns beim Energiesparen – damit möglichst viele möglichst sorgsam mit der umweltfreundlichen Energie Erdgas umgehen.

Wir sorgen für Erdgas **Ruhr**
gas

beitsteilungsmodell der Zweiten Internationale zwischen Gewerkschaft und Parteien anzuknüpfen, d. h. die Gewerkschaft zum Transmissionsriemen „befreundeter“ Parteien bzw. „befreundeter“ Regierungen zu machen. Diese „neokorporative konzertierte Aktion“, die auf einer Verabredung zwischen Staat, Gewerkschaften und Unternehmen basierte, sollte den Gewerkschaften bei Preisgabe ihrer autonomen „Gegenmachposition“ faktisch das Vertretungsmonopol der Lohnabhängigen (bei ständig abnehmendem Massenkonsens) sichern. Wenn Wünsche und Überlegungen dieser Art in manchen gewerkschaftlichen Zentralen auch noch nicht aufgegeben sind, so stellte sich doch insgesamt nach einer relativ kurzen Experimentierphase von drei Jahren dieses Modell in der Praxis — gemessen an den erzielten Erfolgen — als unbrauchbar, veraltet, den heutigen Bedürfnissen nicht gewachsen und vor allem zum Schaden der Lohnabhängigen als viel zu steril und unflexibel heraus. Ein Teil der Gewerkschaft, vor allem die CGIL, hatte schon von vornherein vor der „Institutionalisierung“ der Gewerkschaft (die gewissermaßen ihre Konsensschwäche an der Basis ausbügeln sollte) gewarnt, da sie ihres Erachtens auf eine Logik hinauslief, die sie bei den Gewerkschaften in den Ländern des sogenannten real existierenden Sozialismus beobachtet und kennengelernt hatten. Der Weg konnte ihrer Meinung nach nur ein umgekehrter sein, nämlich die Öffnung und die Erweiterung der Gewerkschaften hin zu den neuen Beschäftigtengruppen wie z. B. der Techniker, der Planer, der Forscher, um sie in das gewerkschaftliche Handeln für eine wirtschaftspolitische Erneuerung, für die Steuerung des industriellen Strukturwandels einzubeziehen.

Doch theoretischen Teileinsichten standen bis in die jüngste Vergangenheit — so die CGIL in einer selbstkritischen Analyse zu ihrem II. Nationalkongress — keine praktischen oder praktizierbaren Alternativen gegenüber. Dieses Versäumnis, das Hinterherhinken hinter der Realität, ist jedoch nicht nur der Gewerkschaft, sondern — so die meisten Gewerkschaftskollegen — nicht zuletzt oder sogar primär den Regierungsparteien und den Kapitaleignern anzulasten, die zwar den Produktionsapparat modernisiert bzw. die Modernisierung erleichtert und unterstützt haben, aber die Folgen für die Gesellschaft ignoriert und sich jeglicher Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen widersetzt haben. So spricht man zwar seit drei Legislaturperioden von einer Revision der gesetzlichen Grundlagen für eine verstärkte Mobilität und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, doch getan hat sich — so die Ge-

werkschaft — gar nichts. Und solange die Unternehmer veränderte Qualifikationen und größere Anpassungsfähigkeit der Arbeitskraft an die gewandelten Produktionsvorgänge zum Nulltarif erhalten, d. h. ohne einen entsprechenden Preis an die Gesellschaft in Form von verbesserten Infrastrukturen, Sozialeinrichtungen, Bildungs- und Ausbildungsstätten zu zahlen, solange werden die Gewerkschaften keinen Deut nachgeben, eher sich mit ihnen in den sechziger und siebziger Jahren erkämpften Schutzrechten wie in einer Wagenburg verteidigen, als einen „faulen Kompromiß“ schließen. Natürlich weiß die Gewerkschaft allzu gut, daß sie durch diesen Stellungskrieg in der Vergangenheit an Gewicht eingebüßt hat. Doch würde andererseits eine Preisgabe ihres Terrains ohne Gegenleistungen — so befürchtet sie vielleicht nicht zu Unrecht — zu ähnlichen Verhältnissen führen wie z. B. in der BRD, wo trotz garantierter Schutzrechte nach dem „Rüttelsiebprinzip“ letztlich nur die „Starken“ im Arbeitsprozeß verbleiben. Und vor allem befürchtet die italienische Gewerkschaft, daß — wie unzählige Beispiele nicht nur in den USA zeigen — die Kosten für die notwendige Anpassung der Arbeitskraft letztendlich dem einzelnen Individuum aufgelastet werden.

Hinzu kommt, daß eines der Hauptprobleme, die Arbeitslosigkeit, die nicht nur konjunktureller, sondern auch struktureller Art ist, weder durch quantitatives Wirtschaftswachstum noch durch höhere Mobilität und Flexibilität der Arbeitskraft aufzuheben ist. Eine Lösung erfordert aus Sicht der Gewerkschaften mehr als was die von der Gegenseite verkündete doppelte Zauberformel von „Anpassung“ und „Laissez-faire“ suggeriert.

III.

„Selbst wenn sie wollten, wären die Deutschen, die Engländer oder die Finnen gar nicht in der Lage, es den Italienern gleichzutun. Dazu sind sie nämlich nicht schlau genug, nicht zynisch genug, nicht begabt genug; zu stur, zu festgesfahren, zu dilettantisch, zu verklemmt. Sie haben zu viel Kraft in ihre wohlgeordneten Systeme investiert, zu viele Ressourcen, Aufgaben, Hoffnungen an den Staat delegiert“. Diese (in ihrer undifferenzierten Verallgemeinerung schon fast ans Rassistische grenzende) Feststellung eines aufmerksamen Beobachters der italienischen Gesellschaft, wie es Hans Magnus Enzensberger ist, fängt sicherlich nicht die Realität ein; doch sie weist auf einen Unterschied bei der Art des Herangehens an die Probleme hin. Bezogen auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Italien, doch vor allem auf die Arbeiter selbst, heißt

das, daß sie wohl weniger als anderswo geneigt sind, ihre Interessen, ihr Klassenbewußtsein und ihre Geschichte zugunsten einer Ideologie — welcher Art sie auch sei — zu vergessen. Anders, schematisierend, ausgedrückt: Ihr ausgeprägter Wille sowohl zum Erkennen der ungeschminkten Realität wie zum Kampf ums Überleben (als einzelner Lohnabhängiger wie als arbeitende Klasse) ist weitaus stärker ausgeprägt als jeder Wunsch nach Anlehnung an ein „Modell“. Damit wird jede Ideologie, ob vom „unvermeidlichen Klassenkampf“ oder von der „Sozialpartnerschaft“, zum Mittel, das ständig auf seine Nützlichkeit abgeklopft wird, und nie zum Selbstzweck. Auf diese Weise kann die italienische Arbeiterbewegung vielleicht kompromißloser und zugleich flexibler als anderswo in Westeuropa bei der Verfolgung ihrer Interessen vorgehen; und jenseits aller Schemata, denen sie prinzipiell mißtraut, nach neuen Wegen und Problemlösungen suchen.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise in den Gewerkschaften (die nicht frei von Depressions- und Resignationserscheinungen ist) drückt es Antonio Pizzinato in Hinblick auf die Perspektiven so aus: „Die Wahrheit ist, daß wir die „neue Ge-

werkschaft“ vom Keller bis zum Dach neu erfinden müssen und werden; denn so wie die Dinge stehen, werden wir andererfalls nirgendwo ankommen und kein Ziel erreichen. Phantasie und Kreativität sind gefordert! . . . Die „neue Gewerkschaft“ wird ein Etwas sein, das sich souverän zu Hause fühlt in diesem Pudding sich ständig verändernder Strukturen, der die heutige Gesellschaft geworden ist.“

Wie soll die „neue Gewerkschaft“ aussehen, wie stellt sich die italienische Gewerkschaftsbewegung auf die neue Lage ein, welche Problemlösungsratien hat oder verfolgt sie? Noch macht alles den Eindruck eines großen Experimentierfeldes; noch ist in Teilen der Gewerkschaft der Glaube an den „Massenarbeiter“ als gewerkschaftlichem Aggregations- und Brennpunkt noch nicht verschwunden; noch sind Vorstellungen von der „Institutionalisierung der Gewerkschaft“ virulent, noch ist der Abschied von gestern nicht vollzogen. Doch es sind Umrisse des „Neuen“ erkennbar. Ein Bewußtseinswandel hat eingesetzt. Die Interessen werden auf einer historischen Folie neu formuliert. Ein paar Beispiele mögen dies illustrieren.

Abgesehen von dem Willen, Handlungsspielraum



wiederzugewinnen, um erneut in die Offensive zu kommen, die innergewerkschaftliche Kampfkraft zu erhöhen, die Verhandlungsmacht zu erweitern und die Autonomie zu wahren, innerhalb der Gewerkschaft korporativistische Selbstschutzinteressen nicht Überhand gewinnen zu lassen über den Charakter als Klassenorganisation, Tendenzen zu Aufsplitterung, zu Lobbygruppierungen ebenso abzuwehren wie zu „Unternehmer“ oder „Bürgergewerkschaften“, abgesehen von all dem hat man — vor allem in der CGIL — eine konkrete Vorstellung von der neuen Rolle der Gewerkschaft: In einer sich immer weiter ausdifferenzierenden und aufgliedernden Gesellschaft, die sich auch in der Welt der Arbeit immer mehr artikuliert und zugleich aufsplittert, ist die Gewerkschaft nicht überflüssig geworden, sondern notwendiger denn je. Nicht nur, weil „Berufsverbände und -vereinigungen“, die die Bedürfnisse ihrer Mitglieder aus einer spezifischen Sicht heraus zum Ausdruck bringen, keine ausreichende Macht haben, um ihre über den Arbeitsplatz hinausgehenden Interessen gegenüber dem großen Kapital bzw. dem Staat durchzusetzen, sondern auch, weil eine immer komplexer werdende Gesellschaft ohne organisierendes Konsenszentrum nicht mehr demokratisch regierbar ist und ihre Zuflucht in autoritären Strukturen (zumindest in der Willensbildung) sucht.

Die Perspektive der italienischen Gewerkschaft hin zu mehr und nicht weniger Demokratisierung ist daher die, sich selbst zu erweitern, indem sie „pluralistischer“ wird, ohne jedoch die nach wie vor prinzipielle Bedeutung der (quantitativ geringer werdenden) Arbeiterschaft in der industriellen (aber auch in der landwirtschaftlichen) Produktion als Basis einzuschränken oder gar zu negieren. Sie zielt, über die klassischen Arbeiter und Angestellten hinaus, auf *alle* Lohnabhängigen, deren Quantität zustimmt, ohne jedoch deren Besonderheiten und Eigenheiten vernachlässigen oder auf ein paar Durchschnittstypen reduzieren bzw. zurechtzutun zu wollen. (So gab es beispielsweise in der Vergangenheit und zum Teil bis heute heftige Konkurrenzkämpfe zwischen den einzelnen „Kategorien“ etwa eines Krankenhauses bei Vertragsverhandlungen. Das technische wollte andere Verträge als das Pflegepersonal, die Chefarzte andere als die Assistenzärzte, die Verwaltungsangestellten andere als die Instandhaltungsarbeiter usw. Die Folge waren zumeist Einzelabschlüsse, denen unzählige Berufsgruppenstreiks vorausgingen. Heute geht man dazu über, daß alle Kategorien der Lohnabhängigen vorher einen Kompromiß unter sich aushandeln und die Ge-

werkschaft, gestützt und flankiert von den Berufsorganisationen, dem Arbeitgeber ein Gesamtpaket von Forderungen unterbreitet.)

IV.

Im Zusammenhang mit ihren Vorstellungen von einer Lohnabhängigenorganisation „neuen Typus“ verweist die Gewerkschaft häufig auf ihre Vergangenheit. An ihrer Wiege als demokratische, einheitliche Klassengewerkschaft, die ihre Aufgabe in der umfassenden Befreiung und Selbstverwirklichung des arbeitenden Menschen sah (und sieht), standen Millionen von Arbeitslosen, vertriebenen Bauern, Landarbeitern, Tagelöhnnern, Handwerkern, Fischern, Schäfern. Die Gewerkschaft erst schweißte sie zu einer Arbeiterklasse zusammen und hatte damit entscheidenden Anteil daran, daß aus einer wildwüchsigen kapitalistischen Obrigkeitsherrschaft eine demokratische (wenn auch immer noch kapitalistisch verfaßte) Gesellschaft wurde. Diesen Prozeß der Verschmelzung von heterogenen Gruppierungen und Individuen (deren gemeinsames Merkmal es ist, daß sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen bzw. entlohnt werden) könnte man als die große Herausforderung benennen, der sich die Gewerkschaft stellt. Und das heißt in der gegenwärtigen Situation, daß sie auch diejenigen einbezieht, die ihre Arbeitskraft augenblicklich gar nicht verkaufen können, weil keine „Nachfrage“ besteht — was vor allem auf die Jugendlichen und die Frauen in Italien zutrifft. In ihrer organisatorischen Praxis experimentiert die Gewerkschaft auf mehr als einer Ebene: So werden Jugendliche an der Ausarbeitung von Forderungskatalogen, beispielsweise zur Beschäftigungspolitik, beteiligt wie auch in Tarifverhandlungen, die z. B. Berufsbildungsprogramme, Ausbildungsverträge, Arbeitsvermittlung etc. betreffen, direkt einbezogen. Der organisatorische Apparat und Räumlichkeiten der Gewerkschaft werden autonomen Schüler- und Studentengruppen zur Verfügung gestellt, ohne daß diese auch gleich der Gewerkschaft beitreten müssen.

Das „Neue“, das existiert und dessentwegen die italienische Gewerkschaft nicht beabsichtigt, ihre Tradition und Basis über Bord zu werfen, kommt auch in einem anderen Aspekt zum Ausdruck. Ihr Leitbild des „neuen, aufkommenden Arbeiters“ ist nicht das eines Menschen im „Blaumann“ oder im „weißen Kragen“, sondern das des „polivalenten Arbeiters“, der von beidem etwas besitzt, d. h. eine „Kombination aus Ausführen und Wissen“, aus manueller und intellektueller Tätigkeit, eine „Mischung aus Sirene und Zentaur“. Eine Zielvorstel-

lung, die sich nicht durch die neuen Tätigkeiten zwangsläufig ergibt oder von der Technologisierung in einem Umwandlungsprozeß der Produktion automatisch eingeführt wird, sondern als Forderung von der Arbeiterbewegung durchgesetzt werden muß. Zwar verwischen sich die Grenzen zwischen manueller Tätigkeit und intellektuellen Arbeiten, sind die Demarkationslinien nicht mehr so scharf gezogen zwischen denjenigen, die ausführen, und denjenigen, die entscheiden, doch — obwohl diese klassischen Herrschaftsstrukturen des „wir hier oben, ihr dort unten“ ins Schwimmen geraten — wird auf andere Weise versucht, sie aufrechtzuerhalten. Daher

die Fähigkeit besitzt, einen eigenen und unabhängigen Entwurf der Erneuerung und Transformation der Gesellschaft vorzulegen.

Viele der Ideen über die „neue“ Gewerkschaft wurden bereits in die Tat umgesetzt, und sei es auch nur in Form von Fragmenten, Mosaiksteinen, Teilexperimenten. Ein Beispiel: In Sesto Ulteriano, einem Industrievorort von Mailand, steht ein kleiner Container mit der Aufschrift „Sitz der Gewerkschaft“ und einem Plakat „Wir geben Antworten auf offene Fragen im Gebiet Sesto Ulteriano — Arbeit, Gesundheitsvorsorge, Mensa, Transport...“. In diesem Gebiet gibt es mehr als 500 kleine Unter-



— so die Gewerkschaft — ist es wichtig, die verschiedenen Aspekte und Funktionen der Produktion im „polivalenten Arbeiter“ zu verkoppeln, mit der Perspektive, daß man die „Selbstregierung der Arbeit“ erreicht. Und dies schließt ein Eindringen der Gewerkschaft in alle gesellschaftlichen Bereiche ebenso ein wie eine noch größere Autonomie sowohl gegenüber den privaten und öffentlichen Unternehmen sowie gegenüber den Parteien und der Regierung, und zwar eine planende Autonomie, die

nehmen, die von Dienstleistungen über Software bis zu Elektronikbausteinen alles produzieren. (Über 50 % der italienischen Lohnabhängigen arbeiten heute in Unternehmen, die weniger als 20 Arbeitskräfte beschäftigen und die sowohl künstliche Nieren, wie Raumschiffelemente, Mode- oder Nahrungsmarkenartikel herstellen, von denen 30 % in den Export gehen.) Die Präsenz der Gewerkschaft war hier äußerst dürrig. Die in den Großbetrieben und Konzernen bewährten Organisations- und Ver-

tretungsstrukturen ließen sich auf diese Mikroeinheiten kaum übertragen, die „klassischen“ Forderungen nach sozialer Absicherung und summarischen Tarifverträgen ebenfalls nicht. Das Bedürfnis nach Interessenvertretung bei den abhängig Beschäftigten bestand, konnte jedoch von der Gewerkschaft nicht erfüllt werden, bis einige junge Gewerkschafter damit begannen, Bedürfnisse, die allen in den unterschiedlichen Betrieben gemeinsam waren, herauszufiltern. Einige Basisforderungen wurden realisiert, wie die nach einer überbetrieblichen Kantine, einer überbetrieblichen Sanitätsstation, einer auf die Betriebsstandorte ausgerichteten Linienführung des Busverkehrs etc. „Kleine Erfolge“, die den gewerkschaftlichen Organisationsgrad rapide in die Höhe schnellen ließen.

Wie in Sesto Ulteriano gibt es inzwischen in Mailand drei oder vier „Container“-Gewerkschaften. Und da auch das Vertrauensleutesystem, das „System der Delegierten“ nicht wie beispielsweise bei FIAT nach Produktionsabteilungen gliederbar war, entwickelte man auch hier neue Formen. So gibt es Straßen-, Plätze- oder Blockdelegierte, die die Interessen der Lohnabhängigen vertreten. Von den „rigiden Tarifverträgen“ ist man bei den Entlohnungsforderungen hier zu neuen, flexibleren Formen übergegangen, die sich vorerst noch auf „gleichen Minimallohn“, auf Abfindungssummen (bei Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis) und Vorsorgeleistungen beschränken.

Wie gesagt, es handelt sich um Experimente konkreter Art, die überall in sich wandelnden Realitäten und unter anderen Bedingungen gemacht wurden und werden. Die Auswertung dieser Erfahrungen und eine mögliche Verallgemeinerung stehen noch aus. Doch ohne eine neue, verstärkte Basis in den Unternehmen und in der neuen Realität der Betriebe, die sich erstreckt auf alle Lohnabhängigen, werden wir, so sagt die Gewerkschaft, auch unser erkämpftes Recht, auf der wirtschaftspolitischen Ebene entscheidend mitreden und bestimmen zu können, nicht ausüben bzw. verteidigen und erweitern können. „Wir würden zum Papier tiger werden, weil wir nicht mehr die autonome Macht besäßen, die Dinge aus eigener Kraft in eine andere Richtung zu drängen.“

Esther Koppel „Endlich sind wir Frauen!“ Befreiung statt Emanzipation – die italienische Frauenbewegung

Esther Koppel, 1950 in Hamburg geboren, lebt seit ihrer Kindheit in Rom, wo sie als Journalistin und Übersetzerin tätig ist. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen vor allem zu Frauenfragen.

Es ist kein Zufall, daß das Bild, das die Unterdrücker von den Unterdrückten verbreiten, nicht dem Selbstverständnis derjenigen entspricht, die um ihre Befreiung kämpfen. In der Mann-Frau-Beziehung ist das nicht anders. So wird auch in der bundesrepublikanischen Presse über die italienischen Frauen und ihre Kämpfe hauptsächlich aus der Sicht der Männer berichtet. Innerhalb dieses Klischees erscheinen die Italienerinnen immer noch als die fetten Mamas, die ihre Bambinis mit Spaghetti vollstopfen, als die „rassigen“ Brünetten oder die verständnisvollen Huren. Kein Zufall also, daß kaum jemand in der Bundesrepublik weiß, daß Italien etwa in Sachen Familienrecht oder Abtreibung eine der fortschrittlichsten Gesetzgebungen in ganz Westeuropa hat; kein Zufall, daß es praktisch unbekannt ist, daß die Italienerinnen nicht für ihre Emanzipation, also nicht für ihre Gleichstellung und Gleichberechtigung in dieser Gesellschaft, sondern vor allem für ihre „Befreiung“ kämpfen, für ihr Recht, „anders“ zu sein. Und so gesehen ist es dann auch nicht verwunderlich, daß ich von der Leiterin des Frauenressorts einer großen bundesrepublikanischen Tageszeitung nach einem Artikel, den ich für die Frauenseite über Abtreibung in Italien geschrieben hatte, einen Brief erhielt, in dem es hieß, daß sie leider auf eine weitere Zusammenarbeit mit mir verzichten müsse, da sich der Korrespondent in Rom (wohlgerne ein Mann!) bei der Chefredaktion beschwert hatte, daß man nicht ihn beauftragt hatte, über dieses Thema zu informieren.

Ab Anfang der siebziger Jahre, also seit der erste große Schub der Frauenbewegung über Italien rollte, ist dieser politische und kulturelle Faktor nicht mehr aus dem Land wegzudenken. Und nicht nur das: Die politischen Parteien (natürlich vor allem

PROHETI TU, FELIX PREDICATORUM
HONITATIS ET ELENTIS, VESPERA
CINQURE, OBREDIDE, LA VAS, VASARE

RE: FREDIE, GENEVA, 1
RA, ALLEGRA, 14, 15
DRUG IN SIA FATO, 15
G. BISOGN TUTTO IN 15

**DIFENDONO
IL FETO
PER
SFRUTTARE
IL
BAMBINO**



die des linken Spektrums), die Gewerkschaften, die Massenmedien, aber auch die alltäglichen Lebensgewohnheiten vieler Italiener haben sich verändert, seit die Frauenmassen mit ihrem „radikalen“ Schlagwort „Keine Huren und keine Madonnen mehr — endlich sind wir Frauen!“ die Straßen „unsicher“ machen. Und diese Veränderung ist in Italien grundlegender als in vielen Ländern, von denen man (zum Teil auch zu Recht) sagt, daß dort die Frauen „gleichberechtigter“ seien.

Feminismus und Antikapitalismus

Um zu verstehen, warum die Frauenbewegung in Italien einen so revolutionären Charakter angenommen hat, muß man einen Schritt in die Vergangenheit machen. Italiens Industrialisierung geht gegenüber den anderen europäischen Ländern nur sehr stockend voran und auch das nur im Industriedreieck Mailand—Turin—Genua. Im übrigen Land herrscht noch bis in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts hinein eine bäuerliche Kultur, in der die Frauen sicherlich nicht gleichberechtigt sind, aber doch eine festumrissene und selbstbewußte Rolle haben. Frauenkämpfe und -fordernisse gibt es in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts weniger unter den bürgerlichen Schichten als vielmehr bei den Landarbeiterinnen und Reisbäuerinnen, vor allem der Emilia Romagna. Der antifaschistische Widerstand bringt den ersten großen Umschwung. Im Partisanenkampf leisten die Frauen wichtige Kuriertdienste und viele treten auch den kämpfenden Formationen bei.

Während des Faschismus wurde das Lob auf „die Frau, die nicht versteht und eingestehst, daß sie nicht versteht“, gesungen, „wobei wir andauernd Frauen um uns haben, die nichts verstehen, aber vorgeben, etwas verstanden zu haben, oder noch gefährlichere Frauen, nämlich die, die wirklich verstehen und manchmal auch zu viel verstehen“ (aus der Frauenzeitschrift „Grazia“ vom 19. Jan. 1939). Doch viele Frauen passen sich dieser Idealvorstellung nicht an. Bei Kriegsende werden 35 000 offiziell als Partisaninnen anerkannt; 512 waren Kriegskommissare, 2750 wurden von den Nazifaschisten hingerichtet oder fielen im Kampf; 15 wurden mit militärischen Ehrenmedaillen ausgezeichnet. Da aber viele Partisaninnen in „typisch weiblicher“ Bescheidenheit ihre Tätigkeit für die Widerstandsbewegungen nicht angemeldet hatten, geht man in Italien allgemein davon aus, daß etwa 700 000 Frauen den antifaschistischen Befreiungskampf aktiv unterstützen.

Es ist also nur „natürlich“, daß die italienischen Frauen 1946 das Wahlrecht erhalten — fast 50 Jahre

später als in den meisten europäischen Ländern.

In den ersten Jahren nach dem Krieg und praktisch bis zum „Ausbruch“ des Feminismus ist der Kampf der Frauenorganisationen und der linken Parteien und Gewerkschaften ein Emanzipations- und Gleichberechtigungskampf im „klassischen“ Sinne, bei dem es um so „simple“ Dinge wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Arbeitsplatzsicherung bei Schwangerschaft, Kindergärten und -krippen, Zulassung in alle Arbeitsbereiche etc. geht. Später wird einmal eine Frauenzeitschrift schreiben: „Mit dem Feminismus sind die Frauenforderungen unter die Gürtellinie gerutscht. Früher ging es den Frauenrechtlerinnen praktisch allein um die Rechte der arbeitenden Frauen: Arbeit = Emanzipation, hieß der Tenor der damaligen Debatte. Mit dem Feminismus hat man begonnen, sich mit dem sexuellen Aspekt zu beschäftigen, was die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft erschüttert.“

Wenn diese Prognose auch heute etwas zu hoch gegriffen erscheint, so stimmt es doch, daß der italienische Feminismus einen stark antikapitalistischen Charakter hatte, der in vielen theoretischen Ausarbeitungen der Bewegung im Vordergrund stand: Man ging davon aus, daß die Familie in ihrer augenblicklichen Form einen der Grundpfeiler dieses Gesellschaftssystems darstelle, daß die Frauen seit eh und je die Aufgabe hätten, die sozialen Werte von Generation zu Generation weiterzugeben, daß die sexuelle Rollen- und Machtverteilung innerhalb der Gesellschaft für diese Gesellschaft funktional sei und daß eine grundlegende, radikale Änderung dieses Aspekts den Einsturz des ganzen Gebäude mit sich bringen würde.

Doppeltes Engagement

Anders als in vielen anderen westeuropäischen Ländern „rekrutierte“ die feministische Bewegung in Italien ihre Verfechterinnen nicht nur im Bildungsbürgertum und unter den Intellektuellen, sondern von Anfang an auch in den Gewerkschaften und unter den Arbeiterinnen, was mit dazu beitrug, daß die gesamte Diskussion um die Frauenfrage eine starke politische Prägung annahm. Trotzdem — oder gerade deshalb — war die Beziehung zwischen den „neuen“ Frauen und den linken Parteien alles andere als idyllisch. Die Gesellschaftskritik machte nicht vor der Institution Partei halt. Im Gegenteil, gerade weil viele der Feministinnen schon vorher in linken Parteien (vor allem in der PCI) und in den Gewerkschaften organisiert waren, sahen sie einen grundlegenden Aspekt ihres Kampfes darin, ihre Ziele und Forderungen den eigenen Organisationen



Die Zukunft planen. Mit dem guten Gefühl der Sicherheit.

Mit einer Volksfürsorge-Dynamik-Lebensversicherung sichern Sie sich schon heute Ihren späteren Lebensstandard. Die Volksfürsorge hat alles für Ihre Sicherheit: Lebensversicherungen, Sachversicherungen, Rechtsschutzversicherungen, Reise-Krankenversicherung und Bausparen. Fragen Sie einen unserer 35.000 Mitarbeiter.

Keine Sorge –
Volksfürsorge
Versicherungen · Bausparkasse

verständlich zu machen und dort durchzusetzen. Es entwickelte sich das Phänomen der „doppia militanza“, des doppelten Engagements, wobei man versuchte, in beiden Sphären die positiven Elemente der anderen Sphäre einzubringen. Ein anstrengendes, zum Teil aufreibendes Engagement, da man einerseits innerhalb der Frauenbewegung Angst hatte, sich von den politischen Organisationen instrumentalisieren zu lassen, innerhalb der „männlichen“ Parteien aber der Widerstand gegen die „frauenbewegten“ Frauen oft sehr groß war.

Lalla Trupia, Ende dreißig und seit einigen Jahren Verantwortliche der zentralen Frauensektion der PCI, meint, daß es den Frauen gelungen sei, die politische Kultur innerhalb der Kommunistischen Partei zu verändern; und da sie die feministische Diskussionsart, die grundsätzlich von den eigenen, persönlichen Erfahrungen ausgeht, verinnerlicht hat, redet sie ganz spontan erst einmal über sich selbst: „Ich habe einen Sohn im Kindergartenalter. Wäre eine Parteifunktionärin mit einem Kleinkind bei so viel Verantwortung, wie ich sie nun einmal habe (ich bin auch Mitglied des Parteivorstandes), vor einigen Jahren möglich gewesen? Ich glaube nicht. Ich habe heute den Mut, mich gegen endlose und abgehobene Diskussionen zu wehren oder dagegen, daß alle Versammlungen am Abend oder zu Zeiten stattfinden, die für Frauen mit Kindern eigentlich unmöglich sind. Auch einige Männer sehen langsam ein, daß diese Zeiten ja auch für sie unmöglich sind, wenn sie eine normale Beziehung zu ihren Kindern aufbauen wollen.“ Und sie spricht von weiteren Neuigkeiten, revolutionären Neuigkeiten, wie sie es nennt, die die Frauen in die PCI hineingetragen haben: die Ablehnung, die Menschen nach ihren Parteibüchern oder ideologischen Überzeugungen in festgefügten Schemata zu pressen; die Aufwertung des Individuums, das selbst, als Person, über seine eigene Zukunft bestimmen will; die Fähigkeit, andere und Andersdenkende zu akzeptieren.

Wenn Lalla Trupia die Situation der Frauen und ihre Einflußmöglichkeit innerhalb der Institutionen relativ hoch einschätzt, tun sich die Gewerkschaften augenblicklich in Sachen Frau schwer. Selbst die (männliche) Gewerkschaftsleitung weist immer wieder darauf hin, daß sich wenig, zu wenig Frauen engagieren und noch weniger in verantwortliche Positionen gewählt werden — und warnt vor dieser Entwicklung. Gabriella Venezia, Frauenverantwortliche der CGIL-Gewerkschaft in der römischen Region Lazio, sagt: „Auch bei uns ist die Auffassung, daß frauenorientierte Forderungen einen Luxus darstellen, noch weit verbreitet. Durch die hohe

Arbeitslosigkeit und die Defensivhaltung, in der die Gewerkschaften augenblicklich sind, hat sich diese Tendenz wieder verstärkt, auch wenn das von den einzelnen Kollegen natürlich entschieden abgestritten wird. Trotzdem haben wir Frauen es innerhalb der Gewerkschaft augenblicklich sehr schwer, und es ist kein Wunder, wenn nur wenige bereit sind, sich in solch einer Situation zu engagieren.“ Die Tatsache, daß der Feminismus eine Abwendung von der Emanzipation (gleiche Rechte für Frauen und Männer) und eine Hinwendung zur Befreiung (Unterstreichung der Verschiedenheit und der allgemeinen sozialen und politischen Bedeutung dieser Verschiedenheit) mit sich brachte, war für die Gewerkschaftsorganisationen besonders schwer zu verdauen, stellte sie doch einen jahrelang und unter vielen Opfern geführten Kampf radikal in Frage.

Der Kampf um das Abtreibungsgesetz

Tatsächlich gibt es im Italienischen kein Wort, das dem deutschen „Gleichberechtigung“ entspricht. Den italienischen Frauen ging es — zumindest in den „heissen“ Jahren des Feminismus — nie darum, mit den Männern „gleich“ zu sein, sondern eher darum, sich von den von der (männlichen) Gesellschaft propagierten „allgemeingültigen“ Werten unabhängig zu machen, die eigenen Werte zu unterstreichen und möglichst zu Leitideen der gesamten Bevölkerung zu machen. Das erfordert natürlich ein besonders starkes Selbstbewußtsein, das den Italienerinnen wahrscheinlich gerade daraus erwächst, praktisch von der bürgerlichen Kultur in den Feminismus „gesprungen“ zu sein, ohne den „Umweg“ über die Emanzipationsbewegung gegangen zu sein, der die spezifisch weiblichen Probleme und Werte mehr oder weniger bewußt negierte und davon ausging, daß Männer und Frauen in dieser Gesellschaft „gleich“ sind, sein müssen und sein können. Andererseits gibt es im italienischen Sprachgebrauch aber auch kein Wort, das dem deutschen „Emanzipation“ gleichkäme. Auch der starken Verbundenheit mit der Linken und der Arbeiterbewegung ist es wahrscheinlich zu verdanken, daß viele „Frauenforderungen“ zu sozialen Forderungen wurden, für die sich ein großer Teil der Parteien einsetzte (oder einzusetzen mußte).

Ein typisches Beispiel dafür ist der Kampf um das Abtreibungsgesetz. Die Bewegung ging in den siebziger Jahren von den Frauenorganisationen aus, die — wie auch später meistens — trotz aller internen Unterschiede und harten Auseinandersetzungen eine gemeinsame Position erarbeitet hatten: Fristenlösung. Es dauerte viele Monate und kostete enorme

Anstrengungen, bis es den Frauen gelang, diese Position auch in den linken Parteien mehrheitsfähig zu machen, was für die Durchsetzung im Parlament notwendig war. Nach der langwierigen Diskussion und den harten Kämpfen um das Ehescheidungsgesetz war dies das zweite Mal, daß die italienische Abgeordnetenkammer ein so heikles und „persönliches“ Problem angehen sollte, und das in einem Land, in dem der Einfluß der katholischen Kirche auf das alltägliche Leben so groß ist. Das parlamentarische Lager, das auch dieses Gesetz schließlich verabschiedete und Italien damit zu dem westeuropäischen Land mit dem frauenfreundlichsten Gesetz in bezug auf Schwangerschaftsabbruch machte, war in beiden Fällen das gleiche: Auf der einen Seite die Christdemokraten und die Neofaschisten mit Unterstützung der Kirchenhierarchie und auf der anderen

ner für die Fristenlösung (und für eine ernsthafte Familienplanung, die den sozialen Wert der Mutter- schaft anerkennt) ausgesprochen hatte, mußten alle zur Kenntnis nehmen, daß Italien nicht mehr das rückständige, von der Kirche beherrschte Land ist, in dem die Frauen die „Königinnen des Hauses“ und den Männern — seien es nun die Väter, die Brüder, die Ehemänner oder die Priester — devot unter- geordnet sind. Mit dem Kampf um ein frau- freundlicheres — sprich: menschlicheres — Abtrei- bungsgesetz hatten die italienischen Frauen endgül- tig bewiesen, daß die feministischen Forderungen von einem Großteil der Italienerinnen geteilt wer- den. Und außerdem, daß sie trotz des Separatismus, also der eigenständigen, von den Männern unabhän- gig verfolgten Ausarbeitung in der Lage waren, auch den Kampf mit den männlichen Institutionen und mit „der Macht“ aufzunehmen.

Die Mauer des Schweigens durchbrechen

In den Jahren danach, also nach 1980, war immer wieder vom „Niedergang des Feminismus“, von der „Rückkehr in den Privatbereich“ die Rede. Tatsächlich hat es — vielleicht mit Ausnahme des Kampfes um eine neue Gesetzgebung gegen Vergewaltigung — nur noch wenige große öffentliche Momente der Frauenbewegung gegeben. Man hat eher den Ein- druck, daß sich die Frauen in viele Einzelbereiche zurückgezogen haben, daß sie heute einen aufreibenden Kleinkampf der Befreiung führen, aber auch, daß immer mehr Frauen in der Lage sind, selbstbewußter aufzutreten, und das auch in Berei- chen, in denen sie früher nur Komparsenrollen übernahmen.

So machte zum Beispiel der Kampf italienischer Mütter gegen die Drogenplage Furore. Vor allem in Rom und in Neapel sind in den letzten Jahren Tau- sende von Frauen auf die Straße gegangen, um ge- gen die Untätigkeit des Staates in Sachen Rauschgift zu protestieren. Und nicht nur das: Die Mütter, fast immer Frauen aus dem Subproletariat, scheut- en auch nicht davor zurück, Dealer, die ihre Kinder mit dem Heroin versorgten, bei der Polizei anzuzeigen, auch wenn das für sie und ihre Kinder große Gefah- ren mit sich brachte. Ein weiteres Beispiel für den Mut — und die Wut — der Frauen ist die Bewegung, die Frauen von Mafia-Opfern in Sizilien auf die Bei- ne stellten. Unabhängig von politischen Überzeugungen oder gar Parteibüchern gelang es diesen Frauen, deren Männer, Brüder oder Väter von der Mafia ermordet worden waren, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen und auch die Verant- wortlichkeit des Staates aufzuzeigen. In einem Ap-



die kommunistische, die sozialistische, die republi- kanische, die liberale und die sozialdemokratische Partei, wobei allerdings gesagt werden muß, daß der Kampf um dieses Gesetz fast ausschließlich von den Frauen geführt wurde: denen innerhalb wie denen außerhalb der Parteien. Nachdem sich bei einem Volksentscheid, der von den konservativen Kreisen herbeigeführt worden war, die Mehrzahl aller Italie-

pell der Gruppe „Frauen gegen Mafia“ heißt es unter anderem: „Wir Frauen haben nicht resigniert. Nicht gegenüber dem Schicksal, das unveränderlich erschien, weil es so antik ist, dem Schicksal der Unterdrückung, der Ungleichheit, der Isolierung. Heute sind wir nicht mehr bereit, gegenüber denen klein beizugeben, die durch Finanzmacht, systematische Ausübung von Gewalt, Unterdrückung, Erpressung und Kriminalität die Gesellschaft, die Institutionen und das Leben von uns allen beherrschen wollen.“ Ich glaube nicht, daß ein ähnlicher Appell möglich gewesen wäre, wenn der Feminismus nur an der Oberfläche, der „gutbürgerlichen“ Oberfläche Italiens geblieben wäre.



Weiterhin geht es den italienischen Frauen weniger darum, den Männern bestimmte Bereiche streitig zu machen (sei es nun in der Politik, in der Wirtschaft oder in der Wissenschaft), als vielmehr darum, ihr Recht auf eine eigenständige, auf eine andere Art, sich auch in diesen Bereichen zu betätigen, durchzusetzen. Anders gesagt: Die Tatsache allein, daß eine Frau, etwa in einem großen Konzern, eine leitende Position einnimmt, kommt der Frauenbewegung, kommt den Frauen allgemein nicht zugute, wenn sie sich der gleichen Mittel der Macht ausübung bedient, die auch die Männer vor ihr benutzt haben, das heißt, wenn sie, um „Karriere“ zu machen, ebenso rücksichtslos, hart, gefühllos sein muß, wie es die Männer für „natürlich“ halten, wenn sie ihr Privatleben, ihre Beziehungen zum Partner, zu den Kindern und zu den Freunden diesem Ziel unterordnen muß, wie es die Männer seit eh und je zu tun gewohnt sind.

Sicherlich ist diese Linie auch unter den italienischen Frauen nicht unumstritten. Gerade in den letzten Jahren sind eine Reihe von Organisationen und „Clubs“ aus dem Boden geschossen, die die „Karriere“, die von Frauen besetzten Machtpositionen als Selbstzweck ansehen, und auch die Massenmedien verbreiten in der letzten Zeit mit Vorliebe das Bild von den „arrivierten“ Frauen aus allen möglichen Bereichen, wobei allzu leicht unter den Tisch fällt, daß „natürlich“ auch in Italien Arbeitslosigkeit ein in doppelter Hinsicht weibliches Substantiv ist. Mit „typisch weiblicher“ Böswilligkeit möchte ich sagen, daß man fast den Eindruck hat, als wolle die männliche Gesellschaft, die nach wie vor eine Gesellschaft ist, in der die Männer über die Frauen herrschen, die Frauen mit der Macht bzw. mit der Aussicht auf Machtpositionen korrumperen. Und das nach dem altbekannten Motto: Wenn ihr schön brav seid und unser System akzeptiert und verinnerlicht, dann lassen wir euch auch an seinen Herrlichkeiten partizipieren.

Die Frage ist nur, ob die italienischen Frauen diese vom System gepriesenen Herrlichkeiten als so erstrebenswert empfinden. Annamaria Mammoliti, Chefredakteurin der den Sozialisten nahestehenden Frauenzeitschrift „Minerva“, erklärte in einer Debatte über das Thema „Frauen, berufliche Fähigkeiten, Karriere“: „Wenn wir wollen, daß unsere Teilhabe an der Macht dazu beiträgt, die Gesellschaft positiv zu verändern, dann dürfen wir auf keinen Fall den Kontakt zu den zwanzig Jahren Feminismus, die wir hinter uns haben, abreißen lassen.“



Alles Gute von bester Güte.
Tag für Tag in aller Frühe
frisch. Das sehen Sie. Das
schmecken Sie.

Alle Tage wieder.
Pünktlich.
Denn....

WIR
WOLLEN
FÜR SIE
BESSER
SEIN.

88 88 88

co op

Klaus Kellmann

Die Entführung und Ermordung des Aldo Moro

Terrorismus und Politik in Italien

Dr. Klaus Kellmann, Jahrgang 1951, ist Dezernent bei der Landeszentrale für Politische Bildung, Kiel. Zuvor war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Kiel. Veröffentlichung u. a.: Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen, Klett-Cotta, Stuttgart 1984.

I.

Am 16. März 1978, auf dem Wege zu der vielleicht entscheidenden Sitzung des italienischen Nachkriegsparlaments, wurde Aldo Moro, der langjährige Regierungschef und amtierende Präsident der christdemokratischen Partei „Democrazia Cristiana“, von einem Kommando der Roten Brigaden entführt und nach 55 Tagen bangen Suchens und Wartens erschossen im Kofferraum eines Renault 4 aufgefunden. Moro hatte — man ist versucht zu sagen, in jenen neuzeitlichen „Iden des März“ — seine Wohnung in der Via di forte trionfale mit Chauffeur, Leibwächter und drei Polizisten starker Eskorte verlassen, um, wie beinahe jeden Tag, die Kirche Santa Chiara zu besuchen. Danach wollte er ins römische Parlament, um über sein „Lebenswerk“, eine Regierung bzw. regierungsgähnliche Zusammenarbeit zwischen Christdemokraten und Kommunisten abzustimmen.

Kurz vor der Via Fani springt die Ampel auf Rot. Der vor Moro fahrende Privatwagen kommt erst hinter der weißen Linie zum Stand. Beim Zurücksetzen stößt er leicht auf das hinter ihm postierte Auto; nichts Besonderes, zumal an italienischen Kreuzungen. Man steigt aus. Im gleichen Moment springen vier uniformähnlich gekleidete Männer vom Vorplatz der nahegelegenen Bar „Olivetti“ hinzu und eröffnen das Feuer. Chauffeur, Leibwächter und Eskorte sinken in sich zusammen, fünf Tote in fünf Sekunden. Einzig Moro, der bewußt und gezielt verschonte, wird in einen bereitstehenden Fiat ge-

zerrt, der sofort auf und davon fährt. Zwei, drei Minuten, und die innenpolitische Entwicklung Italiens hatte eine irreparable Wendung genommen. Die Roten Brigaden handelten wie von Geisterhand gesteuert, das Ganze muß wieder und wieder erprobt und durchgespielt worden sein, die Terroristen müssen jede Station, jeden potentiellen Halt auf dem allmöglichen Dienstweg des DC-Präsidenten wie im Schlaf gekannt haben.

Warum wurde ausgerechnet Aldo Moro als Opfer ausgewählt und dem politischen Entscheidungsprozeß entzogen, und wo liegen die Ursachen, Gründe und Motive, die knapp zwei Monate später zu jenem abscheulichen Mord an dem 61 Jahre alten linken Flügelmann der „Democrazia Cristiana“ führten?

II.

Die italienische Demokratie leidet seit dem ersten Tag der Befreiung vom Mussolini-Faschismus an einem Geburtsfehler, aus dem über die Jahre eine bedrohliche Altersschwäche geworden ist: Sie hat den echten politischen Wechsel zwischen Regierung und Opposition, die *raison d'être* der modernen parlamentarischen Demokratie, bisher nicht vollzogen. Die Christdemokraten sitzen seit den Tagen de Gasperis an den Schaltthebeln der Macht, sie bilden nach wie vor das Schwergewicht jeder Regierung. Wirtschaft, Medien, Militär und Kirche sind durch diesen unheilvollen Dauerzustand geradezu existenziell mit der politischen Führung verknüpft, Vetterwirtschaft, Korruption und das für Italien kennzeichnende Klientelsystem haben sich herausgebildet, der Druck der Straße und die Unzufriedenheit der Menschen wachsen von Tag zu Tag.

Die „Democrazia Cristiana“ wird durch diese Vorgänge schwach und schwächer, ihr fehlt die regenerierende Erneuerung in der Opposition; der Wähler orientiert sich zusehends nach links, und die politische Mitte mit ihrem halben Dutzend einflußloser Kleinparteien entleert sich. Das polarisierte und balancelose parteipolitische System Italiens legt die furchterregende Analogie zur Endphase der Weimarer Republik in Deutschland nahe. Das Damokles-schwert der „Unregierbarkeit“ schwiebt spätestens seit den frühen siebziger Jahren über der Halbinsel im Mittelmeer. In diesem Zeitraum hatte sich eine Regierungsformel endgültig abgenutzt, mit deren Hilfe ihr genialischer Schöpfer Aldo Moro das Land mehr recht als schlecht über Wasser gehalten hatte: der Centrosinistra. Moro selbst war bis 1968 Regierungschef jener Mitte-Links-Koalition aus Christdemokraten und Sozialisten gewesen, hatte aber, dieses Amt seit 1974 erneut bekleidend, zwei Jahre

später die Notwendigkeit eingesehen, neue Wege beschreiten zu müssen. Der Grund: die Wähler rannen den Regierungsparteien auf und davon. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1976 gewannen die Kommunisten fast 35 % der Stimmen. Ein Ruck ging durch die Weltöffentlichkeit, und der westdeutsche Kanzler Helmut Schmidt wie auch der amerikanische Außenminister Henry Kissinger sahen sich zu der Mahnung veranlaßt, daß für sie eine kommunistische Regierungsbeteiligung in Rom nicht in Frage käme.

Dabei war der rasante Zulauf zur Kommunistischen Partei Italiens, der KPI, kein vorübergehendes Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis einer langfristig-kontinuierlichen Entwicklung. Ausgesprochen östlich, gar sowjetisiert, war sie nie gewesen. Schon ihrem Begründer Antonio Gramsci galt die Dominanz des Kulturellen mehr als der Determinismus des Ökonomischen, den die Urväter Marx und Lenin immer wieder gepredigt hatten. Sein Nachfolger Palmiro Togliatti erklärte unter dem Eindruck der Entstalinisierungsversuche Nikita Chruschtschows, Moskau könne nicht mehr beanspruchen, das alleinige Zentrum des Weltkommunismus zu sein.

Die eigentliche Reform an Haupt und Gliedern begann aber erst unter dem 1972 zum Generalsekretär gewählten Enrico Berlinguer, einer charismatischen Führungsfigur. Der mit einer praktizierenden Katholikin verheiratete Sarde befreite die Partei im Innern Schritt für Schritt von ihren leninistischen Organisationsprinzipien und orientierte sich nach außen, in einer aufsehenerregenden Wende, zur westlichen Verteidigungsgemeinschaft. Hier, unter dem „Schutzhelm“ der NATO, so Berlinguer in einem Interview mit dem „Corriere della Sera“ (15. 6. 1976), brauche er für seine Reformexperimente nicht das Schicksal zu befürchten, das 1968 den Tschechoslowaken Alexander Dubcek ereilte. Mitten in das immer offensichtlicher werdende Scheitern des Centrosinistra warf er schließlich jene Regierungsformel, die die italienischen Koalitionskonstellationen der siebziger Jahre maßgeblich beeinflussten und deren zwar nicht kritiklose, letztlich aber doch konstruktive Aufnahme Moro mit seinem Leben bezahlen sollte: den „historischen Kompromiß“.

Ein Anstoß von außen, nämlich das tragische Scheitern des mit einer äußerst knappen Mehrheit regierenden Chilenen Salvador Allende, bewirkte bei Berlinguer einen Prozeß radikalen Umdenkens. Nach eingehender Analyse der Verhältnisse in seinem Land kam er zu dem Ergebnis, daß weite Teile,

besonders in Südalien, Sizilien und im Mezzogiorno, die auch nach geltenden EG-Kriterien den Status eines Entwicklungsgebietes besitzen, den Gegebenheiten im südamerikanischen Chile nicht unähnlich seien. Das Scheitern einer auf wackligen Beinen ste-



KPI-Führer Enrico Berlinguer: Aus den chilenischen Erfahrungen lernen.

Foto: dpa

henden Volksfront-Regierung würde auch hier nur die konservative Gegenreaktion oder gar die Putschbereitschaft der Armeeführung heraufbeschwören. Vielmehr verlange eine dauerhafte Gesundung und Erneuerung Italiens eine stabile Regierung, die einzig aus den beiden großen Volksparteien der Christdemokraten und der Kommunisten zu bilden sei.

Bei alledem wurde es immer schwieriger, den ideologischen Zustand der KPI eindeutig zu umschreiben. Entleninisierung, Ausrichtung auf die NATO und „historischer Kompromiß“ hatten sie in

ein auf halbem Weg zwischen Marxismus und Sozialdemokratie stehengebliebenes Zwitterding verwandelt, für das kundige Journalisten schnell eine neue Formulierung fanden: „weißer“, „westlicher“, „europäischer“ oder kurz: „Eurokommunismus“. Ein neues, schillerndes Phänomen war geboren, in dessen Zeichen die KPI von Sieg zu Sieg eilte.

Wie stellte Aldo Moro sich zu dieser Transformation des großen Rivalen und dem in ihm enthaltenen Bündnisangebot? Ein letztes, ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmtes Interview des Mailänders Eugenio Scalfari am 18. 2. 1978, wenige Wochen vor der Entführung, das durch die nachfolgenden Ereignisse zu Moros Vermächtnis und politischem Testament wurde (erstmals veröffentlicht in: „La Repubblica“ v. 14. 10. 1978), zeigt in verblüffender Deutlichkeit, daß die Roten Brigaden in dem DC-Präsidenten „mit mathematischer Genauigkeit“ (Hahn, *Der Mord an Aldo Moro*, in: Politische Studien Nr. 240, S. 381) den Architekten einer langsam, aber grundsätzlichen Öffnung gegenüber der KPI trafen, der diese durch die gemeinsame Regierungsarbeit langfristig zur realen parlamentarischen Alternative weiterentwickelt wissen wollte. Moro wörtlich: „Ich glaube, daß es dann, nicht zu fern, eine zweite Phase mit dem Eintritt der KPI in die Regierung geben muß... Nur wenn wir zusammen regiert haben werden und jeder dem Land den Beweis seiner eigenen Verantwortung und Fähigkeit gegeben hat, kann man die dritte Phase, die des sich Abwechselns an der Regierung, eröffnen... Ich bin absolut gegen das Projekt des ‚historischen Kompromisses‘, wie ihn die KPI versteht; für ein Land wie das unsere ist die Einheitsgesellschaft (*società consociativa*) kein Modell... Ich glaube nicht, daß die KPI schon so ganz in Ordnung ist, um allein zu regieren... Aber nehmen wir einmal an, daß sie ihre ideologische Herkunft verleugnete, dann könnten zwei Dinge geschehen: Ein beträchtlicher Teil ihrer Anhänger würde sie verlassen, oder sie würde – mehr oder weniger – ihre jetzige Stärke behalten; im ersten Fall wäre sie nicht eine wirkliche Alternative zur DC, im zweiten Fall würde sie auch weiterhin, trotz aller ideologischen Revisionen, nicht allein ein westeuropäisches NATO-Land regieren können... Aber mit uns und anderen... an der Regierung – das ist möglich, sogar notwendig. Allein können wir das Land unter diesen Umständen nicht mehr ‚halten‘... Es gibt viele Hindernisse, auch in meiner Partei. Wir müssen dafür sorgen, daß sich die KPI während dieses langsam Annäherungsmarsches nicht zu sehr

schwächt, aber vor allem müssen wir uns darum kümmern, daß die DC nicht zu schwach wird.“

III.

Unmittelbar nach der Entführung wird der Stadt-kern von Rom hermetisch abgeriegelt. Obwohl Moro nicht mehr lebend gefunden wird, können die Terroristen deshalb nicht weit mit ihm gekommen sein. Jedes Haus, jede Kellerwohnung, jeder Hinterhof werden von den Carabinieri systematisch durchgekämmt – ohne Erfolg. Am 18. März 1978, nur zwei Tage nach dem Blutbad in der Via Fani, melden sich die Roten Brigaden mit dem ersten von insgesamt neun sogenannten „Kommuniqués“, die zumeist der Presse zugespielt werden. Sie enthalten merkwürdigerweise keinerlei Forderungen, sondern nur die Mitteilung, daß Moro in einem „Volksgefängnis“ der Prozeß gemacht wird – man empfindet sich als legitime Gegenjustiz.

Bald darauf erfährt die Öffentlichkeit von Briefen, die der Gefangene an seine Frau, seine Partei und die Regierung sendet, eine Quelle von höchst zweifelhaftem Charakter und Aussagewert. Der amtierende Ministerpräsident Giulio Andreotti erklärt sie rundweg für erpreßt, manipuliert und verfälscht, immerhin wird aber die spätere Obduktion ergeben, daß Moro zu keinem Zeitpunkt unter Folter oder Drogen gesetzt worden war. Die Briefe sind das Dokument eines verzweifelten Kampfes gegen die Linie der „intrasingenza“, des kategorischen Nicht-Verhandelns mit den Brigate Rosse. Diese Haltung war – Paradoxie und Tragik – das erste Ergebnis der Regierung der „neuen Mehrheit“ aus Christdemokraten und Kommunisten, die nur wenige Stunden nach der Entführung ihres Stifters zustande gekommen war.

Moro selbst ist es, der – wenn auch zweifellos unter dem Druck der Verbrecher – den Austausch mit inhaftierten Rotbrigadien anregt. Das große positive Beispiel, der Fall des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz, wird in fast jedem seiner Briefe erwähnt. Als die Reaktionen ausbleiben, beginnt Aldo Moro, den sicheren Tod vor Augen, sich Schritt für Schritt von dieser Welt zu verabschieden. Anfang April resigniert der bis dahin eingeschaltete Schweizer Anwalt Denis Payot. Ende des Monats verfügt Moro, daß bei seinem Begräbnis kein Staats- oder Parteivertreter anwesend sein dürfe, eine Entscheidung, die seine Frau Eleonora dann auch tatsächlich in die Tat umsetzt. Seine letzten Worte sind eine bittere Abrechnung mit allen Entscheidungsträgern, mit denen er das neue Italien gestalten wollte: „Ich möchte klarstellen, daß ich diese Sachen bei

wachem Verstand sage und daß ich keinerlei persönlichem Zwang ausgesetzt wurde... In Wahrheit fühle ich mich auch ein wenig von Euch verlassen. [...] Gibt es vielleicht, um die Härte mir gegenüber durchzuhalten, amerikanische und deutsche Winke? [...] Nun zu Ihnen, Herr Abgeordneter Andreotti, der zu unserem Unglück... an der Spitze der Regierung steht. Ich habe nicht die Absicht, hier Ihre düstere Karriere ins Gedächtnis zu rufen. Darin besteht die Schuld nicht. Man kann düster sein, aber ehrenhaft... Ihnen fehlt [es] an Güte, Weisheit, Beweglichkeit, Klarheit, was ohne jegliche Einschränkung die wenigen christlichen Demokraten dieser Welt ausmacht. Sie gehören nicht dazu... Möge Gott Ihnen eine Erfahrung wie die meinige ersparen. [...] Alles Gute auch an den Abgeordneten Berlinguer... Möge er daran denken, daß er für nur einen geringen Gegenwert Gefahr gelaufen ist, eine neue politische Phase einzuleiten, indem er jenen Strategen dem Tod ausliefert, der sich (Jahre voraus) der Kommunistischen Partei zugewandt hatte, der als einziger Verständnis zwischen Christde-

mokraten und Kommunisten realisiert hat, welches zur anerkannten und vertraglichen parlamentarischen Mehrheit geführt hat. [...] Ich empfange als Lohn von den Kommunisten nach einem langen Marsch das Todesurteil."

Am Schluß seines letzten, unvollendet gebliebenen, Briefes an seine Frau, unmittelbar vor seiner Ermordung, macht er auch vor dem Nationalheiligtum der Italiener und der ganzen katholischen Christenheit nicht halt: „Der Papst hat wenig getan. Vielleicht hatte er Skrupel.“ (Dt. Übersetzung nach: Werner Raith: In höherem Auftrag. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro, Berlin 1984)

IV.

Am 9. Mai 1978 wurde die Leiche Aldo Moros in einem Auto gefunden, das die Roten Brigaden auf halbem Wege zwischen den Hauptquartieren der „Democrazia Cristiana“ und der KPI abgestellt hatten. Was sie hiermit sagen wollten, hätten sie mit Worten nicht besser zum Ausdruck bringen können, dennoch sprach es der später gefasste Mörder Prospéro Gallinari, der Mann, der Moro wahrscheinlich ins Herz schoß, bei seiner Vernehmung offen aus: „den Plan der nationalen Solidarität“ (zit. n.

Auf halbem Wege zwischen den Hauptquartieren: Ende des „Historischen Kompromisses“. Foto: dpa



Hansjakob Stehle: Ein Schweigen, das zählt, „Die Zeit“ v. 28. 1. 1983), zwischen den beiden großen Parteien zur Befreiung des Landes von Wirtschaftsmisere, Korruption und Terrorismus zerstören.

Noch am gleichen Tage senkten sich die Fahnen aller Amtsgebäude in der Hauptstadt auf Halbmast, mit einer Ausnahme: dem Ministerpräsidentenpalais Giulio Andreottis. In einer beispiellosen Fahndungsaktion wurden nach und nach alle Täter und Mittäter gefasst und vor Gericht gestellt. Der Moro-Prozeß Anfang 1983, in dem insgesamt 32mal lebenslänglich sowie 300 Jahre Zuchthaus verhängt wurden, ging als eines der größten Justizverfahren in die italienische Nachkriegsgeschichte ein. Trotz dieser immensen Strafmaße kann von vollständiger Aufklärung nicht die Rede sein, vor allem zwei Punkte sind es, die nach wie vor im Dunkeln liegen: Handelten die Rotbrigadien in eigener Regie oder hatten sie Hintermänner, gar Auftraggeber?

V.

Letztlich erreichten die Roten Brigaden ihr Ziel: Mit Aldo Moro wurde auch der „historische Kompromiß“ zu Grabe getragen. Enrico Berlinguer, der sich außenpolitisch, unter dem Eindruck des Ausnahmezustandes in Polen und dem Solidarność-Verbot fast vollständig von der Sowjetunion lossagte, kehrte innenpolitisch zum Oppositionskurs zurück; der Ansprechpartner bei den Christdemokraten fehlte.

Italien wird seitdem wieder von den saft- und kraftlosen Koalitionen des Centrosinistra regiert,

allerdings mit einer Modifikation: die DC trat unter dem Eindruck des Skandals um die Freimaurerloge „Propaganda 2“ das Amt des Ministerpräsidenten zunächst an einen Republikaner, und dann an einen Sozialisten ab — Vertreter der kleinen Mittelparteien. Das Problem der „alternanza“, des demokratischen Wechsels von Regierung und Opposition, bleibt damit weiterhin ungelöst, die DC stellt nach wie vor über 60 % der Minister. Die Basis der Mitte-Links-Koalitionen schmilzt derweil von Wahl zu Wahl. 1983 lag sie bei nur noch 56 %. Sollte sie irgendwann die magische 51 %-Hürde verfehlt, führt um die Eurokommunisten kein Weg mehr herum. Wird es dann eine Neuauflage des „historischen Kompromisses“ geben? Wie dem auch sei, diejenigen, die ihn konzipierten, leben nicht mehr.

Enrico Berlinguer, Moros großer Geistesverwandter, brach im Europawahlkampf des Jahres 1984 mit einem Gehirnschlag zusammen und verstarb. Unmittelbar darauf trat das ein, worauf ganz Italien seit 1945 mit Hoffnung oder Schrecken gewartet hatte: die KPI zog an den regierenden Christdemokraten vorbei und wurde erstmals zur stärksten politischen Kraft im Lande. Die Herausforderung, Italien eine stabile und lebensfähige Regierung zu geben, stellt sich weit schärfer als in den 70er Jahren, nur, die Persönlichkeiten, die sie meistern könnten, sind nirgendwo auszumachen. Tina Anselmi: „Aldo Moro aus dem politischen Leben zu eliminieren hieß, den wichtigsten Bezugspunkt dieser Zeit auszuschalten. Danach war nichts mehr wie früher.“

Karin Priester Architektur und Faschismus in Italien.

Prof. Dr. Karin Priester, Hochschullehrerin für Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Münster. Buchveröffentlichungen u. a.: *Der italienische Faschismus, Ökonomische und ideologische Grundlagen*, Köln 1972; *Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus*, Frankfurt/New York 1981; *Hat der Eurokommunismus eine Zukunft?* München 1982; zahlreiche Zeitschriftenaufsätze.

In seinen Gesprächen mit Emil Ludwig hatte Mussolini erklärt: „Für mich ist die Architektur die größte aller Künste, weil sie alle anderen umfaßt.“ Hitlers Interesse an Architektur ist weidlich bekannt. Seine Großbaumeister Troost und Speer haben mit ihren neo-klassizistischen Monumentalbauten den Herrschaftsanspruch des Regimes zum Ausdruck gebracht.

Daß Diktaturen unterschiedlicher Richtung in besonderem Maße ihren Hegemonialanspruch mit Herrschaftssymbolik aller Art untermauern und daß Architektur in hervorragender Weise geeignet ist, diesen Bedürfnissen entgegenzukommen, dürfte unstrittig sein, unstrittig aber auch, daß es eine spezifisch faschistische Architektur nicht gab. Ein Blick über die Grenzen — und nicht nur in die So-

wjetunion — zeigt rasch, daß man sich auch in Regimen ganz anderer Art und Zielrichtung der gleichen Formensprache bediente.

Unstrittig war aber auch lange Zeit die Annahme, daß es einen engen Zusammenhang zwischen totalitären Regimen und dem Neo-Klassizismus in der Architektur gebe. Lange Zeit wurde einfach nicht zur Kenntnis genommen, daß aber auch ein enger Zusammenhang zwischen architektonischem *Modernismus* und dem faschistischen Regime in Italien existierte. Bestenfalls noch äußern sich bekannte Architekturhistoriker höchst widersprüchlich zu der Tatsache, daß es in Italien bis in die vierziger Jahre hinein, d. h. faktisch bis zum Ende des Regimes, ein kompliziertes Nebeneinander unterschiedlicher Richtungen gab. So heißt es bei Leonardo *Benevolo* in seiner bekannten, auch auf deutsch erschienenen „Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts“: „Schließlich befiehlt wie die übrigen totalitären Regime auch der Faschismus eine Rückkehr zum Klassizismus und verhindert mit Gewalt die Weiterentfaltung der modernen Bewegung.“ Der sich bereits 1931 ankündigende „staatliche Neoklassizismus“ habe sich in den folgenden Jahren überall Bahn gebrochen und „mit einer Welle rhetorischer Banalitäten“ die moderne Bewegung und ältere Richtungen „hinweggeschwemmt“. Wenige Seiten später muß er aber doch festhalten, daß seit 1933 die modernen Architekten immer mehr Aufträge erhielten. Und bei Vittorio *Magnago Lam-pugnani* beispielsweise lesen wir: „Daß eine solche zentralistische Tendenz auch gegen jeden architektonischen Pluralismus, gegen das Nebeneinander von Stilansätzen [...] ankämpfte, ist nur logisch.“ Doch auch er muß fast in gleichem Atemzuge zugestehen, daß im faschistischen Italien im Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland die beiden Richtungen des Rationalismus und des Neoklassizismus relativ lange nebeneinander bestanden. Bis tief in die dreißiger Jahre hinein hätten die Anhänger eines modernen Bauens auf eine politische Entscheidung zu ihren Gunsten hoffen können.

Man kann also für Italien einfach nicht übersehen, daß es dort eine Gruppe von avantgardistischen Architekten wie z. B. Terragni, Pagano, Bontempelli u. a. gab, die zugleich glühende Anhänger des Faschismus waren und auf architektonischem Gebiet eine wenn schon nicht revolutionäre, so doch moderne Architekturkonzeption im Sinne des Internationalen Bauens propagierten. Daher versuchen wohlmeinende Architekturhistoriker wie De' Seta, eine inneren Zusammenhang zwischen politischer Option und künstlerisch-architektonischer Arbeit

zu leugnen. Als Individuen seien diese Männer zwar Faschisten gewesen, ihre Werke dürfe man aber nicht als faschistische bezeichnen, da sie anderen geistigen Wurzeln entstammten. So verständlich es sein mag, aus den antifaschistischen Bedürfnissen der Nachkriegszeit heraus den Modernismus vom Odium der Kollaboration mit dem Faschismus zu befreien und als demokratisch zu legitimieren, so falsch ist dies doch, wenn man sich die Baugeschichte des Regimes näher ansieht.

Rationales, modernes Bauen ist nicht schon per se demokratisch, sondern hatte in Italien elitäre und technokratische Züge, die sich sehr wohl mit den funktionalen Bedürfnissen des Regimes vereinbaren ließen. Um zu erkennen, daß die bei Benevolo und anderen auftretenden Widersprüche in Wirklichkeit gar keine sind, muß man sich zunächst einmal von einem langlebigen Vorurteil lösen, der Annahme nämlich, es habe im Faschismus so etwas wie eine kohärente Ideologie oder Weltanschauung, ein geschlossenes Machtgefüge oder gar einen einheitlichen politischen Willen gegeben.

Der italienische Faschismus war pluralistischer, facettenreicher, widersprüchlicher, aber auch pragmatischer, als es manchem Historiker lieb sein mag. So sprach der britische Faschismusforscher A. *Lyttelton* schon vor Jahren zu Recht über die italienischen „faschistischen Ideologien“ im Plural und bezeichnete das Regime als eine „instabile funktionale Synthese von Bedürfnissen unterschiedlicher sozialer Gruppen“. Und der italienische Marxist A. *Gramsci* hatte schon in den dreißiger Jahren deutlich gesehen, daß das faschistische Regime, das den Parteienpluralismus unterdrückt hatte, nun alle Widersprüche der Gesellschaft in sich aufnehmen müsse. Jüngere Historiker wie W. *Schieder* bezeichnen die italienische faschistische Partei als eine „universale Ersatzpartei“, die schon deutlich die Züge einer modernen, unterschiedliche soziale Gruppen und Interessen integrierende Volkspartei zeige.

Auf kulturellem Gebiet äußerte sich dieser instabile, pragmatische Synthesen herstellende Charakter des faschistischen Regimes in einem Hin- und Herschwanken zwischen Modernismus mit revolutionärem Anspruch und konservativem Traditionalismus. Was nun die Architektur im besonderen angeht, so standen sich in pluralistischem Wechselspiel, teils unversöhnlich, teils kompromißbereit, drei Richtungen gegenüber:

1. die in einem eklektizistischen Stil des 19. Jahrhunderts weiterbauenden, neo-klassizistische Formen aufgreifenden Akademisten (accademici) mit

ihrem wohl wichtigsten Wortführer *Ojetti*.

2. Die italienische Avantgarde, die sogenannten Rationalisten. Besonders ihr norditalienischer Flügel, die „Gruppe 7“, war stark von der europäischen Avantgarde beeinflußt. Ihr Programm stand für eine neue, revolutionäre Ästhetik: weite Ausdehnungen und Öffnungen, klare, rationale, geometrische Formen, extensive Nutzung von Glas an den Außenflächen, Arbeit mit neuen Materialien wie Stahlbeton, Korrespondenz zwischen Struktur und Funktion eines Gebäudes. Sie schlossen sich in der Gruppe MIAR (Movimento Italiano per l'Architettura Razonale) zusammen.

3. Schließlich die Gemäßigten um *Piacentini*. Er war aufgrund seiner Beziehungen, seiner Herausgebertätigkeit wichtiger Zeitschriften und seines umtriebigen Auftretens einer der wichtigsten Architekturmanager des Regimes und wird von vielen als der eigentliche faschistische Baumeister angesehen. Diese „moderati“ suchten die vom faschistischen System geforderte Synthese von alt und neu in einem vereinfachten, purifizierten akademischen Stil und beriefen sich auf die Kunstrichtung „1900“ (Novecento). Diese Bewegung war nach dem Ersten Weltkrieg entstanden und forderte gegen die als „bürgerlich“ denunzierte Bau- und Malweise des 19. Jahrhunderts die Rückkehr zu klassischen Idealen und Stilrichtungen. Viele ehemalige Futuristen wie die Maler Giorgio Morandi und Carlo Carrà hatten sich dem Novecento angeschlossen. Gemeinsam traten sie gegen den kulturellen Internationalismus an, der den Geist des demokratischen Rationalismus entsprang und in Italien nicht adaptiert werden durfte. Ihre Suche nach einem Kompromiß zwischen alt und modern führte im Ergebnis zu einem modernisierten, formalistisch erstarnten Klassizismus.

Schon 1926 hatte Mussolini höchstpersönlich erklärt, der Stil des Novecento werde der künstlerische Stil des modernen Italien werden. Zwar war diese offiziell proklamierte Marschroute auch innerhalb der faschistischen Partei nicht unumstritten. Roberto Farinacci, der kämpferische Wortführer des aggressiv-kleinbürgerlichen Flügels und zeitweise Parteisekretär, widersetzte sich dieser Richtung ganz entschieden im Namen einer Rückkehr zu bewährten Ausdrucksformen des 19. Jahrhunderts, bis Mussolini schließlich autoritativ die um sich greifende Debatte beendete.

Der Faschismus sah keinen Widerspruch in der gleichzeitigen Berufung auf Modernität und klassisch-römisches Erbe, denn der neue, nachliberale, faschistische Mensch sollte sich gerade an den altrömischen Tugenden wie Disziplin, Pflicht, Tapfer-

keit, Kampf für nationale Einheit, Unterordnung des Individuums unter das staatliche Ganze orientieren. Ordnung und Hierarchie wurden daher die eigentlichen ideologischen Leitbegriffe des Regimes.

Die imposantesten Beispiele dieser modifizierten klassizistischen Architektur sind wohl der unter der Leitung von Piacentini gebaute Universitätskomplex von Rom aus dem Jahre 1935, die Città Universitaria, und der unvollendete Gebäudekomplex für die geplante Weltausstellung in Rom von 1942 (EUR). Der Bahnhof von Florenz, 1934 ganz im Geiste des Modernismus errichtet, bildete einen Höhepunkt der Auseinandersetzungen und stellte einen Sieg der Rationalisten dar. Piacentini selbst kommentierte die Universitätsstadt von Rom mit folgenden Worten: „Die Architektur der Città Universitaria verzichtet in ihrer vollkommenen Schlichtheit auf keines der Postulate der Modernität, aber ihre allgemeine Konzeption ist in einem klassisch-mediterranen Klima entstanden.“

Wenn man nun feststellt, daß vier von fünf Architekten, die am EUR mitarbeiteten, Anhänger der modernen Richtung des Rationalismus waren und daß einer ihrer bekanntesten Vertreter, Pagano, auch an der Città Universitaria mitgewirkt hatte — er schuf das Physikalische Institut — so drängt sich die Frage auf, wie dies alles miteinander vereinbar ist. Zunächst einmal muß man sehen, daß a) jede der genannten Richtungen sich auf die eine oder andere Variante des faschistischen Ideenkonglomerats befreuen konnte, daß es b) keinen substantiellen, sondern allenfalls einen graduellen Unterschied zwischen Piacentini und den Rationalisten gab und daß c) alle Richtungen sich auf einen gemeinsamen, allerdings wiederum interpretationsfähigen und dehbaren Nenner einigten: den der *Latinität* oder *Romanität* (romanità).

Römisch, mediterran, inspiriert von lateinischem Geist wollten sie alle sein und dem Eindringen fremder, internationaler Architekturrichtungen widerstehen. Während nun die ganz traditionalistisch Eingestellten wie Ojetti unter *romanità* vor allem die Verwendung von Säulen und Bögen verstanden, stand auf der Gegenseite die modernistische Gruppe MIAR, die diesen ideologischen Topos ganz anders auslegte. Römisch hieß für sie vor allem nützlich, nüchtern, industriell, rational, klar, ohne überflüssige Ornamente und luxuriöse Materialien. Für Piacentini schließlich, dem erfolgreichen Mann des „Sowohl-als-auch“, der dem Kompromißcharakter des faschistischen Regimes auf dem Gebiet der Architektur am entschiedensten Rechnung trug, hieß

Latinität: vernünftige, durchdachte, auf technischen und funktionalen Notwendigkeiten beruhende Architektur, die gleichwohl in feierlicher, zерemonialer, langlebiger Formensprache den Geist der faschistischen Erneuerung mit dem der italienischen Vergangenheit verknüpfen sollte. Gegen Ojetti und dessen Vorliebe für Säulen und Bögen polemisierte er, die Architektur müsse Ausdruck der neuen Zeit sein. Neue Materialien wie Eisen und Stahlbeton machten neue Formen, z. B. die Verwendung von Pilastern, notwendig.

Es kann also gezeigt werden, daß im italienischen Faschismus eine plurale Vielfalt von architektonischen Richtungen nebeneinander existierte und daß auch die Avantgarde der Rationalisten bis in die vierziger Jahre hinein nicht nur nicht behindert wurde, sondern geradezu in vorderster Reihe mitarbeitete.

Heißt dies aber, daß der italienische Faschismus eben nur weniger totalitär war als der deutsche und — bei allen Kontroversen, die modernes Bauen natürlich auch in Italien immer wieder auslöste — Richtungen bestehen und weiterarbeiten ließ, die von ihren geistigen Grundkonzeptionen her eigentlich gar nicht dem faschistischen Gedankengut zurechnen sind? Oder, zugespitzt formuliert, gilt die Gleichung, die Benevolo und andere anerkannte Architekturhistoriker aufstellen: neo-klassizistisches Bauen entspreche den faschistischen Herrschafts- und Legitimationsbedürfnissen, modern-rationalistisches Bauen dagegen sei der architektonische Ausdruck von demokratischen oder gar revolutionären Zielsetzungen? So schreibt Benevolo: „Der Abgeordnete Giunta hat anlässlich seines Protests im Parlament gegen den Bahnhof von Florenz am 20. 5. 1934 unter den zahlreichen Definitionen der modernen Architektur die beste gegeben: ‚Gleichmacherstil‘. Die moderne Bewegung führt dazu, daß die Kunsterzeugnisse aus den Klassen- und Gruppenbeschränkungen herausgeführt werden, während die Regime, soweit sie Interesse daran haben, die Beschränkungen aufrechtzuerhalten, die moderne Bewegung als ein Hindernis sehen und annehmen, sie sei von ihren Gegnern inspiriert.“

Ich wage diese These zu bezweifeln und möchte behaupten, daß die Anhänger des modernen Bauens im italienischen Faschismus kein nur geduldeter,

Rudolf Wassermann

Recht, Gewalt, Widerstand. Vorträge und Aufsätze. 1985, 144 S., kart., DM 20,—

... „lesbar und lesenswert zugleich.“

Das Parlament, Nr. 4/25.1.1986

... „In dem Widerstands-Bändchen kann Wassermann an sein zentrales Thema anknüpfen: das der Bewußtmachung der politischen Vorverständnisse und der bloßen Annäherung an die Gerechtigkeit beim Zu-Gericht-Sitzen.“

FAZ, Nr. 17/21.1.1986

... „Demokratieförderliche Demonstration (Art. 5, 8 GG) und schlicht kriminelles Verhalten müssen unterschieden werden von der gewissensgeleiteten Rechtsverweigerung (Art. 4 GG) und dem ‚zivilen Ungehorsam‘ als dem gewaltlosen Verstoß gegen Gesetze und Anordnungen“... Juristenzeltung, Nr. 21/Nov. 1985

Heinz Wagner

Die Politische Pandektistik

1985, 229 S., 2 Abb., kart., DM 38,—

Die Pandektistik hat im 19. Jh. das moderne dt. Zivilrecht erarbeitet. Sie hat mit ihren Mitteln das überkommene Recht überwunden und die Industrialisierung Deutschlands ermöglicht.

Alfred Schaefer

Lenins Philosophieren

März 1986. ca. 140 S., kt., DM 20,—

Eine Kritik von Lenins dogmatischem Materialismus und Hegels Dialektik.

Honoré M. Catudal

Vorw.: US Botschafter M.J. Hillenbrand Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in USA 1981. 344 S., 9 Abb., kt., DM 38,—

... „Bezüglich der Entscheidungsfindung in Washington liegt mit Catudals Buch erstmals eine materialreiche Studie vor, die man fast als Schlüsselbuch für die Erklärung des amerikanischen Verhaltens im August 1961 bezeichnen kann.“...

Recht in Ost und West, Heft 2/15.3.1983

Honoré M. Catudal

Vorw.: US Botschafter M.J. Hillenbrand Nuclear Deterrence — Does it deter?

1985. 528 S., 16 Abb., 6 Tab., kt., 48,—

BERLIN VERLAG Arno Spitz

Pacelliallee 5 * 1000 Berlin 33

schließlich an den Rand gedrängter kultureller Fremdkörper waren, sondern Fleisch vom Fleische des Regimes — eine elitär-technokratische Richtung, die sich sehr wohl mit dem Geist des Faschismus vereinbaren ließ. Gewiß, Pagano wandte sich später vom Faschismus ab, wurde als Antifaschist verhaftet, nach Deutschland deportiert und starb 1945 in Mauthausen. Aber der gleiche Pagano konnte auch schreiben: „Die Geschichte hat uns gelehrt, daß die Wertvollsten ihrer Zeit eine konstante Minderheit darstellen. Es gibt nur ‚Führer‘, ‚Gruppenleiter‘, ‚Kommandeure‘ oder ‚Propheten‘. Der Rest der Menschheit ist durch Trägheit blockiert, faul in seinen Gewohnheiten, Fossile von Gemeinplätzen und fertigen Ideen [...], und er genießt es, sich mit der beharrlichen Vorliebe von Kindern in der eigenen Ignoranz einzuschließen.“

Deutlicher noch wird der elitär-technokratische Geist der Rationalisten bei Terragni, einem ihrer führenden Exponenten. Noch im Jahre 1940, also nach immerhin achtzehnjähriger Erfahrung mit dem Regime, schrieb er gegen die Bewohner von Como, die es gewagt hatten, sich den Stadtveränderungsplänen zu widersetzen, wie ein väterlicher Oberlehrer, der die aufmüpfigen Kinder in ihre naturgegebenen Schranken zurückweist: „Glaubt mir, liebe und gute Bewohner von Como, daß die Anlage eines italienischen Stadtzentrums wie die erlernte Arbeit eines guten Chirurgen ist. Mit Eurer unvernünftigen Agitation benehmt Ihr Euch wie ein Patient, der die Hand des Chirurgen führen will, während er eine schwierige Operation ausführt [...]. Bewohner von Como, überlaßt es denen, die durch Ausbildung und Fähigkeit sicher am besten wissen, wie sie die Probleme Eurer Stadt am besten lösen können [...]. Vergeßt nicht, daß im italienischen Korporativstaat jeder auf seinem Gebiet arbeiten muß, die Weber haben zu weben, die Färber zu färben und der Superintendent hat unsere Monamente zu schützen und zu überwachen.“

Von einem Geist der „Gleichmacherei“, gar von einer Aufhebung der Klassen- und Gruppenbeschränkungen kann hier wohl kaum die Rede sein, eher schon von einem massenverachtenden, paternalistisch-elitären Standpunkt, der — ganz nebenbei bemerkt — eine der geistigen Kraftquellen bei *Le Corbusier* gesucht hatte. Besonders dessen Schrift „*Vers une architecture*“ galt den Rationalisten als Bibel, und seine Vorstellung einer Ordnung von

oben zum Nutzen aller war durchaus mit ihren politischen und sozialen Konzeptionen vereinbar.

Im Bereich der Stadtplanung ist der Gedanke der Hierarchie und der staatlich verordneten sozialen Trennung nach Status und Berufszugehörigkeit, den die Rationalisten voll und ganz akzeptierten, noch am ehesten nachzuvolziehen. Obwohl die Rationalisten vorwiegend Pläne für Monumentalbauten, Wohnhäuser gehobenen Standards, Privatvillen, Parteizentralen, Stadien und andere öffentliche Gebäude entwarfen und sich um die Lösung des Wohnungsproblems und um stadtplanerische Fragen wenig kümmerten, gibt es doch einige Ausnahmen. Paganos Plan für den Ort Portoscuro in Sardinien datiert von 1940 und zeigt, daß er geradezu perfektionistisch durchdrungen ist vom Gedanken der Hierarchie. Dieser Plan sieht eine strikte soziale Trennung vor, eine klare Aufteilung des Ortes in Gebiete für Arbeiter, für Angestellte, leitende Angestellte, und „dirigenti“. Jedes Gebiet ist streng von einander abgetrennt, wobei die gehobene Bevölkerungsgruppe den leichtesten Zugang zum Meer und zum Stadtzentrum hat. Die arbeitenden Massen aber werden an die Peripherie verbannt, um den Stadtzentrum von dem leidigen Klassenproblem, das im Faschismus keines sein durfte, freizuhalten.

Unter politischen und sozialen Gesichtspunkten gab es kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Richtungen, und was materialtechnische Aspekte betrifft, so waren die Rationalisten durchaus zu Kompromissen bereit. Obwohl sie im allgemeinen gegen unnötige Dekoration, gegen Passadenschmuck und die Verwendung von luxuriösem Material wie Travertin und Marmor polemisierten, waren sie doch bereit, von der Reinheit ihrer ästhetischen Postulate abzugehen, wenn es um den architektonischen Ausdruck von Herrschaftsbedürfnissen ging. So verwandte z. B. Terragni in seinem berühmten „Haus des Faschio“ in Como ausdrücklich gerade dort Marmor, wo die Masse des Publikums die offiziellen Vertreter des Regimes trifft: in der Eingangshalle.

Der Faschismus hatte viele Gesichter und konnte sich im kompromißhaften Wechselspiel unterschiedlicher Bedürfnisse auch auf künstlerischem Gebiet verschiedener Formensprachen bedienen. Eine davon war die des Modernismus, die in abgewandelter, „latinisierter“ Form durchaus einen Beitrag leistete zur Glorifizierung des Regimes.

Heinz Timmermann Godesberger Programm und internationale Beziehungen

Dr. phil. Heinz Timmermann, geb. 1938, ist Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Veröffentlichungen u. a.: *Eurokommunismus: Fakten, Analysen, Interviews*, Frankfurt 1978 (als Hrsg. und Ko-Autor); *Wohin marschiert die Linke in Europa?* Freiburg 1979; *Die Kommunisten Südeuropas und die Europäische Gemeinschaft*, Bonn 1981 (als Hrsg. und Ko-Autor).

I.

Das Godesberger Programm von 1959, über dessen Neufassung bzw. Aktualisierung in verschiedenen Gremien und Kommissionen der SPD beraten wird, widmet Aspekten der internationalen Politik nur relativ wenig Raum. Das hat mehrere Gründe. So ging es der Partei damals vor allem darum, auf der Basis der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neu zu bestimmen. Auch waren demokratisch-sozialistische Ansätze der Nachkriegszeit, Europa ideologisch-programmatisch einen „dritten Weg“ zu weisen und dem Alten Kontinent als „dritter Kraft“ einen eigenen Handlungsspielraum zwischen den Supermächten zu verschaffen, mit dem Einsetzen des Kalten Krieges 1947/48 gescheitert. Im Zeichen der Vorherrschaft der USA und der UdSSR war die internationale Machtstruktur mittlerweile so stark bipolar geprägt, daß die Einflußchancen kleinerer Staaten gering und die Entwicklung spezifisch sozialdemokratischer Ansätze auf diesem Felde daher wenig sinnvoll erschienen.

Seit Godesberg haben sich die internationalen Rahmenbedingungen, aber auch die nationalen Voraussetzungen für sozialdemokratisches Handeln im Bereich der Außenbeziehungen erheblich gewandelt. Die internationale Lage ist komplexer und widersprüchlicher geworden. Dazu hier nur wenige Stichworte:

– Mit der quantitativen Anhäufung und mehr noch der qualitativen Weiterentwicklung der

Waffen durch die Supermächte ist die Menschheit erstmals in ihrer Geschichte in der Lage, sich selbst auszulöschen.

- Die weltwirtschaftlichen Verteilungskämpfe haben sich in einem Maße verschärft, daß der Welthandel vom Kollaps bedroht ist. Der Hang zum Protektionismus, zur nationalen Abschottung wächst.
- Das Nord-Süd-Gefälle ist noch größer geworden, viele Länder der Dritten Welt stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin.

Andererseits zeichneten sich in der Phase seit Godesberg aber auch positive Tendenzen ab, die Chancen zeigen, diesen verhängnisvollen Entwicklungen gegenzusteuern:

- Angesichts der Zerstörungskraft der Nuklearwaffen wuchs das Bewußtsein darüber, daß die Sicherung des Friedens ein Wert an sich ist. Die 60er und 70er Jahre haben gezeigt, daß Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Supermächten unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist.
- Immer eindringlicher wurde die Forderung nach international koordinierten Aktionen zur Steuerung der Weltwirtschaft und zur Hilfe für die Dritte Welt.
- Im Zeichen einer von der Sowjetunion erreichten militärstrategischen Parität zwischen den Supermächten bildeten sich mit China, Japan und Westeuropa neue regionale Zentren heraus, die aktiv auf die internationale Politik Einfluß nehmen. Das gleiche gilt für die Bewegung der Blockfreien.
- Was speziell die Bundesrepublik angeht, so hat sie unter sozialdemokratischer Führung international erheblich an Gewicht gewonnen. Sie hat die damit verbundenen wachsenden globalen Einflußchancen zu einer umfassenden Politik der Entspannung, des Interessenausgleichs und der Zusammenarbeit genutzt.

Im folgenden sollen skizzenhaft zentrale Felder der internationalen Politik umrissen werden, und zwar unter der Fragestellung, welche Konzeptionen die SPD in diesem Bereich seit Godesberg entwickelt hat und wie sie sie in der Perspektive fortschreiben könnte. Dabei gehe ich von der historisch bedingten und auch im Godesberger Programm angelegten Voraussetzung aus, daß für die Sozialdemokraten in den internationalen Beziehungen nationale Interessenvertretung und internationale Solidarität einander ergänzen und in dieser Kombination auch ganz erheblich zur

innerparteilichen Konsensbildung beitragen. Symbolisch drückt sich dies nicht zuletzt darin aus, daß die SPD über Jahre hinweg *gleichzeitig* den Regierungschef in Bonn und den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale stellte.

II.

Das Godesberger Programm legt einen starken Akzent auf die Wiedervereinigung Deutschlands als ein operatives, im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems zu realisierendes Ziel. Hier haben sich die Perspektiven mittlerweile stark verschoben: Die staatliche Einheit Deutschlands kann heute nur noch Ziel historischer Erwartungen sein, jedoch nicht mehr Aufgabe der praktischen Tagespolitik. Denn für die überschaubare Zukunft zeichnen sich keine neuen Machtkonstellationen ab, die auf die Möglichkeit einer Überwindung der Teilung Europas im allgemeinen und Deutschlands im besonderen hindeuten. Jede Tendenz der Bundesrepublik, sich in der Erwartung aus dem Bündnis zu lösen, um damit ihre nationalen Interessen besser vertreten zu können, müßte auf eine Gefährdung des Gleichgewichts in Europa und damit des Friedens hinauslaufen. Sie wäre im übrigen im Innern nicht konsensfähig und würde darüber hinaus auch auf den entschiedenen Widerstand unserer Bündnispartner stoßen.

Als mittlere Macht ohne Kernwaffen hat die Bundesrepublik daher bis zur Schaffung einer – heute noch nicht absehbaren – gesamteuropäischen Friedensordnung ein vitales Interesse, als zuverlässiger Partner in der Atlantischen Allianz eingebunden zu bleiben. Denn zum einen gewährt ihr die NATO im Ost-West-Konflikt jene Sicherheit, die sie gegenüber der Sowjetunion und deren Bündnissystem, auf sich allein gestellt, niemals erreichen könnte. Zum anderen aber hat die Bundesrepublik als Staat mittlerer Größenordnung an der Nahtstelle zwischen Ost und West eine Chance auf tatsächliche politische Einflußnahme nur dann, wenn sie fest im westlichen Bündnis verankert ist und aus dieser Position heraus ihre Interessen vertreten und ihr Gewicht einsetzen kann. Oder anders ausgedrückt: Auch in Zukunft wird die Bundesrepublik ihre nationalen Interessen und Aspirationen nur dann wirkungsvoll zur Geltung bringen können, wenn es ihr gelingt, sie im Rahmen der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Politik zu machen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür

ist die Bonner Ostpolitik der 70er Jahre, die nicht zuletzt deshalb so erfolgreich war, weil sie vom westlichen Bündnis *insgesamt* mitgetragen wurde.

Freilich: Eine so verstandene enge Partnerschaft darf nicht auf eine vorbehaltlose Anpassung an die Politik der USA hinauslaufen, wie sie mehr oder weniger deutlich von der gegenwärtigen Administration verlangt wird. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten kann nicht „Kernpunkt unserer Staatsräson“ sein, wie es Bundeskanzler Kohl formulierte: Das Selbstverständnis einer Mittelmacht in Zentraleuropa deckt sich nicht nahtlos mit den spezifischen Interessen Amerikas als einer der beiden Weltmächte. Auch kann die Existenz verwandter Grundüberzeugungen zu Demokratie und Pluralismus nicht dazu führen, sich mit jedem Schritt der US-Politik zu solidarisieren. Im Gegenteil: Gerae dann, wenn man von einer Übereinstimmung oder Ähnlichkeit der grundlegenden moralisch-politischen Werte im Bündnis ausgeht, ist es notwendig und legitim, sich von solchen Aspekten der US-Politik zu distanzieren, die mit dieser Wertorientierung nicht übereinstimmen. Konkret: Unsere Solidarität sollte auch in Zukunft jenen Kräften in der Dritten Welt gehören, die einen eigenständigen Weg politischer Unabhängigkeit und sozialen Wandels suchen, und nicht jenen, die einen solchen Weg durch äußeren Druck und Demonstration militärischer Macht zu blockieren bzw. rückgängig zu machen suchen.

Daraus folgt, daß sich die Sozialdemokraten – übrigens in Übereinstimmung mit anderen politischen Strömungen in Europa – auch in Zukunft nicht mit einer internationalen Arbeitsteilung einverstanden erklären können, die Kissinger 1973 so umschrieb: Die Amerikaner haben globale, die Europäer dagegen nur westeuropäisch-regionale Interessen. Gewiß haben die USA als militärisch und wirtschaftlich stärkste Macht des Bündnisses eine besondere weltweite Verantwortung, und es liegt im vitalen Interesse der Europäer, ihre eigenen Konzeptionen im Sinne verwandter Wertvorstellungen und Ziele eng mit den Amerikanern abzustimmen. Dort jedoch, wo die Interessen und die politischen Philosophien divergieren – und das betrifft über die regionale Ebene hinaus auch relevante Aspekte der internationalen Beziehungen überhaupt –, dort sollten die Europäer im Rahmen der atlantischen Zusammenarbeit ihre spezifischen Ansätze auch in

Zukunft nachdrücklich vertreten. Dies gilt für die Ost-West-Beziehungen ebenso wie für Aspekte der Sicherheitspolitik und das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt.

Bezeichnenderweise trägt der hier zugrundeliegende Abschnitt des Godesberger Programms nicht den neutralen Titel „Internationale Politik“, sondern „Internationale Gemeinschaft“. Hierin drückt sich schlagwortartig die Absicht aus, in den internationalen Beziehungen Gegensätze zu überwinden und die gemeinsamen Interessen der Staaten und Völker zu betonen.

III.

Die internationale Gesamtsituation wird auch für die absehbare Zukunft von der Rivalität der Supermächte Sowjetunion und USA geprägt sein. Jede Strategie, die diesen Grundtatbestand ignoriert, läuft Gefahr, den Bezug zur politischen Wirklichkeit zu verlieren. Gleichzeitig hat sich jedoch im Zeichen zunehmender Entspannung seit Godesberg der Handlungsspielraum einer Reihe von Staaten und Staatengruppen erweitert, auch innerhalb der Bündnissysteme NATO und Warschauer Pakt. Die Bundesrepublik unter sozialdemokratischer Führung hat diesen Prozeß aktiv gefördert und nicht zuletzt dadurch ihr Ansehen und ihr politisches Gewicht erheblich gesteigert. Ihr Einsatz für die Entspannung ergab sich darüber hinaus aber auch aus der Überzeugung, daß es unter den Bedingungen der Fähigkeit zur gegenseitigen Vernichtung keine vernünftige Alternative zu einer Politik des Krisenmanagements, des Dialogs und des Interessenausgleichs zwischen Ost und West gibt.

Die Verfolgung einer solchen Linie ist in den letzten Jahren zweifellos schwieriger geworden, da die beiden Supermächte in ihren Beziehungen zu einem eher konfrontativen Verhalten zurückkehrten. Die Sowjetunion hat ihre Chancen in der Dritten Welt gesucht und ihre Einflusssphären in diesen Regionen teilweise mit militärischer Gewalt ausgedehnt. Zwar hat sie sich zum Prinzip des Gleichgewichts und der gleichen Sicherheit bekannt. Gleichwohl hat sie quantitative und qualitative Verbesserungen im nuklearen Mittelstreckenbereich ausgerechnet in der von Helsinki geprägten Periode der Entspannung und zu einer Zeit getroffen, als die USA sich ihr gegenüber bereitfanden, eine Parität bei den strategischen Waffen zu vereinbaren. Beide Aktionen, die hier nur exemplarisch angeführt werden, weckten Zweifel

an der Berechenbarkeit sowjetischen Verhaltens und wirkten der für eine erfolgreiche Entspannungspolitik notwendigen Vertrauensbildung entgegen.

Die *Vereinigten Staaten* ihrerseits fühlten sich von der konkurrierenden Supermacht auf einer Reihe politischer Felder herausgefordert, zumal sie den Eindruck hatten, daß Moskau gerade die Periode der Entspannung für eigene Positionsgewinne nützte. Die Folge war eine verhängnisvolle Überreaktion Washingtons: Die USA stellten die gemeinsam ausgearbeitete Entspannungsphilosophie des Harmel-Berichts in Frage und kehrten zu der Tendenz zurück, sämtliche Konflikte auf dem Globus – einschließlich authentischer sozialrevolutionärer Transformationsprozesse in der Dritten Welt – in den Kategorien des Ost-West-Konflikts zu beschreiben. Sie unterbrachen den SALT-Prozeß und erweckten den Eindruck, als suchten sie durch Hochrüstung das militärische Kräfteverhältnis mit dem Ziel der zuverlässigen eigenen Überlegenheit zu verändern. Zwei beängstigende Entwicklungen trafen in Washington zusammen: „Die Überbewertung des militärischen Denkens und das Fehlen einer überzeugenden politischen Strategie gegenüber der Sowjetunion.“ (Egon Bahr)

Godesberg international fortzuschreiben muß daher vor allem heißen: die Supermächte zu einer Politik des Verzichts auf die Verfolgung einseitiger Vorteile, zu einer Politik der Entspannung und des Ausgleichs ihrer Interessen zu drängen und sie immer wieder an ihre Selbstverpflichtung zur atomaren Abrüstung zu erinnern. Bleiben hier Fortschritte aus, so wird es noch schwieriger, das zu erreichen, was das Godesberger Programm neben der Sicherung der Freiheit als die „größte und dringendste Aufgabe“ unserer Zeit bezeichnet: die Wahrung des Friedens. Tatsächlich ist dauerhafter und gesicherter Frieden nicht einfach ein Wert neben den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität; vielmehr ist sie die Voraussetzung zur Durchsetzung einer grundwerteorientierten Politik des demokratischen Sozialismus.

Oft wird versucht, Kritik an bestimmten Aspekten der US-Administration als sowjetfreundlich zu diskreditieren. Es gibt jedoch keine ideologisch bedingten Affinitäten der SPD zum Realsozialismus sowjetkommunistischen Typs, die auf die außenpolitischen Konzeptionen der deutschen Sozialdemokraten durchschlagen und die-

se für Offerten aus Moskau besonders anfällig machen könnten. Spätestens seit der Liquidierung der Sozialdemokratie in Ostdeutschland und Osteuropa grenzt sich die SPD ideologisch eindeutig vom sowjetorientierten Kommunismus ab. Über diese Grundeinschätzung des Godesberger Programms darf kein Zweifel entstehen. Der Dialog mit dem Osten wird auch in Zukunft nur dann erfolgreich (und auf Dauer konsensfähig) sein können, wenn er von solchen Positionen aus geführt wird, die sich an den eigenen Grundwerten orientieren.

Darüber hinaus wird Sozialdemokraten häufig vorgehalten, sie erwecken den Eindruck, als sei die Entspannung in ihren Augen ein geeignetes Instrument, um den Grundkonflikt mit der Sowjetunion überhaupt aus der Welt zu schaffen. Obwohl solche Vorstellungen eher in den USA als in Europa bestanden, muß immer wieder unterstrichen werden: Angesichts der machtpolitischen Rivalität zwischen den Supermächten, angesichts der Unterschiede ihrer ideologischen Überzeugungen und ihrer politisch-gesellschaftlichen Systeme wird eine Politik der Entspannung die grundsätzliche Konfliktualität zwischen den USA und der UdSSR nicht überwinden können. Worauf es ankommt, ist der Versuch, unter Aufrechterhaltung der eigenen Abwehrbereitschaft die Konflikte so zu regeln, daß das Mittel des Krieges dabei ausscheidet. Das wird um so eher möglich sein, wenn es gelingt, Bereiche gemeinsamen Interesses ausfindig zu machen und entsprechende Ansätze in eine „systemüberwölbende“ Kooperation (Willy Brandt) überzuleiten. Hier wäre beispielsweise an konzertierte Aktionen zur Sicherung der Energieversorgung, zur Erhaltung unserer natürlichen Umwelt oder zur Hilfe für die Dritte Welt zu denken – Bereiche, die im Godesberger Programm teilweise noch nicht einmal angesprochen werden.

Mit einer solchen Entspannungsphilosophie ist eine Politik der Dämonisierung Moskaus – die Charakterisierung der Sowjetunion als „Reich des Bösen“ – freilich nicht vereinbar. Sie geht vielmehr davon aus, daß bei allen ideologischen und machtpolitischen Gegensätzen auch die Sowjetunion ein Interesse nicht nur an der Verhütung eines Nuklearkrieges, sondern zumindest partiell auch an bestimmten Formen systemübergreifender Zusammenarbeit hat. So hat sie seit Anfang der 60er Jahre eine Reihe von Abkommen mit den USA geschlossen. Später hat sie sich nach

Jahrzehnten der Autarkie aktiv in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingeschaltet. Mit dem KSZE-Prozeß schließlich hat sie ihre Bereitschaft zu einer umfassenden gesamteuropäischen Zusammenarbeit signalisiert, und zwar unter Anerkennung der besonderen Rechte und Verpflichtungen Amerikas in Europa.

Diese Ansätze sollten zu einem Gesamtkonzept verdichtet werden, das der Sowjetunion eine konstruktive Ost-West-Zusammenarbeit lohnend erscheinen läßt oder ihr doch zumindest die Option dafür offenhält. *Gegenseitige* wirtschaftliche Abhängigkeit beispielsweise, wie sie in dem Erdgas-Röhrengeschäft zum Ausdruck kommt, hat auch die politische Aufgabe einer friedenssichernden Vertrauensbildung und Stabilisierung; sie ist insofern gewollt und sollte ausgebaut und im Bündnis offensiv vertreten werden.

IV.

Die zentrale systemübergreifende Aufgabe ist die Sicherung des Friedens. Das Godesberger Programm gibt keine Auskunft darüber, wie dieses Ziel erreicht werden kann, und selbst wenn es konkrete Wege aufgezeigt hätte, so wären sie durch die Entwicklung der Waffentechnologien heute wahrscheinlich überholt. Angesichts des Fortschritts moderner Waffentechnologien verliert die Strategie der atomaren Abschreckung zunehmend an Konsensfähigkeit (worauf übrigens auch weitsichtige CDU-Politiker wie Kurt Biedenkopf nachdrücklich verweisen). Dies röhrt nicht zuletzt daher, daß die potenzierte Vernichtungskraft der Nuklearwaffen den Menschen den *Doppelcharakter* dieser Strategie stärker in das Bewußtsein gerückt hat, schließt doch die Abschreckungsfunktion dieser Waffen im Extremfall ihre Anwendung mit der möglichen Folge einer Vernichtung der Menschheit in sich ein. Soll der Friedenswillen nicht abstrakt bleiben, sondern unter gewandelten Umständen in konkrete Friedenspolitik umgesetzt werden, so bedarf es neuer Überlegungen und Konzeptionen.

Die von Sozialdemokraten entwickelten Vorstellungen gehen dabei in zwei eng miteinander verbundene Richtungen, die zu vertiefen wären. Zum einen verweisen sie darauf – um mit Egon Bahr zu sprechen –, daß die Modernisierung von Waffen auch eine Modernisierung von Strategien erfordert, ja daß die Gefahr von Konflikten sogar wachsen kann, wenn dies nicht geschieht. In diesem Zusammenhang gehört auch die Diskussion

über alternative Strategien. Zum anderen hat die wechselseitige Fähigkeit zur Vernichtung die Sozialdemokraten zu neuen Überlegungen veranlaßt, die sich in dem Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“ kristallisieren – einer Partnerschaft zum Überleben. Dieses Konzept, das den fortbestehenden Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Ideen und Gesellschaftssystemen keineswegs leugnet, geht davon aus, daß es heute nicht mehr möglich ist, dauerhafte Sicherheit auf Kosten der Sicherheit der anderen Seite zu erlangen. Sicherheit ist nicht mehr *im Gegensatz* zum potentiellen Gegner zu erreichen, sondern nur noch *mit* ihm. Erst im Zeichen einer so verstandenen Partnerschaft zur Sicherheit sind überhaupt ernsthafte Schritte zur Abrüstung zu erwarten – eine zentrale Voraussetzung für die so dringend notwendige Freisetzung von Ressourcen zur Entwicklung des Südens.

V.

In diesem Zusammenhang ist die Rolle der in der EG organisierten Europäer als Faktor des Ausgleichs und der Zusammenarbeit zwischen Ost und West in einem Maße gewachsen, wie es in Godesberg nicht einmal andeutungsweise anklingt. Bei allen national bedingten Unterschieden in Einzelfragen wird quer durch die verschiedenen politischen Strömungen der Wille deutlich, in den Außenbeziehungen innerhalb des Bündnisses das europäische Eigeninteresse und das europäische Selbstbewußtsein stärker zur Geltung zu bringen. Erstmals seit Ende des I. Weltkrieges haben die Europäer dabei die Chance, über den regionalen Rahmen hinaus weltweit besondere Verantwortung zu übernehmen. So haben sie – beispielsweise durch ihre aktive Rolle im KSZE-Prozeß – der Entspannungspolitik starke Impulse gegeben und später geschlossen an die Supermächte appelliert, längerfristige Chancen der Kooperation nicht durch kurzfristige Überlegungen der Konfrontation zunichte zu machen. Darüber hinaus nimmt in ihren Reihen das Bewußtsein von der Notwendigkeit zu, den neuen weltwirtschaftlichen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen: den wachsenden Energieproblemen, den Verschiebungen in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, den Verwerfungen des Weltwährungssystems und dem Drängen der Entwicklungsländer nach einer „neuen internationalen Wirtschaftsordnung“.

Freilich: Auf Dauer wird das politische Ge-

wicht der Europäer nur in dem Maße wirksam werden können, wie es ihnen gelingt, ihre inneren Gegensätze zu überwinden und den Integrationsprozeß zu dynamisieren. Dabei steht nicht der Ausbau der EG-Institutionen im Zentrum, der – für sich genommen – leicht abstrakt bleiben könnte und wenig Aussicht auf Konsens hat. Vielmehr geht es um den politischen Willen, gemeinsam die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme anzupacken und der Gemeinschaft damit ein solides Fundament für eine umfassende Zusammenarbeit nach außen zu geben.

Hier seien nur zwei Felder genannt, auf denen den Europäern über ihre friedenssichernde und den weltwirtschaftlichen Wandel betreffende Aufgabe hinaus eine besondere Verantwortung zuwächst: die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern und das Verhältnis zur Dritten Welt. Zwar sind systemübergreifende Ansätze auf diesen Feldern bislang an der Rivalität der Supermächte und ihrer Einflußzonen-Politik gescheitert. Gerade deshalb jedoch richten sich die Hoffnungen und Erwartungen aus diesen Regionen in starkem Maße auf umfassende eigenständige Initiativen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsländer.

1. Die sozialdemokratisch inspirierte Ostpolitik hat gewiß einen nationalen Aspekt, indem sie darauf zielt, die Folgen der deutschen Teilung für die Menschen erträglicher zu machen sowie über verstärkte innerdeutsche Kommunikation das Bewußtsein und den Willen zur Zusammengehörigkeit innerhalb der deutschen Nation aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig versteht sich die Ostpolitik jedoch als integraler Bestandteil einer *europäischen* Politik, die es sich – anknüpfend an die engen historischen Bindungen der beiden Teile des Alten Kontinents – zur Aufgabe macht, auf Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in ganz Europa hinzuwirken.

Die Forderung nach Verwirklichung der Menschenrechte muß dabei eine wichtige Komponente bilden und von den demokratischen Sozialisten auf Partieebene immer wieder als unverzichtbares Element ihrer Entspannungspolitik herausgestellt werden. Andererseits darf sie aber nicht Konjunkturen unterliegen und zum ideologisch-politischen Kampfinstrument verkommen; zumindest in den zwischenstaatlichen Beziehungen sollte sie nicht zur Vorbedingung für einen Dialog mit den Regierungen in Osteuropa gemacht wer-

den, da dies auf eine Selbstblockierung jeglicher Einflußchancen überhaupt führen müßte.

Eine so konzipierte mehrschichtige und flexible Politik bildet auch in Zukunft den einzig sinnvollen Rahmen, um einen schrittweisen reformorientierten Wandel der inneren Strukturen in Osteuropa zu fördern und die Spielräume dieser Länder zu erweitern, ohne deren außen- und sicherheitspolitische Loyalitäten in Frage zu stellen. Mit anderen Worten: Westliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Unterstützung sollte in einer Form angeboten werden, die zwar einerseits die Sicherheitsprobleme der Sowjetunion in Rechnung stellt, die aber andererseits die Einleitung innerer Reformen in Osteuropa honoriert.

2. Die Aufgabe Europas wird von den demokratischen Sozialisten aber längst nicht mehr im Sinne eines engen „Eurozentrismus“ verstanden, wie er in der klassischen Arbeiterbewegung weithin vorherrschte. In ihrem Verständnis ist die Lösung des Nord-Süd-Problems – wie der Münchener Parteitag unterstrichen hat – „die große internationale Aufgabe des ausgehenden 20. Jahrhunderts“. Es ist daher kein Zufall, daß die Sozialistische Internationale unter maßgeblichem Einfluß der SPD einen zentralen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Entwicklung der Beziehungen zur Dritten Welt legte und ihre eigenen Reihen so weit öffnete, daß nichteuropäische Parteien in der SI mittlerweile eine Mehrheit haben.

Ihrem Selbstverständnis entsprechend geht es den demokratischen Sozialisten dabei nicht darum – und hier unterscheiden sie sich deutlich von den Intentionen der Supermächte –, den Dritte-Welt-Ländern die eigenen politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen aufzudrängen. In manchen Fällen mag beispielsweise ein Einparteiensystem mit pluralistischer Artikulation der sozialen und kulturellen Gruppen den nationalen Voraussetzungen besser entsprechen als ein Mehrparteiensystem westlichen Typs (man bedenke, nebenbei bemerkt, wie fortschrittlich sich eine solche Entwicklung in Osteuropa angesichts der gegenwärtigen monolithischen Machtstrukturen in dieser Region ausmachen würde). Der Internationalismus demokratisch-sozialistischer Prägung sieht seine zentrale Aufgabe vielmehr darin, ein Verhältnis wirtschaftlicher und politischer Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu schaffen – einer Partnerschaft, die umfassende materielle Hilfe mit dem Respekt vor

dem Willen dieser Länder verbindet, ihre politisch-kulturelle Eigenheit und Identität zu wahren. Die Brandt-Berichte geben hierfür eine Vielzahl von Anregungen, zumal sie eindringlich auf den engen Zusammenhang zwischen Rüstung und Entwicklung hinweisen. Auf diesem Felde hat gerade die EG eine große Aufgabe, da sie eine Zusammenarbeit ohne politische und militärische Druckausübung gewähren und als politisch stabile und wirtschaftlich noch immer leistungsfähige Regionalgemeinschaft mit globalem Engagement zu Konfliktlösungen und zu Stabilität in anderen Regionen beitragen kann. Als Beispiel eines solchen Ansatzes interregionaler Zusammenarbeit kann die Wirtschaftskooperation zwischen der EG und der ASEAN-Gruppe dienen, die inzwischen durch intensive politische Konsultationen ergänzt wird. Ein anderes Beispiel ist das Lomé-Abkommen, das gute Chancen für eine enge Entwicklungspartnerschaft der EG mit 63 Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums bietet.

All dies aber heißt für die demokratischen Sozialisten zugleich, sich gegen die Tendenz der Supermächte zu stemmen, den Ost-West-Konflikt auf die Entwicklungsländer zu übertragen und die Dritte Welt in Einflußzonen aufzuteilen. Dies gilt zum einen gegenüber dem Bemühen Moskaus, die Länder der Dritten Welt politisch-militärisch zu durchdringen und sie zu „natürlichen Verbündeten“ der Sowjetunion zu machen. Die wachsende Kritik aus der Dritten Welt an dieser Linie der Sowjets und an deren mangelndem entwicklungs-politischem Engagement sollte die demokratischen Sozialisten in ihren Anstrengungen bestärken, Moskau langfristig doch noch für eine konstruktive Mitwirkung bei der Lösung der Probleme dieser Länder zu gewinnen. Andererseits müssen die Amerikaner wissen, daß es anachronistisch und daher dysfunktional ist, Diktaturen zu unterstützen, nur weil sie antikommunistisch sind. Gerade die Unterdrückung authentischer nationaler und sozialrevolutionärer Befreiungsbewegungen ist es, die der anderen Supermacht oft erst die Penetrationsmöglichkeiten verschafft, während ihre Unterstützung dem Westen die Chance bietet, diese Länder langfristig als überzeugte Partner zu gewinnen.

Auch hier könnte die Unterstützung regionaler Initiativen – wie der Contadora-Gruppe im Konflikt um Nicaragua – als Modellfall dienen. Bei allen Unterschieden in den Voraussetzungen ist

hier auf die Beispiele Portugal und Spanien zu verweisen, wo sich die Europäer unter maßgeblichen Impulsen der demokratischen Sozialisten erfolgreich bemühten, den schwierigen Übergang von der Diktatur zur Demokratie durch kollektive Einflußnahme von außen abzustützen. Darüber hinaus sollten die Beziehungen zur Blockfreien-Bewegung, die den Aktivitäten der Sozialistischen Internationale oft noch mit Mißtrauen begegnet, intensiviert werden. Denn mit ihrem Kampf gegen Hegemonie, für Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und wirtschaftliche Partnerschaft tritt die übergroße Mehrheit der Blockfreien für Ziele ein, die sich mit denen der demokratischen Sozialisten weitgehend decken.

VI.

Insgesamt sind die internationalen Beziehungen seit Godesberg somit von zwei widersprüchlichen Tendenzen gekennzeichnet. Auf der einen Seite sind die Vernichtungspotentiale der Supermächte und damit ihre militärisch bedingten globalen Macht- und Einflußchancen weiter gestiegen. Die Tendenz beider Seiten, die jeweiligen Bündnispartner wieder enger an sich zu binden

und im übrigen die eigenen Einflußzonen auszudehnen, ist gestiegen. Auf der anderen Seite hat sich jedoch gezeigt, daß militärische Macht ihr Monopol verloren hat und nicht mehr überall in der Lage ist, Disziplin und Unterwerfung zu erzwingen. Iran und Nicaragua, Polen und Afghanistan sind hier besonders markante Beispiele.

So gesehen hat die internationale Politik des demokratischen Sozialismus, in Konkretisierung von Godesberg und über Godesberg hinaus, eine doppelte Aufgabe: Sie muß eine auf Ausgleich der Interessen bedachte *Friedenspolitik* mit einer *Reformpolitik* verbinden, die sich für eine Überwindung überholter politischer und sozialer Strukturen engagiert. Daß dies nicht isoliert geschehen kann, darauf hat mit aller Deutlichkeit bereits das Godesberger Programm hingewiesen. Mittlerweile hat sich auch der politische Verbund herausgebildet, der bei all seinen Widersprüchlichkeiten und Unzulänglichkeiten einen zentralen Rahmen für die internationale Strategie der demokratischen Sozialisten abgeben könnte – die Europäische Gemeinschaft und die in ihr wirkenden verwandten politischen Parteien und gesellschaftlichen Strömungen.

BfG





Warum Sie mit einer Bank reden sollten, die groß, aber nicht riesengroß ist.

Mit einer Bilanzsumme von 49,08 Milliarden Mark gehört die BfG in den Kreis der großen, überregionalen Banken.

Geschäftsjahr 1985	Vorläufige Zahlen, Stand 31. 12. 1985
Bilanzsumme	49,08 Mrd. DM
Einlagen von Kunden	26,57 Mrd. DM
Kredite an Kunden	26,07 Mrd. DM
Eigene Mittel	2,02 Mrd. DM

Für unsere Kunden dürfte es noch wichtiger sein, daß wir als Bank engagiert sind und Qualität vor Quantität setzen.

**Reden Sie mit uns. Wir sind
Ihre Bank.**

Wir stehen Ihnen mit über 250 Geschäftsstellen in der Bundesrepublik, mit Stützpunkten in internationalen Handelszentren und einem Netz von 3.000 Korrespondenzbanken weltweit zur Verfügung. Wenn für Sie Größe allein nicht die entscheidende Größe ist, sondern Engagement und Partnerschaft, dann sollten Sie mit uns reden.

BfG: Ihre Bank

Helga Grebing Kurt Schumacher — wieder aktuell?

Prof. Dr. Helga Grebing lehrt Geschichte an der Universität Göttingen und ist Stellvertretende Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.

Als er im August 1952 starb, war er noch nicht 57 Jahre alt. Als 19jähriger Kriegsfreiwilliger hatte er im Dezember 1914 seinen rechten Arm verloren. Im Januar 1918 war der nun 22jährige Jurist in die MSPD eingetreten, die er in den Revolutionstagen als Beauftragter des „Reichsbundes der Kriegsbeschädigten“ im Groß-Berliner Arbeiter- und Soldaten-Rat vertrat. Seit 1920 arbeitete der so preußische Westpreuße in der für die Arbeiterbewegung traditionsreichen süddeutschen Metropole Stuttgart: als politischer Redakteur der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“, als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins und seit 1930 als Reichstagsabgeordneter. Im Juli 1933 wurde Schumacher, in dem die Nationalsozialisten zu Recht einen ihrer gefährlichsten Gegner erkannten, verhaftet und über zehn Jahre in Konzentrationslagern (davon acht Jahre im KZ Dachau) festgehalten. Im Mai 1945 konnte der nun 50jährige endlich neu beginnen und wußte wohl, daß ihm, dem gesundheitlich schwer Angeschlagenen, nicht viel Zeit bleiben würde: es wurden sieben Jahre, von denen er wenigstens 20 Monate ans Krankenbett gefesselt war, und im September 1948 mußte auch noch sein linkes Bein amputiert werden.

In diesen wenigen Jahren gewann der leidenschaftliche Berufspolitiker ungewöhnliche Ausstrahlungskraft. Sein auch gegenüber den Besatzungsmächten offensiv-militanter, volkstribunenhafter demokratischer Radikalismus unterschied sich so auffallend von der an der deutschen Linken gewohnten defensiv-resignativen Haltung. Sein überzeugender, sich selbst gegenüber schonungsloser Einsatz machten ihn zu einer moralischen Instanz nach innen und zur Symbolfigur des „anderen Deutschlands“ nach außen. An ihm schieden sich die Geister; bis heute, mehr als 33 Jahre nach seinem Tod, hat sich daran nichts geändert, verfolgt man die historiographische Diskussion über ihn.

Die einen werfen dem — wie sie ihn sehen — preußischen, ja, nationalen Sozialisten seine „in-

transigente Opposition“ gegen die kapitalistische Konsolidierung der Nachkriegsgesellschaft und ihre Einbindung in das westliche Bündnissystem vor, weil sie eine den Realitäten angemessene Entwicklung der SPD zur Volkspartei verzögert hätte. Für die anderen ist er ein bloß blinder Rhetoriker gewesen und eigentlich nur ein traditioneller bolschewismusfürchtiger Sozialdemokrat, der die Handlungsspielräume für linke, sozialistische Politik nach 1945 nicht gesehen, ja, darauf verzichtet hat, sie zu nutzen. Fast niemandem hat er es recht gemacht, niemand will ihn für sich reklamieren: die Volkspartei-Advokaten nicht, die alten Linken auch nicht recht (obwohl sie inzwischen anerkennen, daß Schumacher in seinen zeitgebundenen Forderungen „linker“ gewesen ist, als es sich Jusos heute noch erlauben würden) und die neuen nationalen linken Patrioten erst recht nicht (obwohl Schumacher doch aus der Sicht derjenigen, die Deutschland-Ost und -West immer noch für ein besetztes statt befreites Land halten, als ein früher nationaler Patriot akzeptiert werden könnte — doch quer zu dieser möglichen Akzeptanz steht sein sogenannter Antikommunismus¹¹).

Zu diesem kontroversen Bild Schumachers haben manche guten Freunde beigetragen, indem sie ihn — je nach Lage der Partei — zurechtstilisiert haben: mal war er natürlich kein Marxist und doch eher ein Lassalleianer, mal der Vordenker der Volkspartei und dann doch wieder ein achtbarer, nicht unmarxistischer demokratischer Sozialist.

Nur auf den ersten Blick überraschend, haben seit kurzem Schumachers Positionen bei den gegenwärtig entschiedensten Vertretern der osteuropäischen Dissidenten Beifall gefunden: „Wir identifizieren uns weitgehend mit Schumachers Auffassungen... Schumachers Option implizierte die Bejahung der westlichen Allianz, nicht aber des westlichen Systems... sein Konzept einer ‚neuen Demokratie‘, der Radikalisierung der Demokratie als des einzigen Weges zum Sozialismus zeigt eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit dem Besten, das von latent antistalinistischen Kommunisten der unmittelbaren Nachkriegszeit wie Georg Lukács erdacht worden ist.“¹²

Diese Aussage ist Anlaß genug, sich Kurt Schumacher erneut anzunähern, noch einmal zu überprüfen, wie sein Wirken nach 1945 40 Jahre danach

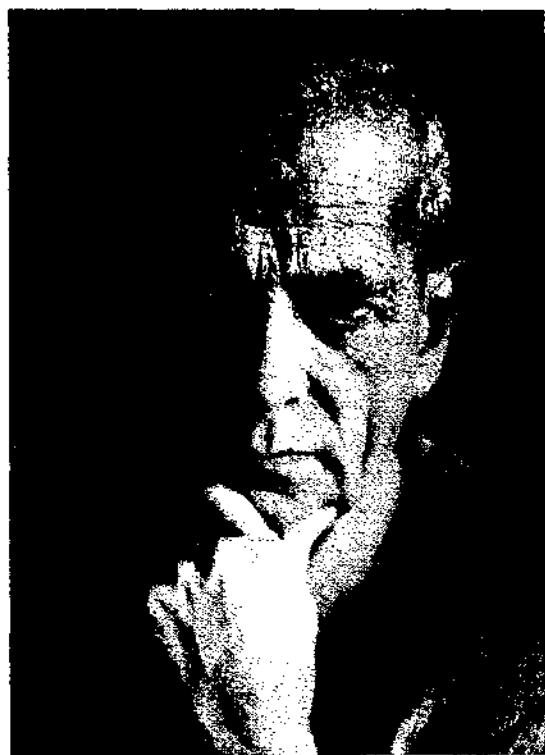
Willy Albrecht, „Kurt Schumacher. Reden — Schriften — Korrespondenzen 1945—1952“
Verlag J. H. W. Dietz, Berlin/Bonn 1985, 1045 S.,
kart. DM 76,—

zu bewerten sein könnte. Die Quellenedition von ist dafür ein hervorragendes Werkzeug. Die Auswahl der Texte überzeugt durchgängig, weil Albrecht nicht an den bekannten großen Reden hängenbleibt, sondern durch viele kleine Stücke (Briefe, Aufzeichnungen, Interview-Texte) auch mit der Alltagsarbeit von Schumacher vertraut macht und dabei vermitteln kann, daß auch sie in jedem Winkelzug von den großen Themen durchwirkt gewesen ist, die Schumachers politisches Konzept beherrscht haben. Die Kommentierung erfolgt unaufdringlich-unparteiisch; nur gelegentlich erlaubt sich der Herausgeber in seiner Einleitung eine kritische Stellungnahme. Dies ist kein Fehler, denn nach der kontroversen Interpretationslage wünscht man sich nicht eine weitere kritische Version, sondern verlangt nach einer zuverlässigen Information. Die bekommt man durch die Einleitung und durch die Hinweise, Querverweise und die Anmerkungen, mit denen die Texte erschlossen werden. Es bleibt fast kein Wunsch offen, und gleichzeitig hat man nicht das lästige Gefühl, überinformiert zu werden.

Liest man die fast 200 Seiten starke Einleitung³¹ und die mehr als 800 Seiten umfassende Dokumentation, so gewinnt man zwar kein grundsätzlich neues Schumacher-Bild, aber es werden doch einige Seiten an Schumacher deutlicher, die bisher verkannt oder unbekannt geblieben sind und die zugleich Schumachers Aktualität unterstreichen. Faßbar wird sein Verständnis der nationalsozialistischen Diktatur als Klassenherrschaft: mit Hilfe der Nazis „als Knechten des Großkapitals“ hatte das Monopolkapital das die Weimarer Republik kennzeichnende „Gleichgewicht der Klassen“ zu seinen Gunsten vernichtet. 1945 war zwar die nationalsozialistische Terrorherrschaft zusammengebrochen, aber die gesellschaftlichen Bedingungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus waren damit keineswegs zerstört worden. Schumacher wurde deshalb von der Sorge, ja, der Furcht umgetrieben, daß sich ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen der Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht durch den Monopolkapitalismus wiederholen könnte. Die Allgegenwärtigkeit der Spuren und des Schattens des Nationalsozialismus war ein Thema, das der demokratische Antifaschist Schumacher wieder und wieder anschlug.

Nur die Symbiose zwischen Sozialismus und Demokratie und der Versuch, ihre gesellschaftliche Basis bis zu den Mittelschichten zu verbreitern, schien ihm die Garantie für eine andere Zukunft zu bieten. In fast beschwörender Weise hat er es — wahrscheinlich zuletzt wider anderes Wissen — den

Freunden und Gegnern eingehämmert: „Deutschland . . . ohne Sozialisierung all der Stellen, an denen große Kapitalien gesammelt werden können, ist unmöglich für die Zukunft“⁴¹. Diese Garantie zu schaffen, wies er der SPD als ihre historische Aufgabe zu; denn sie war die einzige politische Kraft in Deutschland gewesen, die unverrückbar an der Linie von Demokratie und Frieden festgehalten hatte. Während er nach außen dies überdeutlich und, wie es schien, unkritisch herausstrich, hat er nach innen die alten Fehler und Schwächen der Sozialdemokratie nicht verleugnet und wiederholt zum Anlaß harter Auseinandersetzungen gemacht.



Kurt Schumacher

Schumacher wollte zweifelsohne eine andere, eine bessere Republik als jene, die er 1949 als „autoritären Besitzverteidigungsstaat“ geißelte und die — gemessen an Frankreich, England und Italien — als die ökonomisch liberal-kapitalistischste und politisch konservativste Version aus dem Wiederaufbau der Demokratien in Westeuropa nach 1945 hervorging. Es stimmt: Schumachers Option für den Westen war nicht identisch mit der Bejahung des „west-

lichen Systems", sie war verbunden mit dem Entwurf einer demokratisch-sozialistischen Alternative. Daß er für sie bei den westlichen Besatzungsmächten keine Unterstützung fand, desillusionierte und erbitterte ihn, so daß er sich schon 1947 klarmachte: „Nun krankt Deutschland in Wahrheit an der verhinderten sozialen und politischen Revolution des Jahres 1945. Und diese Verhinderung beruht doch gewollt oder ungewollt auf der Tatsache der Besetzung.“⁵⁾

Hatte nun aber nicht gerade Schumachers granitener Antikommunismus schuld daran, wie oft behauptet wird, daß es 1945 kein antifaschistisches Aktionsbündnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gegeben hat und damit von vornherein keine Chance für einen gesamtdeutschen besonderen Weg zum Sozialismus? Ja, hatte nicht Schumachers fast hysterisch anmutender Antikommunismus die Teilung der SPD dadurch, daß er die SED-Gründung zu unterlaufen nicht einmal wenigstens versucht hat, billigend in Kauf genommen und damit schon die der Nation vorweggenommen? Gera de er, der sich doch als deutscher Patriot, darin allen anderen voran und legitimiert durch seine Lebens gleichung, betrachtete?

Auf diese viel diskutierten Fragen gibt es wider Erwarten durchaus einfache Antworten: Schumacher war kein traditioneller deutsch-nationaler Antikommunist, sondern ein entschiedener Antistalinist wie die meisten Linkssozialisten 1945 auch. Weder flexible Taktiken noch gar die Rechnung mit ideologischer Koexistenz hätten 1945/46 etwas gerettet, nur die Idee des demokratischen Sozialismus um ihre internationale Reputation gebracht. Es hat keine wirkliche Alternative zur „Zwangvereinigung“ gegeben; die Teilung der SPD war unvermeidbar⁶⁾. In diesem Schumacherschen Sinne „Antikommunist“ zu sein, dazu müßte sich auch heute noch „jeder ernsthafte Sozialdemokrat“ verstehen und von dieser Einstellung die Notwendigkeit von Kontakten und Gesprächen mit den Vertretern der „unfreien Länder ohne Arbeiterbewegung“, in Ost europa im Interesse der Friedenssicherung trennen können, „aber nur unter der Prämisse, daß es „keine ideologische Koexistenz“ gibt“⁷⁾.

Schumacher war auch kein nationaler Sozialist. Daß sich eine solche Einschätzung bisher halten konnte, könnte damit zusammenhängen, daß ganzen Generationen von Sozialdemokraten, die nach 1945 zur SPD gekommen waren, nationale Töne und erst recht ein nationales Pathos absolut fremd gewesen sind, ja abstoßend wirken mußten. Die Unbefangenheit Schumachers konnte kaum jemand, der die

deutsche Vergangenheit aufzuarbeiten sich bemühte, aufbringen. Die Schumacherschen Texte zeigen jedoch, daß er zwischen dem verwerflichen alten reaktionären Nationalismus und einem progressiven Patriotismus scharf trennte, daß es ihm um die selbstverständliche Behauptung nationaler Gleichberechtigung ging, eine Position, für die er sich übrigens auf Otto Bauer bezog. Inzwischen gibt es selbst unter denen, die sich zur Abstinenz von allem Nationalen entschlossen hatten, die Einsicht, daß es ein legitimes Bedürfnis nach nationaler Identität gibt. Dessen inhaltliche Bestimmung sollte man besser nicht einem kleinbürgerlichen Populismus in Deutschland-West und Deutschland-Ost überlassen. Vielmehr könnte Schumachers Position wieder an Aktualität gewinnen.

Es ist richtig beobachtet worden, daß Schumachers Anti-Stalinismus nicht parallel gelaufen ist mit einem Anti-Marxismus. Im Gegenteil: Schumacher hat darauf bestanden, daß die SPD Grund habe, sich dem Marxismus als Methode, nicht als Dogma oder Kathechismus, Propaganda oder Geheimlehre, zu bewahren. Dies ist bekannt, weniger bekannt mag sein, daß er seine Argumente dafür mit direkten Bezugnahmen auf Marxsche Texte wählte, neben Otto Bauer auch Lenin und Bucharin zu zitieren wußte und sich außer auf Lassalle auch gerne auf Jean Jaurès berief. Den Anspruch, ein Theoretiker zu sein, hat er nicht gestellt; als Organisator von Politik brauchte er aber theoretische Absicherungen, die manchmal freilich nicht mehr als Versatzstücke waren. Die Frage, ob Schumacher „ein Marxist“ gewesen ist, kann getrost verneint werden. Aber er stand in der alten Tradition sozialdemokratischer Reformpolitik, und deren Träger hatten immer viel Sensibilität dafür besessen, daß Reformarbeit ihre Massen bewegende Radikalität aus der säkularen Vision Marxscher oder Marx-adäquater Analysen bezog. Vielleicht ist es des Guten zuviel, Schumacher in eine Reihe mit Lukács zu stellen, aber ihre Ähnlichkeit resultiert aus der langen gemeinsamen Tradition der europäischen Arbeiterbewegung. Schumachers Katalog der Begründungen für den demokratischen Sozialismus mag auch noch aktueller Programmfindungsarbeit nützen: „Marxismus“, so schrieb er 1947, „ist eine unentbehrliche Methode im Kampf um die Befreiung der arbeitenden Menschen“⁸⁾.

Vielleicht bringt es auch aktuell Gewinn, sich mit Schumachers Politikverständnis auseinanderzusetzen: daß er kein Föderalist, kein Regionalist, aber auch kein Generalist gewesen ist, sondern ein umfassend orientierter und argumentierender Politiker,

der sich nicht scheute, auch den Trends entgegen immer wieder die Machtfrage zu stellen.

Es gibt also Anstöße genug, sich mit Kurt Schumacher zu befassen in einer Weise, die mehr ist als Erinnerung und Bemühen darum, für einen Toten, der sich nicht mehr wehren kann, Gerechtigkeit walten zu lassen. Schumacher stand am Anfang einer Epoche in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die ihre Wirkungsmächtigkeit noch nicht verloren hat; in dem Maße, in dem sie besteht, bleibt auch Schumacher aktuell.

Anmerkungen

- 1) Für die angedeuteten Positionen vgl. Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin/Bonn 1982; Theo Pirker, *Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964*, München 1965, 2. Aufl., Berlin 1977; Wolf-Dieter Narr, *CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart 1966; obwohl mit seinem dogmatisch-psychoanalytischen Ansatz enttäuschend, wird immer wieder noch auf das Buch von Lewis J. Edlinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten (Opladen 1967), zurückgegriffen. So auch von Klaus Sühl in seinem Beitrag: *Arbeiterbewegung, SPD und deutsche Einheit 1945/46*, in: Rolf Ebbighausen/Friedrich Tiemann (Hrsg.), *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?*, Opladen 1984; vgl. auch die Kennzeichnung der Position Schumachers bei Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.), *Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945*, Reinbek 1981; als Beispiel für flott von der historischen Realitätsanänderung abgehobene theoretische Spekulation (mit penetrant durchgehaltenem falschen Datum für Wennigsen): Oskar Negi/Alexander Kluge, *Geschichte und Eigensinn*, Frankfurt a. M. 1981, S. 1093–1128.
- 2) Ferenc Fehér/Agnès Heller, *Osteuropa unter dem Schatten eines neuen Rapallo*, in: *Prokla* 60, Sept. 1985, S. 48.
- 3) Die Einleitung ist auch als Separatdruck zu bekommen: Willy Albrecht, Kurt Schumacher. *Ein Leben für den demokratischen Sozialismus*, Bonn 1985.
- 4) Rede auf dem Gründungskongress des SDS am 4. 9. 1946, in: Albrecht (Hrsg.), *Reden*, S. 473 f.
- 5) Grundsatzreferat auf dem Nürnberger Parteitag der SPD am 29. 6. 1947, in: Albrecht (Hrsg.), *Reden*, S. 487.
- 6) So, auf jüngst historiographische Kontroversen eingehend, der Zeuge Willy Brandt im „Vorwärts“ vom 5. 10. 1985.
- 7) So die Auffassung des Zeitzeugen Richard Löwenthal, zitiert nach Jochen Lareck, *Grotewohl – Versager oder Verräter?*, in: „Vorwärts“ vom 14. 9. 1985.
- 8) Zeitungsartikel Mai 1947, in: Albrecht (Hrsg.), *Reden*, S. 973.

Hermann Glaser Kulturpolitische Notizen

Das ist der „Berliner Sumpf“: Vier Staatsanwälte und neunzehn Kriminalpolizisten ermitteln: es geht um versuchten Mord, Prostitution, Steuerhinterziehung, Brandstiftung, Versicherungsbetrug, Erpressung, dubiose Parteispenden und Korruption. So *DIE ZEIT* in einem umfangreichen Dossier über Einzelheiten der „moralischen Erneuerung“, wie sie ja in diesem unserem Lande von Skandal zu Skandal vorangetrieben wird. („Das ist nicht mehr Filz, das sind Mafiamethoden“, meint der Taxifahrer, der mich in Berlin an den Flughafen fährt.) Die Schulsektorin Hanna-Renate Laurien eilte dem angeschlagenen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen mit rhetorischen Gewaltakten zu Hilfe — damit ein hohes Maß von Unverfrorenheit bekundet. Die gleiche Hanna-Renate Laurien soll nun als neue Präsidentin des Deutschen Volkshochschulverbandes „durchgepakt“ werden. Die CDU/CSU will diese wichtige Position für sich vereinnahmen, obwohl der Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, der frühere Berliner Kultursektor Dr. Dieter Sauberzweig (vorher Beigeordneter für Schule und Kultur im „Deutschen Städtetag“ und als solcher ein hervorragender Verfechter der „neuen Kulturpolitik“) seit mehr als einem Jahrzehnt das Amt innehat und aufgrund seiner unparteiischen, kompetenten Amtsführung sich größter Zustimmung erfreut. Nun muß man hoffen, daß die liberalen und kritischen CDU-Kulturpolitiker, die Sauberzweigs Integrität und Qualität kennen, bei diesem Spiel nicht mitmachen, sondern den Verband vor einem Coup schlechter Gesittung bewahren. Hanna-Renate Laurien sollte ihre ganze überschüssige Kraft dafür einsetzen, daß der Berliner Sumpf „ausgetrocknet“ wird. Für die politische Bildungsarbeit an Berliner Schulen dürften die von CDU-Politikern zu verantwortenden Skandale interessante Fallstudien abgeben.

*

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat auf ihrer Arbeitstagung im Wildbad Kreuth einstimmig das bildungspolitische Positionspapier „Erfolg in der Schule — Freude an der Schule“ verabschiedet. Durch insgesamt 130 Maßnahmen soll der Schulalltag grundlegend verändert werden. Wer so naiv sein sollte, nun eine Schulreform zu erwarten, wird bitter enttäuscht sein. Das Positionspapier will

Eltern und Kindern die Wahl der richtigen Schularbeit erleichtern (was auf eine Stabilisierung des dreigliedrigen Schulwesens hinausläuft) und den Verfassungsgrundsatz „Ehrfurcht vor Gott“ (Art. 131 der Bayerischen Verfassung) mehr betonen. Zu diesem Zweck sind u. a. religiöse Orientierungstage und die Pflege von Schulgebet und Kirchenlied geplant. Der Klerikalismus, der ja in der bayerischen Hinterwelt eine lange und erfolgreiche Tradition hat, läßt grüßen. So ferne liegt die Zeit, da Alois Hundhammer die Konfessionsschule (gegen den dann freilich bald erlahmenden Widerstand der amerikanischen Militärregierung und liberaler deutscher Kräfte) durchsetzte, nun auch wiederum nicht!

*

Wende am Deutschlandfunk. Bernhard Wördehoff, „ein liberaler, überzeugungstreuer, freilich auch wenig umgänglicher Journalist“, muß gehen. Unter anderem auch als eine Folge der „Linie“ des Rundfunkrates, der durch die fortwährenden Interventionen der Regierungsparteien majorisiert ist. An den Sendungen mißfallen die „einseitig linksstatisch orientierten Inhalte“ und die „einseitig und polemisch gegen die christlich-liberale Koalition gerichtete Stimmungsmache“.

*

Wieder einmal Krach ums Hamburger Theater: das Defizit steigt, der erwartete Anstieg der Besucherzahlen läßt auf sich warten. Die Werbung, die vor allem den neuen Leiter Peter Zadek in den Mittelpunkt stellt und zudem geistige Trägheit provozieren will, wird von den spröden Hamburgern nicht so recht angenommen. Vielleicht will man — nachdem erst Niels-Peter Rudolph „ausgezahlt“ wurde — auch den amtierenden Intendanten bald wieder loswerden!

*

In London will man den GLC (Greater London Council) loswerden. Der Kampf zwischen der konservativen Regierung des Vereinigten Königreiches und der links orientierten Stadtverwaltung tobte seit Jahren. Nun hat die Premierministerin Thatcher ihn für sich entschieden. Die übergeordnete Verwaltungseinheit wird aufgelöst, die einzelnen „boroughs“ sind offensichtlich leichter zu disziplinieren als die zentrale Institution. Alle Bereiche der Kultur, vorzugsweise aber Theater und Orchester, haben vom GLC profitiert; die Subventionen werden nun wegfallen. „Dem Kulturleben Londons

(und dem der anderen großen Städte Großbritanniens) steht, soviel scheint sicher, eine Wende bevor, die Tony Banks, der beim GLC die Kunst betreut, so beschreibt: Die Kunst kehrt zurück in elitäre Gefilde.“ (Monika Zimmermann in der FAZ)

*

Der neue Schauspieldirektor in Essen, Hansgünther Heyme, will das dortige Theater erneuern. Zur Umschreibung seiner Ziele hat er einen Artikel von Herbert Ihering aus dem Jahre 1927 ausgegraben: „Früher triumphierte der Festspielgedanke... die Industrie- und Arbeiterstädte standen nicht in der Gunst des internationalen Publikums. Wenn man von Theaterstädten in Deutschland sprach, so redete man von München, Frankfurt... An die Industriestädte dachte niemand. Das beginnt nun anders zu werden.“ Sehr viel anders ist es wohl bis heute nicht geworden; die großen Häuser (vor allem Staatstheater) beherrschen den „Markt“; wenn sich das Intendantenkarussell dreht, hat das „normal“ subventionierte Stadttheater nur die Möglichkeit, staunend zuzusehen, wie üppig bei einigen „Großen“ das Geld zur kulturellen Imagepflege ausgegeben wird. Immerhin gut, daß dies nicht nur bei Fußballtrainern geschieht... (In Essen will Heyme übrigens erreichen, daß der dem Schauspiel zur Verfügung stehende rein künstlerische Etat von 3,5 Millionen Mark bis zur Spielzeit 1988/89 auf 5,25 Millionen Mark aufgestockt wird.)

*

Mit einem Hearing in Essen wurde das von Karl Richter, dem Leiter des Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit Nordrhein-Westfalen, entwickelte Diskurs-Projekt „Kultur '90“, an dem sich 28 Städte beteiligen, eröffnet. „Das Hearing wurde veranstaltet, um den gesellschaftlichen Zustand zu beschreiben, das heißt, von Atomphysikern, Philosophen, Wirtschaftswissenschaftlern bis hin zum Verwaltungswissenschaftler, zu hören, wie die 90er Jahre aussehen werden. Und wir haben von ihnen gehört, daß der Freiraum für kommunale Kulturangebote quantitativ größer und gleichzeitig intensiver zu bearbeiten sein wird, weil wir in zunehmendem Maße Arbeitszeitverkürzungen gegenüberstehen und auf der anderen Seite der durch nichts aufhaltbare Druck der Massenmedien eine zweite Forderung stellt. Wir müssen den qualifizierten Umgang mit neuen Technologien vermitteln; und drittens, wir müssen die Humanisierung der technischen und der philosophisch-geisteswissenschaftlichen Kultur

schließen. Wir müssen frühzeitig ein besseres Technikverständnis vermitteln, das den humanen Wert nicht aus den Augen verliert, den Technik haben muß, wenn sie uns nicht kaputtmachen soll.“ (K. Richter)

Die Regierung Kohl will die Frage „Was ist deutsch?“ offensichtlich vor allem dadurch beantworten, daß sie zwei Museen bauen und einrichten läßt: in Berlin ein „Deutsches Historisches Museum“ und in Bonn ein „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. „Die Unvernunft fing damit an, daß sich der Kanzler, sicherlich mit gutem Vorsatz, in die Idee verliebte, dem deutschen Volk zwei Geschichtshäuser zu schenken. Da er bei den Projekten von ihm nahestehenden oder seines Vertrauens würdigen Historikern im stillen Kämmerlein vorbereiten ließ, setzte er sich unnötig dem Verdacht aus, er wolle ein Geschichtsbewußtsein dekretieren“, so Karl-Heinz Janßen. Wer die Kohlsche Personalpolitik kennt (das Goethe-Institut war ja auch schon einmal das Ziel der polit-missionarischen Bemühungen des Kanzlers), wird bei dem Wort „unnötig“ seine Zweifel haben. Der Bochumer Historiker Hanns Mommsen durfte mit seiner Prophezeiung recht haben, daß das „Unternehmen Geschichte“ zu einer Investitionsruine der konservativen Tendenzwende zu geraten scheint — was die Inhalte betrifft: denn die lebendige Vielfalt der

republikanisch-regional-förderativen historischen Traditionen werden bei den Großprojekten wohl kaum die ihnen gebührende Aufmerksamkeit finden. Für „Geschichte von unten“ schlägt des Kanzlers Herz nicht.

*

Frankfurt macht Schule. Die Münchener CSU-Stadtratsfraktion hat nun den Intendanten der Münchener Kammerspiele gebeten, das Stück „Bauern sterben“ von Franz Xaver Kroetz abzusetzen. Handelt es sich in Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ um die Verletzung der Gefühle der jüdischen Mitbürger, „einer religiösen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland“, „so handelt es sich hier beim Kroetz-Stück um die Verletzung der Gefühle von Christen, der religiösen Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland, die sich lediglich nicht so lautstark artikuliert wie die jüdische Minderheit in Frankfurt“. Deshalb sei das Stück „das die Menschenwürde zahlreicher Bürger verletze, auf einer städtischen, von Steuermitteln unterhaltenen Bühne nicht tragbar“.

Man wird noch viele Stücke finden können, bei denen irgendeine „Menschenwürde“ sich verletzt fühlt. Wenn Zensur nicht stattfinden soll — und sie sollte nicht stattfinden —, wird man mehr als bislang Toleranz „einüben“ und Konflikte wie Verletzungen aushalten müssen.

Wolfgang Däubler

Neue Technologien und Recht

Ein Diskussionspapier des August-Bebel-Kreises

„Der August-Bebel-Kreis versteht sich als eine Gruppe Intellektueller aus der Bundesrepublik Deutschland, die auf der Grundlage einer demokratischen und sozialistischen Option sich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in kritischer Solidarität verbunden wissen“, heißt es in der Grundsatzklärung des im April 1984 gegründeten August-Bebel-Kreises. Er veröffentlichte bereits Diskussionspapiere zu dem Thema „Wirtschaft und Staat“ sowie „Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD“ (NG/FH 9/85). — Dr. Wolfgang Däubler, Jahrgang 1939, ist Professor am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Bremen, Lehrbeauftragter an der Akademie der Arbeit, Frankfurt und der Sozialen Akademie Dortmund.

I. Das liberale Gesellschaftsmodell als Grundlage des geltenden Rechts

Für das bürgerliche Recht ist der Mensch lediglich ein Rechtssubjekt, ein Träger von Rechten und Pflichten. In welcher konkreten Situation er sich befindet, ist grundsätzlich ohne Bedeutung: Ob er informiert oder unwissend ist, ob er auf eine bestimmte Leistung angewiesen ist oder nicht — dies sind Fragen, die die Rechtsordnung prinzipiell nicht interessieren. Ähnlich verhält es sich bei der Schaffung von Risiken für andere: Der allgemeinen Handlungsfreiheit ist nur insoweit eine Grenze gesetzt, als „die im Verkehr erforderliche Sorgfalt“ beachtet werden muß. Wer dies nicht tut und fahrlässig handelt, hat den dadurch verursachten Schaden zu ersetzen — in allen anderen Fällen hat der Geschädigte das Nachsehen.

Der Staat beschränkt sich darauf, die Einhaltung dieser Spielregeln zu überwachen. Wenn eine unmittelbare Gefahr für Rechtsgüter wie Leben, Gesundheit und Eigentum entsteht, kann er eingreifen, um einen solchen „polizeiwidrigen Zustand“ zu beseitigen.

Was folgt daraus für neue Technologien? Welche rechtlichen Schranken sind bei ihrer Entwicklung zu beachten? Die Antwort ist im Grunde einfach:

Neue Maschinen zu konstruieren oder ein Informationssystem aufzubauen, ist Teil der allgemeinen Handlungsfreiheit und deshalb nur ausnahmsweise rechtlichen Reglementierungen unterworfen. Um es am Beispiel zu verdeutlichen: Solange keine Sonderregeln existieren, werden die Vorschriften über das Zustandekommen von Verträgen nach den §§ 145 ff. BGB auch dann angewandt, wenn per Btx bestellt wird, selbst wenn die Manipulationsgefahr sehr viel größer als bei schriftlichen oder mündlichen Erklärungen ist. Wird — um ein viel diskutiertes Problem aus der Gen-Technologie aufzugreifen — mit befruchteten menschlichen Eizellen im Reagenzglas experimentiert, stellt sich auch hier nur die Frage, inwieweit dies in Zukunft auf bestimmte Zwecke beschränkt oder gar verboten werden soll. Das Recht hat unter diesen Umständen von vornherein keine Chance, den „Wettlauf mit der Technik“ zu gewinnen. Dies gilt um so mehr, als sich negative Auswirkungen in der Regel erst nach einiger Zeit bemerkbar machen.

II. Die Behandlung technisch-naturwissenschaftlicher Risiken durch das Recht

Das hier skizzierte Modell ist nie in Reinkultur verwirklicht worden. Die Rechtsordnung des bürgerlichen Staates hat sich in der Praxis zu keinem Zeitpunkt darauf beschränkt, die durch die Industrialisierung geschaffenen Gefahren immer erst dann zu bekämpfen, wenn die Verletzung von Leben, Gesundheit und Eigentum unmittelbar bevorstand. Man ist vielmehr den Weg von Sonderregelungen gegangen — einzelne, besonders gefährliche Technologien hat man reglementiert, während es im übrigen bei der allgemeinen Regel — der Handlungsfreiheit — blieb.

Der erste Schritt war die Einführung einer Gefährdungshaftung, bei der es nur noch auf die Schaffung der Gefahr und den dadurch verursachten Schaden, nicht mehr auf das Verschulden ankam. Den Anfang bildete das Reichshaftpflichtgesetz von 1871, das dieses neue Prinzip insbesondere auf die Eisenbahn erstreckte. 1909 folgte das Kraftfahrzeuggesetz, in der Weimarer Zeit wurde der Luftverkehr einbezogen, die jüngere Entwicklung kennt eine Gefährdungshaftung namentlich bei Arzneimitteln und beim Betrieb kerntechnischer Anlagen. Dies alles sind freilich Sondernormen mit beschränktem Anwendungsbereich; ein allgemeines Prinzip ist daraus nie abgeleitet worden. Wesentlich ist allerdings die vom BGH in recht freier Rechtschöpfung entwickelte Umkehr der Beweislast bei der sog. Produzentenhaftung: Wer ein fehlerhaftes

Produkt herstellt und in den Verkehr bringt, haftet jedem dadurch Geschädigten auf vollen Schadensersatz, es sei denn, er könne belegen, daß weder ihn noch seine Mitarbeiter irgendein Verschulden treffe. Nach allgemeinen Grundsätzen wäre es Sache des Geschädigten gewesen, das Verschulden des Herstellers zu beweisen.

Die Ausdehnung der Haftung führte zwangsläufig dazu, daß viele der neuen Risiken durch Abschluß von Versicherungsverträgen „vergesellschaftet“ wurden. Für Arbeitsunfälle wurde schon im vergangenen Jahrhundert eine Sonderregelung geschaffen.

Der Schritt zur unmittelbaren Schadensvorsorge durch Reglementierung der Technik selbst wurde nur zögernd getan — obwohl die Haftung immer dann versagt, wenn sich die Kausalität zwischen gefährlichem Tun und Schaden nicht beweisen läßt. Der Streit um die zivilrechtlichen Folgen des Waldsterbens zeigt dies zur Genüge. Die Rechtsprechung entwickelte Verkehrssicherungspflichten, die allerdings vorwiegend am Umgang von Menschen mit Produktionsmitteln, insbesondere an der Art und Weise der Organisation ansetzen. Auch die Unfallverhütungsvorschriften und andere Normen des Arbeitsschutzes griffen lange Zeit nicht in die Eigen-dynamik der technischen Entwicklung ein, sondern begnügten sich im wesentlichen damit, auf die entstehenden Gefahren mit Verhaltensregeln für die betroffenen Personen zu reagieren. Nicht die Maschine, sondern der Mensch hatte sich — überspitzt formuliert — im Konfliktfall zu ändern. Seit dem Gerätesicherheitsgesetz von 1968 dürfen „technische Arbeitsmittel“ nur dann in den Verkehr gebracht werden, „wenn sie nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik... so beschaffen sind, daß Benutzer oder Dritte bei ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung gegen Gefahren aller Art für Leben oder Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Art der bestimmungsgemäßen Verwendung gestattet.“ Damit ist eine allgemeine Pflicht statuiert, doch fehlt es an einem Verfahren, das ihre Einhaltung sicherstellen würde. Anders ist es bei den sog. überwachungsbedürftigen Anlagen nach § 24 GewO (z. B. Dampfkessel) sowie bei den umweltrelevanten Anlagen nach § 4 BImSchG. Genehmigungsbedürftig sind danach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen, „die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder ihres Betriebes in besonderem Maße geeignet sind, schädliche Umwelteinwirkungen hervorzurufen oder in anderer Weise die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft zu gefährden, erheblich zu benachteiligen oder erheblich zu belästigen“.

Trotz der allgemeinen Formulierung wurde aller-

dings das Enumerationsprinzip beibehalten: Nur solche Anlagen, die in die einschlägige Rechtsverordnung der Bundesregierung aufgenommen sind, bedürfen einer Genehmigung. Hinzu kommt, daß die Genehmigung erteilt werden muß, wenn im Einzelfall die Voraussetzungen der in Frage stehenden Verordnungen erfüllt sind.

Die eigentliche Frage eines solchen „Rechts der Schadensprävention“ betrifft die Bezuggröße: Wer bestimmt die „allgemein anerkannten Regeln der Technik“ oder den „Stand von Wissenschaft und Technik“ im Atomrecht, dessen Erfüllung dort ebenfalls Genehmigungsvoraussetzung ist? Dies kann die jeweilige Fachöffentlichkeit sein, aber auch eine private Institution wie das Deutsche Institut für Normung (DIN) oder der „Verband deutscher Elektrotechniker“ (VdE). So entscheidet etwa über die höchstzulässige Konzentration von Schadstoffen am Arbeitsplatz eine Kommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Dieser kurorische Überblick macht bereits deutlich, daß es im Grunde immer nur darum geht, bestimmte Folgen einer Technologie zu begrenzen oder auszuschließen, nicht aber diese selbst nach politisch diskutierten Kriterien zur Disposition zu stellen. Selbst dort, wo für die Entwicklung oder Anwendung neuer Verfahren eine staatliche Genehmigung verlangt wird, ist für ein Ja oder Nein letztlich das Wort von Experten maßgebend. Die Beschränkung im Grundsätzlichen ist allerdings weniger einer imaginären „Eigengesetzlichkeit der Technik“ als der Unternehmerfreiheit geschuldet. Die Entwicklung bestimmter Technologien zu verbieten oder andere vorzuschreiben, kommt staatlicher Investitionskontrolle gleich. Man muß dies im Auge behalten, wenn man Alternativen zum Status quo fordert; es geht nicht nur um einen anderen Einsatz des Sachverstands von Ingenieuren, sondern um die Beschränkung wirtschaftlicher Macht. Dabei kann sowohl eine Umorientierung des vorhandenen Lenkungsinstrumentariums wie auch die Entwicklung neuer Gestaltungsformen erforderlich sein.

Entscheidet man sich für eine staatliche Technologiekontrolle, so muß man die Kriterien festlegen, nach denen sich die Zulassung des Neuen bestimmt. Drei Dinge sind hierbei besonders zu berücksichtigen:

1. Bei allen gefährlichen, Leben und Gesundheit einer Vielzahl von Mitbürgern betreffenden Technologien muß die Grundsatzentscheidung über das hinzunehmende „Restrisiko“ vom Gesetzgeber getroffen werden. Die im Atomrecht entwickelten

Grundsätze, wonach der höchstmögliche Schutz geboten ist, muß generell beachtet werden. Dies gilt auch für die wichtige Aussage des Bundesverfassungsgerichts, das technisch Machbare könne keine Grenze der Schadensprävention darstellen; die Folge ist gegebenenfalls eben der Verzicht auf die Technologie.

2. Über konkrete technische Schutzmaßnahmen kann nicht der Gesetzgeber entscheiden. Dies ist eine Frage von Experten, die man nicht als solche hinwegdiskutieren oder gar abschaffen kann. Das eigentliche Problem liegt nicht in der Existenz einer Expertokratie, sondern in der Zusammensetzung der maßgebenden Gremien. An die Stelle der nicht selten durch wirtschaftliche Interessen geleiteten Kooperation sollte eine demokratische Wahl durch die Betroffenen und/oder ihre Vertretungskörperschaften treten. Dabei ist auf das höhere oder geringere Maß von Betroffenheit Rücksicht zu nehmen.

3. Über neue Technologien kann nicht losgelöst von wirtschaftlichen Implikationen entschieden werden. Die über Förderungsanträge oder Genehmigungen befindende Instanz muß im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten eine gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung erstellen — andernfalls bleibt die Auseinandersetzung irrational.

Gelingt es nicht, das hier skizzierte Modell einer „Technologiesteuerung“ durchzusetzen, wird man weiterhin auf die Vornahme sozialer Korrekturen beschränkt sein. Auch dann muß man freilich nicht alles beim alten lassen: Die Demokratisierung der Expertengremien ist auch unter solchen Bedingungen sinnvoll.

III. Behandlung sozialer Risiken — am Beispiel der Informationstechnologien

Die rechtliche Regulierung technisch-naturwissenschaftlicher Risiken war und ist im Grunde nichts anderes als eine sich über 150 Jahre erstreckende Reaktion auf den Industrialisierungsprozeß. Die Ersetzung der körperlichen Arbeit durch die Maschine hat — wie deutlich wurde — nur zu einer selektiven und mit großer Zeitverzögerung eintretenden Risikosteuerung geführt. Die Erwartungen können also von vornherein nicht übermäßig hoch sein, wenn man die Frage stellt, auf welche rechtlichen Schranken Informationstechnologien, d. h. die Ersetzung der geistigen Arbeit durch den Computer stoßen.

Die Gefahr dieser Technologien liegt auf der Ebene zwischenmenschlicher Kommunikation. Seit Orwells „1984“ nimmt die breite Öffentlichkeit das Risiko der Totalerfassung wahr. Vergleichsweise

weniger Aufmerksamkeit hat die Frage erfahren, inwieweit die Kommunikation per Bildschirm zu einer drastischen Verarmung des Lebens führt, inwieweit sie menschliche Beziehungen gewissermaßen auf einen binären Code reduziert und aus der realen eine Scheinwelt macht. Schließlich geht es darum, daß Dequalifikation und „Freisetzung“ ein Ausmaß annehmen, das die Ergebnisse früherer Rationalisierungsschübe bei weitem in den Schatten stellt.

1. Rechtliche Bewältigung der „Totalerfassung“?

Der Computer ist als solcher „zweckneutral“: Ob er zur Steuerung von Maschinen oder zur Registrierung der Mitglieder einer Oppositionspartei verwendet wird, macht einen fundamentalen Unterschied. Je weiter überdies die „Vernetzung“ einzelner Informationssysteme voranschreitet, um so weniger läßt sich die Funktion allein nach der Beschaffenheit des Geräts beurteilen. Rechtliche Grenzen werden unter diesen Umständen erst bei einem bestimmten Einsatz, nämlich der Verarbeitung personenbezogener Daten, relevant.

Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) bietet nur einen bescheidenen Schutz; Generalklauseln von bemerkenswerter Unbestimmtheit sind sein dominierendes Element. Behörden dürfen nach § 9 BDSG personenbezogene Daten speichern und verändern, wenn dies „zur rechtmäßigen Erfüllung“ ihrer Aufgaben „erforderlich“ ist. Private müssen sich nach § 23 BDSG auf die „Zweckbestimmung eines Vertragsverhältnisses oder vertragsähnlichen Vertrauensverhältnisses“ oder auf die „Wahrung berechtigter Interessen“ berufen können. Wann diese Voraussetzungen gegeben sind, läßt sich sehr unterschiedlich beurteilen; entscheidend kommt es daher auf die Definitionsmacht an. Diese liegt beim Datenverarbeiter, d. h. typischerweise beim wirtschaftlich Stärkeren. Schließlich hat das Datenschutzrecht insofern eine für unsere Rechtsordnung durchaus typische Lücke, als die Einwilligung des Betroffenen nach § 3 Satz 1 Ziffer 2 BDSG jede Datenverarbeitung rechtfertigt. Ähnlich wie im Arbeitsvertrags- und im Verbraucherrecht wird man daher auf den mühevollen Weg gezwungen, die „echte“, in freier Selbstbestimmung abgegebene Einwilligung von der durch die Umstände erzwungenen abzugrenzen und letzterer in Korrektur des Gesetzeswortlauts die rechtfertigende Wirkung zu nehmen.

Effektiveren Persönlichkeitsschutz verspricht — allerdings nur im betrieblichen Bereich — die Vorschrift des § 87 Abs. 1 Ziffer 6 BetrVG. Sie räumt dem Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht ein,

wenn mit Hilfe der EDV Daten über einzelne Beschäftigte erfaßt oder manuell ermittelte Daten mit Hilfe der EDV ausgewertet werden. Damit ist den Personalabteilungen das ausschließliche Verfügungsrecht darüber genommen, welche Datenerfassung und Datenverarbeitung sie als vom „Zweck des Arbeitsverhältnisses“ gedeckt ansehen wollen. Ein problembewußter Betriebsrat wird hier vieles erreichen können, doch wird es auch ihm schwerfallen, dem Arbeitgeber Ermittlungen über das Arbeitsverhalten seiner Beschäftigten völlig abzuschneiden. Erst recht kann umfassende Kontrolle dort installiert werden, wo ein Betriebsrat fehlt oder wo er wenig Sensibilität entwickelt.

Hoffnungen richten sich unter diesen Umständen auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, konkret: auf die praktische Umsetzung der im Volkszählungsurteil enthaltenen Direktiven. Das aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG folgende Recht auf informationelle Selbstbestimmung gibt dem einzelnen die Befugnis, über sein Erscheinungsbild in der „elektronischen Welt“ selbst zu entscheiden. Datenverarbeitung gegen seinen Willen ist nur zu eng begrenzten Zwecken und nur im Rahmen des Erforderlichen zulässig. Daraus folgen mindestens 4 Dinge:

▷ Zum einen muß der Gesetzgeber handeln. Er muß den Verwendungszweck erhobener Daten „bereichsspezifisch und präzise“ (BVerfG) bestimmen. Nicht anders als bei überkommenen riskanten Technologien ist es seine Aufgabe, über die Hinnehmbarkeit eines Risikos zu entscheiden. Daß dabei eine Risikominimierung geboten ist, wird nicht zuletzt daran deutlich, daß eine Löschung oder Anonymisierung von Daten erfolgen muß, sobald sie auch ohne fortbestehenden Personenbezug noch ihre Funktion erfüllen können.

▷ Zum zweiten muß dafür gesorgt werden, daß in asymmetrischen Machtbeziehungen wie insbesondere im Arbeitsverhältnis ein vergleichbares Maß an Datenschutz realisiert wird wie gegenüber der öffentlichen Verwaltung. Das bedeutet, daß beispielsweise auch Arbeitgeber nicht unter Berufung auf den Pauschalzweck „Arbeitsverhältnis“ alles damit Zusammenhängende speichern dürfen; man muß vielmehr nach einzelnen konkreten Aufgaben wie Lohnabrechnung, Gesundheitsvorsorge usw. differenzieren und eine Speicherung auf Vorrat sowie eine Verknüpfung mit „zweckfremden“ Daten ausschließen. Auch darf die Einwilligung des Arbeitnehmers keinerlei Bedeutung haben.

▷ Zum dritten müssen die gesetzlichen Normen durch Sicherheitsregeln präzisiert werden. Nicht

anders als bei überkommenen Technologien besteht auch hier die Gefahr, daß die gesetzlichen Vorgaben zu unbestimmt bleiben, ja wegen der Schnelligkeit der Entwicklung sogar bleiben müssen. Welche Versichertendaten dürfen etwa bei einer Krankenkasse wie lange gespeichert werden?

▷ Zum vierten muß die tatsächliche Beachtung datenschutzrechtlicher Normen sichergestellt werden. Wer personenbezogene Daten speichert, kann sich genausowenig über eine überraschende polizeiliche Kontrolle beklagen wie der Autofahrer, dessen „gefährliches Werkzeug“ des Abends von der Polizei inspiziert wird. Schließlich sollte man sich auch hier daran erinnern, daß Haftung dort Verhalten steuern kann, wo Entscheidungsspielräume bestehen: Warum sollte den Inhaber einer Datenbank nicht eine Gefährdungshaftung treffen, wenn die unzulässige Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem Vermögensschaden oder zu immateriellen Einbußen bei einzelnen Mitbürgern führt?

2. Rechtliche Bewältigung der Gefahren elektronisch vermittelter Lebensformen?

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung fügt sich im Grunde ohne allzu große Verwerfungen in das überkommene Rechtssystem ein – die Autonomie des Individuums wird ein Stück weitergedacht, der einzelne nicht nur als Herr seiner Sachen und seines Bankkontos, sondern auch seines Erscheinungsbildes in der Umwelt konzipiert. Sehr viel schwieriger vorzustellen sind rechtliche Strukturen, durch die die Sinnentleerung zwischenmenschlicher Kommunikation verhindert werden soll. Grenze jeder Reglementierung ist der billige Grundsatz, niemandem seine Lebensform vorzuschreiben. Ein rechtlicher „Regelungsbedarf“ besteht daher von vornherein nur in der Richtung, soziale Zwänge zugunsten einer elektronisch vermittelten Kommunikation auszuschließen. Die „Informationsgesellschaft“ muß ein „Angebot“ bleiben, das man in Anspruch nehmen, auf das man aber auch verzichten kann, ohne zu einer benachteiligten Randgruppe zu gehören.

3. Rechtliche Bewältigung von Arbeitsmangel und Dequalifikation

Das soziale Risiko „Arbeitslosigkeit“ und „Dequalifikation“ ist anders als die eben beschriebenen kein neuartiges Phänomen. Die weitestgehende Antwort auf diese Herausforderung liegt in der Realisierung eines Rechts auf Arbeit. Erst wenn sichergestellt ist, daß die durch neue Technologien überflüssig gemachten Arbeitskräfte oder Fähigkeiten

an anderer Stelle eingesetzt werden, wäre die neue Technologie für die Anwendung frei. Im Grunde liegt hier dieselbe Art Entscheidung wie bei der Zulassung oder Blockierung gefährlicher Technologien im traditionellen Sinne vor: Es geht um Investitionskontrolle, die dem Bürger allerdings bislang einleuchtender erscheint, wenn es um das Risiko radioaktiver Verseuchung als wenn es um das Risiko der Massenarbeitslosigkeit geht. Auch wären genau wie im anderen Fall die volkswirtschaftlichen Kosten zu ermitteln: Adäquate Arbeitsplätze für alle Arbeitswilligen werden nur um den Preis eines langsameren technischen Wandels und eines weniger schnellen Anstiegs der Produktivität möglich sein.

Will man den Schritt zur Investitionskontrolle nicht tun oder sieht man die Voraussetzungen hierfür als unerreichbar an, muß man sich mit einigen Korrekturen im bisherigen Rahmen begnügen. Dies bedeutet vor allem eine Politik der Arbeitszeitverkürzung seitens staatlicher Instanzen wie der sozialen Gegenspieler. Darüber hinaus muß die autonome Interessenvertretung durch Betriebsräte und Gewerkschaften gestärkt werden: Anders als es die aktuelle Mehrheit tut, muß der Ausbreitung betrieblicher „Randgruppen“ wie befristet Beschäftigter, Leiharbeitnehmer, Heimarbeiter usw. entgegengewirkt werden. Auch sollte man mehr darüber nachdenken, ob nicht staatliche Aufträge und Subventionen als Mittel genutzt werden könnten, um mehr arbeitsrechtlichen Schutz in den Betrieben zu erreichen. In den USA hat man mit dieser Form von „Politisierung“ des Arbeitsverhältnisses, insbesondere bei der Gleichstellung von Frauen und rassischen Minderheiten, sehr positive Erfahrungen gemacht — warum sollte Vergleichbares bei uns nicht möglich sein?

Über die neuen Technologien wird nicht allein im Betrieb entschieden. Dies läßt sich auch als Chance begreifen: Betroffen ist die ganze Bevölkerung einschließlich ihrer privilegierten und mit Einfluß versehenen Teile. Rechtliche Gestaltung kann sich auf die Interessen aller stützen. Dies ist kein schlechter Ausgangspunkt, wenn es darum geht, eine allein an einzelwirtschaftlicher Rentabilität orientierte Einführung neuer Technologien am Maßstab der Sozialverträglichkeit zu überprüfen und Korrekturen durchzusetzen. Wieviel das Engagement der Bürger hier vermag, hat die Auseinandersetzung um das Volkszählungsgesetz gezeigt.

Jochen Struwe Staat und Wirtschaft in der bürgerlich- kapitalistischen Gesellschaft Historische Anmerkungen aus Ökonomischer Sicht

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Jochen Struwe, geb. 1956, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Finanzwissenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt und Lehrbeauftragter an der TH Darmstadt / VFH Darmstadt sowie Gastdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung.

In einem Interview mit dem „Spiegel“ (vom 26. 11. 1984) entgegnete die niedersächsische CDU-Wirtschaftsministerin Birgit Breuel auf die Bemerkung der Redakteure, der frühere Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose habe „vor einigen Jahren gesagt, der Staat sei inzwischen ein Reparaturbetrieb des Kapitalismus“: „Ich habe nie bestritten, daß es so ist.“ Frau Breuel, fest im bürgerlichen Lager stehend und über jeden Verdacht erhaben, mit neomarxistischem Gedankengut infiziert zu sein, rührte damit an ein Thema, das — latent immer in der Diskussion — zur Zeit an Aktualität gewinnt.

So darf man gespannt sein, welche Weiterungen der Sieg des SPD-Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine in der Landtagswahl vom 10. März 1985 für die saarländische Montanindustrie mit sich bringen wird. Lafontaine redet zwar nicht einer pauschalen Verstaatlichung der Wirtschaft das Wort, scheint aber einer „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ nicht abgeneigt zu sein (Der andere Fortschritt — Verantwortung statt Verweigerung, Hamburg 1985, S. 166). Diese etwas nebulöse Unterscheidung wird von einem Fazit, das als repräsentativ für eine herrschende Skepsis gegenüber der Wirtschaftsordnung gelten kann, gestützt: „Das wirtschaftliche Privateigentum [...] behindert auf allen Ebenen des Produktionsprozesses [...] die Entwicklung einer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit in der Arbeit“ (ebenda, S. 160). Die konservativ-liberale Bundesregierung, vertreten durch ihren Wirtschaftsminister Martin Bangemann, hat schon im Vorfeld allen

diesbezüglichen Plänen ihren energischen und grundsätzlichen Widerstand angekündigt.

Die Rolle des Staates in einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung steht damit abermals auf der Tagesordnung polit-ökonomischer Diskussion. Im folgenden soll — gleichsam als einleitender Ausschnitt aus dieser Diskussion — nach den historischen Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft unter dem Blickwinkel: „Der Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus?“ gefragt werden.

Staatsmacht und Eigentum

Am Anfang dieser traditionsreichen „Vernunftlehre“ stand die Beziehung zwischen Staat und Eigentum. Bereits Thomas Hobbes — der „erste konsequente Denker der bürgerlichen Gesellschaft“, wie ihn Wilfried Röhricht zu Recht charakterisierte — bezeichnete die „Einführung des *Eigentums* [als] eine Auswirkung des Staates“ (Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates [1651], Frankfurt am Main 1984, Kap. 24, S. 191). Ohne souveräne Gewalt gibt es — nach Hobbes — kein Eigentum, das neben anderen Faktoren wie der privatrechtlichen Vertragsfreiheit, einem funktionierenden Geldumlauf oder einem „spezifisch bürgerlichen Berufsethos“ (Max Weber) zu einem konstitutiven Merkmal der heutigen marktwirtschaftlichen Systeme wurde. „Die Besitzer von nennenswerten Vermögen brauchen einen souverän regierten Staat, der das Recht auf Eigentum sanktioniert (und gewährleistet)“, so die Zusammenfassung von Hobbes durch Crawford B. Macpherson.

War bei Hobbes der Souverän noch Inhaber der höchsten, unumschränkten Gewalt, beschränkte John Locke, wohl *der Apologet des Besitzindividualismus*, den Staat auf das Recht, das Eigentum seiner Bürger zu schützen und Eigentumsverletzungen zu bestrafen. Lockes rationalistische Naturrechtslehre legitimiert nicht nur — wie die Hobbesche — die bürgerlich-privatwirtschaftliche Konkurrenzgesellschaft, sondern auch die in neuer Schichtung entstehende Klassengesellschaft. Im Gegensatz zu Hobbes Auffassung kann bei Locke „die höchste Gewalt keinem Menschen einen Teil seines *Eigentums* ohne seine eigene Zustimmung wegnehmen.“ (Zwei Abhandlungen über die Regierung [1690], Frankfurt am Main 1977, Teil II, Kap. II, § 138). Der Schutz des Eigentums rangiert im Einzelfall vor dem Leben eines Menschen; „alle Regierung (wird) unter der Bedingung und mit dem Zweck anvertraut, um den Menschen ihr Eigentum zu bewahren und zu sichern.“ (Ebenda, § 139) Ein

Soldat darf „für den kleinsten Ungehorsam“ mit dem Tod bestraft werden, aber sein Eigentum bleibt unverletzlich.

Thomas Hobbes und insbesondere John Locke bereiteten den geistigen Boden für Gesellschaftsauffassungen wie die Jeremy Benthams, der von einem hedonistisch-utilitaristischen Menschenbild ausging und bei dem der Staat, wenn überhaupt, nur eine meist „störende“ Rolle spielt. Bentham komprimierte seine Forderung an den Staat in zwei Worte: „Be quiet“. Adam Smith — immer wieder unscharf als Stammvater der Nationalökonomie apostrophiert, dabei als Moralphilosoph ungleich bedeutender — stand dem Utilitarismus mit einer „gewissen kritischen Kühle“ gegenüber, wie Joseph A. Schumpeter bemerkte. Zu weiterer Verbreitung verhalf Smith nach 1776 dem schon älteren *Laissez-faire*-Gedanken (Marquis d'Argenson 1694—1757: „Laissez faire, Laissez passer, le monde va de lui-même!“) in dessen „vulgärökonomischer“ (post-Smithschen) Variante der Staat die Rolle des Nachtwächterstaats spielt. Seine Ansicht über das Instrumentalisierungsverhalten zwischen Staat und Wirtschaft ist in diesem Zusammenhang zitierenswert: „Wo auch immer der Gesetzgeber versucht, Konflikte zwischen Meister oder Dienstherrn und Arbeiter zu regeln, sind die Arbeiter stets seine Berater. Ist daher eine Regelung für die Arbeiter günstig, ist sie stets gerecht und billig, begünstigt sie die Meister, ist das zuweilen nicht der Fall... — „Mit vollem Recht wird die Strenge vieler Gesetze beklagt, die zur Sicherung der Staatseinnahmen erlassen worden sind [...]. Aber ich wage zu behaupten, daß die grausamsten unserer Steuergesetze noch milde und menschlich im Vergleich zu einzelnen Gesetzen sind, die unsere Kaufleute und Fabrikanten durch lautes Klagen bei der Legislative durchgesetzt haben [...]. Wie von den Gesetzen Drakons, so mag man auch von ihnen sagen, sie seien alle mit Blut geschrieben.“ (Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen [1776], München 1982, S. 123 f. u. 546 f.)

Der polit-ökonomische *Spiritus rector* des viktorianischen England, John Stuart Mill, ebenfalls ein Protagonist des *Laissez-faire*-Gedankens, nennt ebenso wie A. Smith Ausnahmen, die den Staat zu aktivem Handeln verpflichten, so beispielsweise eine allgemeine Schulpflicht oder die staatliche Überwachung und Verkürzung der Arbeitszeit. Mill geht sogar so weit festzustellen, daß es in vielen Fällen keinen Unterschied mache, ob ein Unternehmen vom privat bestellten Management oder von Staatsbeamten geführt werde.

Gegenläufige Entwicklung auf dem Kontinent

Die Forderungen des ökonomischen Liberalismus an das Verhältnis zwischen Staat und Steuerbürger kulminierten in drei unterschiedlich manu- cierten Programmsätzen. Den ersten prägte der englische Bankier David Ricardo: „Besteuerung in jeder Form ist nichts weiter als eine Wahl von Übeln.“ Der französische Literat, Staatsbeamte, Unternehmer und Ökonom Jean Baptiste Say postulierte: „Der beste Haushaltsplan ist der kleinste, die beste Steuer ist die niedrigste.“ Und der amerikanische Administrator Francis A. Walker stellte 1883 — bezogen auf die Verteilungsneutralität der Besteuerung — an den Staat gewandt die in der Finanzwissenschaft berühmt gewordene „Edinburgher Regel“ auf: „Leave them as you find them“.

Während sich in England in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts der — möglichst staatsfreie — (Manchester-)Liberalismus gleichsam „von unten her“ durchsetzte, verlief auf dem Kontinent, insbesondere in Preußen/Deutschland, die Entwicklung gegenläufig: Hier war die „freie Wirtschaft“ eine Erfindung des Staates, wie Thomas Stamm zu Recht erkannte. Preußische Beamte wie Karl August von Hardenberg, Wilhelm von Humboldt, Ludwig Friedrich von Bülow und Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein verhalfen der Idee des politisch-wirtschaftlichen Liberalismus zum Durchbruch: Der Beamte galt „als Treuhänder der Wirtschaft“. Wilhelm von Humboldt bestimmte — repräsentativ für die damalige Auffassung innerhalb der öffentlichen Verwaltung — die Grenzen der Staatstätigkeit: „Der Staat enthalte sich aller Sorgfalt für den positiven Wohlstand der Bürger und gehe keinen Schritt weiter, als zu ihrer Sicherstellung gegen sich selbst und gegen auswärtige Feinde notwendig ist: zu keinem anderen Endzwecke beschränke er ihre Freiheit.“ (Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen, Werke Bd. I [1851], Darmstadt 1960, S. 129)

Zieht man — um die Mitte des 19. Jahrhunderts, zur Zeit des Hochkapitalismus — ein Zwischenre- sümé, so ist, zumindest für Kontinentaleuropa, festzuhalten, daß „der Staat“ bis dahin *eine*, wenn nicht *die* treibende Kraft der ökonomischen Entwicklung war. Er sorgte dafür, daß die Rechtsordnung mit der zugehörigen Exekutivgewalt den privatwirtschaftlichen Verwertungsbedingungen nicht nur entgegenkam, sondern diese häufig genug antizipierte. Der Staat war bis zu dieser Zeit „Reparaturbetrieb“ nur in dem ganz bestimmten Sinn, daß er Autorität und Machtmittel bereithielt, die im Fall des Falles her-

angezogen werden konnten, die Löhne zu senken, die Arbeitszeit zu verlängern, die Arbeits-,willigkeit“ zu erhöhen usw.

Dies änderte sich mit zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Die sozialen Probleme im Zuge des industriellen „take-off“ führten zu einer Haltung des Staates, wie sie deutlich die berühmte „Ersten Kaiserlichen Botschaft zur sozialen Frage“ vom 17. November 1881 (Verhandlungen des Reichstags, 5. Legislaturperiode, I. Session 1881/1882, Bd. 1, S. 1 ff.) zum Ausdruck bringt, nämlich „daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression socialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohl der Arbeiter zu suchen sein werde.“ Reichskanzler Otto von Bismarck sagte in seiner Reichstagsrede vom 15. März 1884: „Bei Einbringung des Socialistengesetzes hat die Regierung [...] Versprechungen gegeben dahin, daß als Corollar dieses Socialistengesetzes die ernsthafte Bemühung für eine Besserung des Schicksals der Arbeiter Hand in Hand mit demselben gehen sollte. Das ist meines Erachtens das Komplement für das Socialistengesetz“ (Gesammelte Werke Bd. 12, Berlin 1929, S. 418 f.).

Vom Eisenbahnbau zur Breitbandverkabelung

Auch ökonomische Umstände führten zu einem verstärkten, nun auch materiellen Engagement des Staates: der Eisenbahnbau im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde durch massive öffentliche Unterstützungen forciert. Der führende deutsche Nationalökonom Gustav Schmoller akzeptierte schon an der Jahrhundertwende folgende Diagnose als lehrbuchwürdig: „Die Volkswirtschaft ist ein halbnatürlich-technisches, halb geistig-sociales System von Kräften, welche zunächst unabhängig vom Staat ihr Dasein haben, verkümmern oder sich entwickeln, die aber bei aller höheren und komplizierteren Gestaltung doch von Recht und Staat feste Schranken gesetzt erhalten, nur in Übereinstimmung mit diesen Mächten ihre vollendete Form empfangen, in steter Wechselwirkung mit ihnen bald die bestimmenden, bald die bestimmten sind.“ (Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre I, Leipzig 1900, S. 10)

Der Aufbau eines Stromversorgungsnetzes im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts verursachte den — in der Bewertung von Robert Katzenstein (Zur Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfs 8-9/1973, Berlin, S. 9) — „erste[n], von seiner Bedeutung her wesentliche[n] staatsmonopolistische[n] Eingriff in

Deutschland". „Hohe Kapitalfixierung, überdurchschnittlich lange Umschlagzeiten und Unsicherheit der Kapitalverwertung oder überhaupt des Rückflusses der Mittel“ charakterisierten diese großtechnischen Projekte. „Um diese Energiequelle [Elektroenergie, d. Verf.] für die Produktion nutzbar zu machen, mußte der Strom so billig erzeugt und verteilt werden können, daß er die herkömmlichen Energiesysteme zu verdrängen vermochte. Das war nur über kostspielige Großanlagen möglich, für die wiederum der Markt fehlte. Der Profit als Maßstab der Entwicklung versagte hier vollkommen. Der Staat mußte eingreifen. Er baute bzw. finanzierte die Anlagen oder er garantierte den Absatz.“ (Ebenda, S. 9 f.)

Heute sind zahlreiche Parallelen feststellbar, die ähnlich gekennzeichnet werden müßten: die Kernenergie (z. B. Schneller Brüter in Kalkar, Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop), verschiedene Verkehrsmittel (z. B. Bundesbahn, Rhein-Main-Donau Kanal), einige Nachrichtenbereiche (z. B. verschiedene „Gelbe Dienste“ der Bundespost, Kupfer-Breitbandverkabelung) oder Teile der wissenschaftlichen Forschung (z. B. Flugzeugindustrie, Elektrotechnik).

Im „Zenit des Kapitalismus“ glaubte Friedrich Engels den Staat als „eine Organisation der jetzigen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltigen Niederhaltung der ausbeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit)“ (MEW 20, S. 261) charakterisieren zu können. Diese für den klassischen historischen Materialismus typische Sichtweise gilt mittlerweile auch unter Marxisten als überholt. Als repräsentativ für die gegenwärtige neomarxistische Anschauung kann die Auffassung Katzensteins gelten: „Betrachtet man nun die Rolle des Staates in der Ökonomie heute, so muß man feststellen, daß sich im Laufe der Entwicklung eine qualitative Veränderung vollzogen hat. Der Staat ist unmittelbar in den Reproduktionsprozeß und in den Verwertungsprozeß des Kapitals einbezogen worden. Er entwickelt bestimmte, für den Gesamtreproduktionsprozeß des Kapitals und für seine Verwertung unentbehrliche Bereiche, und zwar weit über den Rahmen der allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion hinaus. Er übernimmt Aufgaben der Mobilisierung für die Akkumulation unter den heutigen Bedingungen notwendiger Kapitalmassen. Er greift in den Regulierungsmechanismus der ge-

sellschaftlichen Produktion ein, und zwar sowohl im Hinblick auf die Gestaltung der volkswirtschaftlichen Strukturen, als auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Produktion und Markt und auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Er ist also in den Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals direkt einbezogen worden und er überzieht die Wirtschaft mit einem Netz von Maßnahmen, mit denen er in den Prozeß der Profitaneignung und -verteilung eingreift. Es gibt heute faktisch keinen einzigen volkswirtschaftlichen Bereich mehr, in dem der Staat nicht in der einen oder anderen Form die sich aus dem inneren Mechanismus des Kapitalismus ergebende Verteilung des Nationaleinkommens durchbricht und so, kraft staatlicher Macht, Verwertungsbedingungen für das Kapital setzt. Vom Standpunkt des Kapitalverhältnisses aus gesehen, ist also ein neues Moment in den Mechanismus der Aneignung und Verteilung des Profits einbezogen worden, das der außerökonomischen Gewalt. Der Staat fungiert heute unmittelbar im Ausbeutungsprozeß.“ (Katzenstein, a.a.O., S. 12)

Jenseits der Dogmen wenig Unterschiede

Die so beschriebene Rolle des Staates — „staatsmonopolistische Regulierung [kann] sich nicht nur auf Maßnahmen der Profitstimulierung beschränken [...] ; in dem Maß, wie sie ihre Funktionen erfüllt, wird sie ebenso notwendig, um den Folgen dieser Profitstimulierung zu begegnen“ (Kurt Zieschang: Ursachen und Wesen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Wirtschaftswissenschaft 2/1973, S. 241) — findet sich bereits in einer älteren, der „expansiven Phase“ des Kapitalismus. Diese Phase — von Lenin „imperialistische“ benannt — wurde von Werner Sombart, dem großen bürgerlichen Kapitalismusforscher so beschrieben: „Der Staat drängt in die Ferne, er erobert die Kolonien und treibt mit Hilfe der Sklaverei die ersten kapitalistischen Großbetriebe hervor. Der Staat pflegt und fördert durch bewußtes Eingreifen seiner Politik die kapitalistischen Interessen.“ (Der moderne Kapitalismus, Bd. I, München/Leipzig 1916, 2. Buch, 1. Abschnitt, Kap. 20) Der Staat war für Sombart neben Technik und Edelmetallproduktion eine der drei Grundbedingungen kapitalistischer Entwicklung.

Wendet man sich nach dieser dogmenhistorischen Skizze den gegenwärtigen Ansichten zur Rolle des Staates zu, ist festzustellen, daß sich die auf diesem Gebiet offenbar zwangsläufig ideologisch präformierten Überzeugungen quer durch das politische Spektrum überraschenderweise wenig unterscheiden.

Folgende Geschichtsbeschreibung dürfte nämlich auf breite Zustimmung stoßen: „Seit der Konstituierung der Bundesrepublik bis hin in die unmittelbare Gegenwart hat sich ein kapitalistisches System entwickelt, das — abgesichert durch die Ideologie der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ — wie alle anderen kapitalistischen Gesellschaften auf der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bei gleichzeitiger Überwälzung kostenträchtiger Aufgaben auf den Staat mit seinem Krisenmanagement beruht.“ (Wilfried Röhricht: Sozialgeschichte politischer Ideen — Die bürgerliche Gesellschaft, Reinbek 1979, S. 146) Und selbst diese Auffassung dürfte noch relativ viele Befürworter finden: „Kapitalistische Unternehmen [sind] in wachsendem Maße von den Subventionen und der direkten Unterstützung des Staates abhängig, und sie können ihren ‚privaten‘ Charakter nur auf der Basis dieser öffentlichen Hilfe bewahren. Staatliche Intervention im ökonomischen Leben bedeutet weitgehend Intervention zum Zwecke der Unterstützung kapitalistischer Unternehmen. Auf keinem Gebiet hat der Begriff ‚Wohlfahrtsstaat‘ eine präzisere und passendere Bedeutung als hier; es gibt keine ausdauernderen und erfolgreicheren Bewerber um öffentliche Unterstützung als die stolzen Giganten des Privatunternehmenssystems.“ (Ralph Milliband: Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft — Eine Analyse des westlichen Machtsystems, Frankfurt am Main 1972, S. 107)

Vor diesem Hintergrund drängen sich die Fragen auf, wie es um die Beziehung zwischen „Staat“ und „Wirtschaft“ in der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 1986 bestellt ist, welche Rolle der Staat innehalt bzw. ob ein Rollenwechsel möglich (oder überhaupt wünschenswert) ist.

Albrecht A. C. von Müller/ Rosamaria Valdevit Wissenschaftliche Politikberatung und Friedensbewegung

Dr. Albrecht A. C. von Müller, Jahrgang 1954, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften in Starnberg und Lehrbeauftragter für Philosophie an der Universität München. Veröffentlichungen: „Zeit und Logik“, München 1983, „Die Kunst des Friedens“, München 1984 und Aufsätze zu sicherheitspolitischen Themen.

Dr. Rosamaria Valdevit, Jahrgang 1954, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Wissenschaftszentrums München und Dozentin beim Italienischen Generalkonsulat München. Veröffentlichungen: Note sulla teologia dello pseudo-aristotelico de mundo, Neapel 1983, und diverse Zeitschriftenartikel.

Wenn man handeln will, muß man nicht nur das Gute wollen, sondern man muß wissen, ob Dieses oder Jenes das Gute ist. Welcher Inhalt aber gut oder nicht gut, recht oder unrecht sei, dies ist für die gewöhnlichen Fälle des Privatlebens in den Gesetzen und Sitten eines Staates gegeben. Es hat keine große Schwierigkeit, das zu wissen. . . Ein anderes ist es in den großen geschichtlichen Verhältnissen. Hier ist es gerade, wo die großen Kollisionen zwischen den bestehenden, anerkannten Pflichten, Gesetzen und Rechten und den Möglichkeiten entstehen, welche diesem System entgegengesetzt sind, es verletzen, ja seine Grundlage und Wirklichkeit zerstören und zugleich einen Inhalt haben, der auch gut, im großen vorteilhaft, wesentlich und notwendig erscheinen kann.“

Diese Sätze aus der Einleitung der Hegelschen „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“ charakterisieren eigentlich ganz gut das Spannungsverhältnis zwischen Realpolitik und geschichtlicher Utopie. Wer von beiden recht hat, läßt sich immer erst im nachhinein entscheiden: Hatten die Pragmatiker Erfolg, so hatten wir es mit einem traditionell lösbar Problem zu tun, bei dem „utopische“ Lösungsversuche nur in die

Irre führen. Führte das „pragmatische“ Festhalten an traditionellen Lösungsmustern in die Katastrophe, so hatten wir es mit einem echten, geschichtlichen Umbruch zu tun.

Zweifelsohne sind die Forderungen der Friedensbewegung zum Großteil utopisch – damit ist aber eben noch nicht gesagt, daß sie nicht realistischer und sachgerechter sein könnten als der Realismus der Pragmatiker.

Auf der anderen Seite würde man es sich jedoch wohl zu einfach machen, wollte man die wissenschaftliche Politikberatung nur auf den engen Horizont des tagespolitischen Klein-um-Klein festlegen. Die Aufgabe wissenschaftlicher Politikberatung wäre es gerade, wirkliche Umbruchphasen als solche zu erkennen und dann auch zu tiefgreifenden und radikalen Verhaltensmodifikationen zu raten.

Versucht man nun, eine allgemeine, wenn man so will „geschichtliche Einschätzung“ unserer gegenwärtigen Epoche, so spricht sehr viel dafür, daß wir uns in der Phase eines radikalen, geschichtlichen Umbruchs befinden. Thesenartig zugespitzt könnte man sagen: Was heute ansteht, ist der weltpolitische Paradigmenwechsel von der konfrontationsorientierten Machtpolitik zu einer problemorientierten Weltinnenpolitik.

Insofern hat also die Friedensbewegung von vorneherein schon einmal recht, wenn sie eine radikale Neuorientierung und ein radikales Umdenken fordert. Doch damit allein ist es sicherlich noch nicht getan. Wie Hegel zu Recht fordert, braucht man auch für Phasen eines tiefgreifenden Wandels Handlungskonzepte, die den holistischen Konsistenzanforderungen jedes praktisch Handelnden entsprechen. Das aber macht die Sache so schwer. In Umbruchphasen müssen unsere Handlungen gleichsam einen doppelten Satz von Bedingungen erfüllen. Sie dürfen einerseits das tägliche Procedere nicht kollabieren lassen und müssen doch andererseits auch an den Erfordernissen des langfristigen Zeithorizonts orientiert sein und tiefgreifende Veränderungsprozesse sinnvoll gestalten. Diese Notwendigkeit einer Vermittlung zwischen den Erfordernissen des kurzfristigen und des langfristigen Zeithorizonts sind das Charakteristikum politischen Handelns in der Phase eines geschichtlichen Umbruchs.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich nun schon ein erster Ansatz für ein genaueres Verständnis des Verhältnisses von wissenschaftlicher

Politikberatung und Friedensbewegung. Die wissenschaftliche Politikberatung muß von der Friedensbewegung lernen, über den Tellerrand der aktuellen Tagespolitik hinauszuschauen und die großen, epochalen Herausforderungen der 80er und 90er Jahre wahrzunehmen. Umgekehrt muß sich die Friedensbewegung darüber im klaren sein, daß auch berechtigte utopische Forderungen noch keine erfolgreichen Handlungskonzepte sind. Wenn sie sich nicht in moralisierender Selbstgerechtigkeit verfangen, sondern wirklich etwas ändern will, so muß die Friedensbewegung also auch von der Politikberatung lernen und sich deren Anspruch einer systematischen Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Zeithorizonte stellen.

Was sich hier für das Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Politikberatung und Friedensbewegung abzeichnet, kann man vielleicht unter den Begriff der „Komplementarität“ stellen. Dabei bedeutet Komplementarität ein Zugleich von Unterschiedlichkeit, ja Gegensätzlichkeit, und wechselseitiger Ergänzung.

Im folgenden soll nun diese Komplementaritäts-These noch etwas näher erläutert und begründet werden. Dazu muß zunächst präzisiert werden, was in diesem Zusammenhang unter „wissenschaftlicher Politikberatung“ verstanden werden soll. In einem zweiten Schritt soll dann analog die hier zugrunde gelegte Interpretation des Phänomens „Friedensbewegung“ expliziert werden. Aufbauend auf diesen beiden Begriffsbestimmungen kann dann in einem dritten und letzten Schritt die Komplementaritätsthese nochmals systematisch formuliert werden.

Aufgabenstellung der Politikberatung

Gegenwärtig ist das System der wissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik durch eine außerordentliche Asymmetrie gekennzeichnet. Auf der einen Seite gibt es eine sehr differenzierte und leistungsfähige Politikberatung, soweit es nämlich um detailspezifische Fragen und Beratungsleistungen geht. Auf der anderen Seite herrscht ein drastischer Mangel an interdisziplinärer Integration. Aufgrund dieser Asymmetrie wird auch das vorhandene wissenschaftliche Beratungspotential von den Politikern nur zu einem Bruchteil genutzt. Jeder praktisch Handelnde steht unter holistischen Konsistenzzwängen. Ein System der wissenschaftlichen Politikberatung, welches diesen Erfordernissen des

Anwenders nicht Rechnung tragen kann, ist nahezu wertlos und wird deshalb von den enttäuschten Anwendern auch nur noch zu der viel bejammerten *ex-post*-Legitimation herangezogen.

Wir haben es hier eindeutig mit einer sehr ernst zu nehmenden organisatorischen Rückständigkeit zu tun. Im Prozeß der Herausbildung der modernen Industriegesellschaft sind die verschiedenen Teilbereiche politischen Handelns zu einem engen Wechselwirkungsgefüge zusammen gewachsen. Solange man diese Wechselwirkungen nicht genauer erforscht und dann sogar konstruktiv zu nutzen lernt, muß der politische Handlungsspielraum kontinuierlich schrumpfen. Das Resultat derartiger Rückständigkeit ist dann eine Art „strukturelle Handlungsunfähigkeit“, wie sie derzeit – zumindest als Bedrohung – in nahezu allen westlichen Industriegesellschaften latent vorhanden ist.

Wiedergewonnen werden kann der notwendige Handlungsspielraum nur dadurch, daß die bisherige Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik durch eine zusätzliche Vermittlungsinstanz ergänzt wird. Zwischen die politischen Entscheidungsträger auf der einen und die detailspezifische Politikberatung auf der anderen Seite muß der Prozeß einer systematischen interdisziplinären Kompatibilitäts- und Konsistenzanalyse treten, so daß die Politiker dann nicht mehr mit einer Flut von detailspezifischen Beratungsleistungen überschwemmt werden, sondern daß ihnen von der wissenschaftlichen Politikberatung her schon die (viel geringere Zahl) der in sich konsistenten Handlungsoptionen dargelegt wird. Man könnte diese, für eine fruchtbarere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik in der modernen Industriegesellschaft unbedingt erforderliche Vermittlungsinstanz als „integrierte Politikforschung“ bzw. auch als „rekombinative Politikberatung“ bezeichnen.

Mindestens vier Themenkomplexe werden die nächsten Jahre und Jahrzehnte ganz zentral bestimmen:

- der Problemkomplex des Ost-West-Verhältnisses und der Sicherheitspolitik allgemein,
- das Nord-Süd-Verhältnis,
- das Problem eines globalen Umwelt- und Ressourcenschutzes,
- die weltwirtschaftliche Gesamtentwicklung bzw. die Anpassung der verschiedenen Volkswirtschaften an die veränderten sozialökonomischen Rahmenbedingungen.

Von größter Bedeutung ist es dabei, zu erkennen, daß in allen vier Problemfeldern die Vermittlung der Interessen unterschiedlicher Zeithorizonte eine zentrale Rolle spielt. Es wird keine Politik machbar sein, die sich dem langfristig Notwendigen in großen Sprüngen und auf Kosten der Interessen des kurz- und mittelfristigen Zeithorizonts nähert.

Umgekehrt würde jedoch auch eine Politik, die sich weiterhin ausschließlich auf den kurz- und mittelfristigen Zeithorizont konzentriert, mit Sicherheit in den Graben führen. Es geht darum, Politikkonzepte zu entwickeln, in denen die vielen kleinen Schritte, die heute nur noch machbar sind, so aufeinander abgestimmt werden, daß sie sich insgesamt dann doch zu der großen Kurskorrektur ergänzen, die notwendig geworden ist.

Mit der Formulierung dieser Aufgabe sind auch schon die wichtigsten methodologischen Herausforderungen angesprochen:

- ▷ Wir müssen lernen, die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Politikbereichen, wie sie für die moderne Industriegesellschaft charakteristisch sind, systematisch zu analysieren und bei der Suche nach Lösungen dann sogar konstruktiv zu nutzen. Für viele Probleme wird sich überhaupt keine Lösung finden lassen, wenn nicht parallel dazu auch in anderen Problemfeldern koordiniert eingegriffen wird, so daß sich dann die einzelnen Subsysteme wechselseitig wieder zu einem funktionsfähigen Ganzen ergänzen.
- ▷ Zum zweiten wird man – sowohl bezüglich der öffentlichen Diskussion und Legitimation von Politik wie auch bezüglich ihrer „handwerklichen“ Konzeption und Durchführung – lernen müssen, systematisch zwischen den verschiedenen Interessen der unterschiedlichen Zeithorizonte abzuwagen und zu vermitteln.
- ▷ Als dritten methodologischen Kernpunkt einer zukünftigen Politikberatung wird man lernen müssen, dynamische Strukturwandelprozesse mit ihren charakteristischen Verästelungen und nichtlinearen Interdependenzen analytisch zu erfassen und dann auch gezielt auslösen und gestalten zu können.

Insgesamt zeichnet sich hier also die Notwendigkeit einer neuen Form der Zusammenarbeit für Wissenschaft und Politik ab. Dabei geht es nicht um ein Zurückdrängen politischer Entscheidungen zugunsten von Technokratie und

Expertenherrschaft. Das Gegenteil ist der Fall. Um politisches Handeln unter den Rahmenbedingungen der modernen Industriegesellschaft überhaupt noch möglich sein zu lassen, bedarf es einer in dem skizzierten Sinne weiterentwickelten wissenschaftlichen Politikberatung.

Wir haben in den letzten 200 Jahren außerordentlich gut mit den gesetzesförmig beschreibbaren Naturzusammenhängen umzugehen gelernt und im Rahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist der instrumentelle Handlungsspielraum des Menschen geradezu explosionsartig angewachsen. Unsere gegenwärtige Situation ist deshalb so prekär, weil wir auch nicht annähernd in der Lage sind, mit ähnlicher Kompetenz mit den politisch-geschichtlichen Entwicklungsprozessen umzugehen, in die alles technische Handeln eingebunden bleibt. Hier gilt es, in den vor uns liegenden Jahren aufzuholen, wenn die Menschheit nicht an ihren neu gewonnenen technisch-instrumentellen Fähigkeiten zu grunde gehen soll. Glücklicherweise eröffnet uns gerade diesbezüglich die moderne Grundlagenforschung – im Rahmen der Aufarbeitung dynamischer Strukturbildungsprozesse – völlig neue Beschreibungs- und Handlungsoptionen.

Einschätzung der Friedensbewegung

Daß es falsch ist, die Friedensbewegung als vordergründig politische Protestbewegung zu interpretieren, hat sich inzwischen allgemein herumgesprochen. Was aber ist die Friedensbewegung? Ist es sinnvoll, sie in die Tradition rousseauisch-gefühlsbetonter Technik- und Fortschrittskritik einzuordnen, sie vielleicht sogar als Nachfolgerin der Jugendbewegung der 20er Jahre zu interpretieren? An all diesen Deutungsversuchen ist im Regelfall ein wahrer Kern, häufig aber wird die Bedeutung der aufgezeigten Parallelen so überschätzt, daß das Urteil dann insgesamt doch wieder wertlos ist.

Wahrscheinlich kann man die Friedensbewegung nicht anders verstehen als vor dem Hintergrund einer historischen Ortsbestimmung unserer Epoche. Diese ist dann natürlich, wie auch immer sie ausfällt, anfechtbar und bestreitbar. In jedem Fall aber läßt sich wohl eine enge Abhängigkeit von der allgemeinen Einschätzung unserer Epoche und der jeweiligen Einschätzung der Friedensbewegung nachweisen.

Anknüpfend an das oben Ausgeführte, könnte man, wenn man optimistisch ist, für unsere Epo-

che von einer Art „zweiter Renaissance“ sprechen. Nachdem das menschliche Bewußtsein in der Antike in historisch unvergleichlicher Weise die Augen aufgeschlagen und die uns umgebende Welt bewußt und mit analytischer Schärfe wahrzunehmen begonnen hatte, stellte das Mittelalter in vielerlei Hinsicht einen soziokulturellen Rückschritt dar. Die Renaissance war es dann, die eine Rückkehr zu jener spezifisch europäisch-abendländischen Mensch-Werdung brachte und damit anknüpfte an das, was in der Antike begonnen hatte. Die Entwicklungsdynamik ging zunächst vor allem in Richtung Staatenbildung, dann ganz stark in Richtung einer ständig wachsenden Naturbeherrschung. Im Rahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist diese Naturbeherrschung heute extrem weit vorangetrieben – häufig sogar schon an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigaloppiert. Hier nun kommt das Stichwort von der „zweiten Renaissance“. Worum es in unserer Epoche geht, ist die Rehumanisierung der Lebenswelt, die Korrektur des überschwenglichen Gebrauchs der Technik. Wir haben es also mit einer zweiten großen Reorientierung, mit einer zweiten Rückkehr zum Thema der Menschwerdung zu tun.

Dies hat nichts mit dogmatischer Technikfeindlichkeit oder romantisch-nostalischer Gefühlsduselei zu tun. Im Gegenteil, jene Kritik, die die Bedürfnisse des Menschen wieder explizit ins Spiel und in den Vordergrund zu rücken versucht, steht unmittelbar in der Tradition jener Aufklärung und jener humanistischen Vernunft, die auch am Anfang des wissenschaftlich-technischen Fortschritts stand. Nicht um die Ablehnung von Technik und Rationalität geht es, sondern um die Reorientierung der teilweise verselbständigt Entwicklungs dynamik auf die Bedürfnisse und den Sinn des menschlichen Lebens.

Eingeleitet und getragen wird diese „zweite Renaissance“ von einem epochalen Bewußtseinswandel, dessen Anfänge wir heute erleben. Wie alles Werdende scheint uns auch dieses „neue Bewußtsein“ häufig schwach und krank und tritt uns oft noch in unproportionierter Gestalt und mit manch abwegigen Zügen gegenüber. Dennoch ist es Kleinmut und schlechter Konservativismus, hinter diesen teilweise unausgegorenen Formen nicht doch jenen Aufbruch und jene Neuorientierung zu erkennen, die überlebensnotwendig ist, wenn die Menschheit die explosionsartige Erweiterung ihres instrumentellen Handlungsspiel-

raums auf Dauer überleben soll. In diesem historischen Kontext nun ist die Friedensbewegung zu sehen und sie ist sicherlich, neben der ihr ohnehin verschwisterten Ökologiebewegung, die wichtigste Kraft in dem mühevollen Prozeß des Umdenkens und der Neuorientierung.

Aufgebrochen an der Perversion der Rationalität, die den Bereich der Sicherheitspolitik an so vielen Stellen kennzeichnet, ist die Friedensbewegung natürlich immer auch in der Gefahr, abzugleiten in unverantwortliche Schwärmerei. Die Friedensbewegung muß sich davor hüten, die Zielvorstellung einer waffenlosen Welt, in der es keine Kriege mehr gibt, als unmittelbares Aktionsprogramm zu mißdeuten. Naiver Pazifismus ist wahrscheinlich nicht weniger gefährlich als eine Verteidigungspolitik, welche den potentiellen Gegner aktiv bedroht und somit das Wettrüsten immer weiter anheizt. Eine verantwortungsbewußte Friedens- und Sicherheitspolitik darf die Sphäre der Machtpolitik nicht ignorieren. Wer sich expansionistischen Bestrebungen, egal von welcher Seite, schutzlos ausliefert, der fördert nicht den Frieden, sondern erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Umgekehrt ist machtpolitische Wachsamkeit keineswegs gleichbedeutend mit Verteidigungsvorbereitungen, die den Gegner ihrerseits aktiv bedrohen. Gerade der technologische Fortschritt ist es, der uns heute die Möglichkeit einräumt, ein Verteidigungsdispositiv zu erstellen, welches gleichzeitig eine ausreichende Verteidigungsbereitschaft sicherstellt und durch die Eigenschaft einer „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ gekennzeichnet ist.*

Dieses Ja zu der Aufrechterhaltung einer ausreichenden militärischen Verteidigungsbereitschaft stellt kein Abrücken von der Zielvorstellung einer kriegs- und waffenfreien Welt dar. Diese bleibt vielmehr in vollem Umfange erhalten,

nur ist sie eben kein unmittelbares Handlungsziel, welches in einem einzigen, einseitigen Schritt erreichbar wäre, sondern weit eher eine „regulative Idee“ im Sinne Kants.

Genau an dieser Stelle einer notwendigen Differenzierung zwischen regulativer Idee und konkreten politischen Einzelschritten muß die Friedensbewegung lernen – und sie kann dies gerade im Dialog mit einer unabhängigen und kritischen wissenschaftlichen Politikberatung.

Zur Komplementarität von Friedensbewegung und wissenschaftlicher Politikberatung

Von Komplementarität zu sprechen, heißt immer auch davon zu sprechen, daß zwei Dinge nicht aufeinander reduzierbar sind. Von der Friedensbewegung zu erwarten, daß sie nun unmittelbar umsetzbare politische Handlungskonzepte vorlege, hieße sie mißverstehen. Die Friedensbewegung ist eine politische Bewegung und ihr Medium ist die öffentliche Meinung und jener „politische Druck“, den demokratische Politiker brauchen, um Innovationen durchführen zu können.**

Genau in diesem Sinne ist es die Aufgabe der Friedensbewegung „politischen Druck“ auszuüben und die gerade im Bereich der Sicherheitspolitik lebensgefährliche Trägheit und Erstarrung zu überwinden. Die Friedensbewegung schafft somit den Raum für die notwendige sicherheits- und verteidigungspolitische Grundsatzdebatte.

Friedensbewegung und wissenschaftliche Politikberatung ergänzen sich also wechselseitig: Ohne den erforderlichen politischen Druck dahinter würden die wissenschaftliche Kritik und sicherheitspolitische Alternativvorschläge an den Bastionen des Eingefahrenen einfach abprallen; ohne ihre kritische Sublimierung durch die Instanz einer realitätsorientierten Politikberatung wären die Forderungen der Friedensbewegung zumindest unfruchtbare, vielleicht sogar kontraproduktiv. Zweifelsohne bestehen zwischen beiden Komponenten Unterschiede und Spannungen. Worauf es ankommt ist jedoch, diese Unterschiede nicht zu einer polemischen Konfrontation und Lähmung werden zu lassen, sondern sie fruchtbar zu machen im Sinne einer wechselseitigen Ergänzung. Dies fordert von beiden Seiten Respekt für die andere Seite sowie Toleranz und Offenheit gegenüber Auffassungen, die sich von der eigenen Überzeugung teilweise sehr deutlich unterscheiden.

* Eine ausführlichere Darstellung dieser Thematik gibt die Studie „Grundzüge einer europäischen Sicherheitspolitik für die 80er und 90er Jahre“ des Autors (Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik, München 1983).

** Von Präsident Roosevelt wird erzählt, daß er ein Gespräch mit amerikanischen Gewerkschaftsführern, in dem diese ihm einige neue Vorschläge unterbreitet hatten, mit folgenden Worten beendete: „Yes, I think I got it and I agree with you. Now, get out of my office and execute pressure on me.“ („Ja, ich denke, ich habe es verstanden, und ich stimme mit Ihnen überein. Gehen Sie jetzt aus meinem Büro und fangen Sie an, Druck auf mich auszuüben.“)

Ferdinand Müller-Rommel Die Verwertung von politikwissenschaft- licher Forschung

Dr. Ferdinand Müller-Rommel, Jahrgang 1952, ist freier Politik-Berater. Veröffentlichungen u. a.: „Innenparteiliche Gruppierungen in der SPD“ (1982); s. a. NG 4/80 und NG 10/82.

Politologen als Politikberater

Im Verhältnis von Politikwissenschaft und praktischer Politik ist in jüngster Zeit wieder einiges in Bewegung geraten. Die gegenwärtigen Strukturprobleme, z. B. in der Arbeitsmarkt-, der Umwelt-, der Freizeit- und der Medienpolitik, zeigen, daß die traditionellen staatlichen Steuerungsmechanismen nicht mehr hinreichend funktionieren. Bedingt durch diese Entwicklung ist die Nachfrage nach neuen Lösungsmöglichkeiten und Entscheidungshilfen nicht nur im staatlich-administrativen Bereich, sondern auch in Parteien, Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften und anderen Verbänden deutlich gewachsen. Auch in den Landesverbänden und im Parteivorstand der SPD ist man seit der Regierungswende 1982 wieder vermehrt an sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen interessiert, um konkrete Hilfestellungen für das eigene politische Handeln zu erhalten. Gerade in diesem Zusammenhang haben Politologen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen: Sie müssen politikwissenschaftliche Forschungsergebnisse in verständlicher Sprache und Form den politisch Handelnden vermitteln.

Selbstverständlich gilt für Politologen ebenso wie für Berater in der „Freien Wirtschaft“, daß sie sich in den Beratungsinhalten den Anforderungen der Handlungsträger anpassen müssen. Gefragt sind im politischen Bereich vor allem „praxisrelevante“, quantitativ-empirische Forschungsergebnisse, die die Wirkungen und Folgen von konkreter Politik ermitteln und damit zur Klärung und zur Verbesserung von staatlicher Problemverarbeitung beitragen.

In der internationalen Politikwissenschaft lassen sich derartige Untersuchungsansätze unter dem Begriff „Policy-Studien“ zusammenfassen. Im deutschen Sprachraum bezeichnet man sie in der Regel als Politikfeld- oder Politikbereichsanalysen, deren Hauptgegenstand in der Erforschung von sogenannten Bindestrichpolitiken besteht, wie etwa der Beschäftigungs-, der Arbeitsmarkt- und der Umweltpolitik.

Nun hat sich aber gerade die Policy-Forschung mit ihren unterschiedlichen Dimensionen und Konzepten innerhalb der politikwissenschaftlichen Disziplin zu einem völlig unübersichtlichen Feld entwickelt, das erst recht für die politischen Handlungsträger nicht mehr zu durchschauen ist. Gleichwohl betonen die beteiligten Policy-Forscher, daß sie durch ihre eigene Tätigkeit zur Praxisorientierung der Disziplin und damit zur „Beratungswissenschaftlichen Wende“ beitragen wollen. Dieser zugegebenermaßen gute Wille der Politologen ist allerdings bei der Mehrzahl der Praktiker noch nicht hinreichend wahrgenommen worden. Auch gegenwärtig beklagen die in politisch verantwortlichen Positionen Tätigen die Umsetzungsprobleme sozialwissenschaftlich orientierter Forschung in praxisrelevante politische Entscheidungen. Generell läßt sich sagen, daß die Ergebnisse politikwissenschaftlicher Beratung in den letzten Jahren relativ häufig an den Erwartungen der politischen Entscheidungsträger vorbeiliefen.

Praxisprobleme der politikwissenschaftlichen Beratung

Die konkreten Probleme mit politikwissenschaftlicher Beratung sind vielseitig. Aus dem Blickwinkel der Praxis zählen jedoch die Umsetzungs- und Übersetzungsschwierigkeiten von Forschungsergebnissen in konkrete politische Handlungsanweisungen zu den zentralen Problemen der Berufstätigkeit. Politologen und Praktiker sprechen auch heute noch verschiedene Sprachen, obwohl seit den 70er Jahren zunehmend mehr jüngere Leute mit sozialwissenschaftlicher Ausbildung in der Administration beschäftigt sind. Nun stehen bekanntermaßen hinter verschiedenen Sprachformen auch unterschiedliche Denkweisen.

Gerade diese unterschiedlichen Denkstrukturen und die häufig nicht vorhandene Bereitschaft, diese in irgendeiner Weise zu verändern, haben zur Folge, daß politikwissenschaftliche Analysen nicht immer Eingang in die Praxis finden. Schon von der Fragestellung und der Problemformulierung her laufen viele politologische Expertisen, wegen des häufig fehlenden Praxisbezugs, am „Erkenntnisinteresse“ der Auftraggeber vorbei.

Hinzu kommt, daß die traditionelle aufklärerische politikwissenschaftliche Beratung (vom eigenen Selbstverständnis der Beratenden her) einen größeren Wert auf die theoretische und methodische Absicherung ihrer Ergebnisse legt als auf handlungsrelevante (weniger streng empirisch abgesicherte) Umsetzungsvorschläge für die politische Praxis. Von daher reduziert die wissenschaftliche Analyse von politischen Problembe reichen keineswegs (wie von den Praktikern gemeinhin erwartet) die Komplexität politischer Probleme, sondern bringt häufig zusätzliche Komplexität hervor, die nicht zuletzt auch durch den unterschiedlichen Kommunikationsstil begründet ist.

Sprachbarrieren zwischen Politik und Wissenschaft sind schon seit jeher vorhanden. Allerdings scheint dieses Problem gerade im Verhältnis von praktischer Politik zu Politikwissenschaft von einer grundsätzlichen Bedeutung zu sein. Es ist nämlich einigermaßen fatal, wenn sich eine Wissenschaft, deren Gegenstand die Erforschung von Politik ist, einer derart akademisierten und „verklausulierten“ Sprache bedient (die zudem nicht selten frei ist von elitären Zügen), daß gerade die Adressaten der Forschungsergebnisse diese nicht verstehen bzw. nicht umsetzen können. Man stelle sich einmal vor, wie die pharmazeutische Industrie auf verbal unverständliche Forschungsergebnisse reagieren würde! Zu Recht verurteilen die administrativen und politischen Akteure beispielsweise die Aufwartung von immer wieder neuen Wortschöpfungen, die zur Erhaltung eines wohl reizvollen Unverständlichkeitsvorsprungs der Sozialwissenschaftler beiträgt, sehr kritisch.

Freilich muß an dieser Stelle auch betont werden, daß es nicht genügen würde, komplizierte sozialwissenschaftliche Sprachmuster zu popularisieren, um sie zur praktischen Anwendung zu bringen. Die Komplexität mancher politischer Problemberiche kann eben gerade nicht immer sprachlich vereinfacht dargestellt werden. Ein Nachschlagewerk, z. B. für die oben erwähnten pharmazeutischen Produkte, enthält sicherlich auch komplizierte Sprachmuster, ohne jedoch irrelevant oder praxisfern zu sein.

In der politischen Praxis werden unverständlich formulierte bzw. politisch nicht oder nur teilweise umsetzbare sozialwissenschaftliche Expertisen auf zweierlei Weise „verarbeitet“. Zum einen werden nicht selten wissenschaftliche Ergebnisse aus der Auftragsforschung, in die erhebliche

finanzielle Mittel investiert wurden, unausgewertet „verschubladiert“. Dieses Verfahren ist (sieht man einmal von der offenkundigen Fehlinvestition ab) politisch nicht weiter bedeutend. Problematischer ist der zweite Weg, wissenschaftliche Ergebnisse zu verarbeiten: Es kommt nämlich nicht selten vor, daß sich politische Handlungsträger (von ihrer Herkunft nur selten Sozialwissenschaftler) in Ermangelung konkreter Handlungsanweisungen selber als Sozialwissenschaftler entdecken und an die Interpretation des Materials begeben. Häufig werden dann politologische oder soziologische Expertisen wie ein Steinbruch behandelt, aus dem man herausbricht, was in das eigene Konzept bzw. Weltbild paßt. Ganz besonders gefährlich ist dieses Verfahren bei der politischen Verwertung und Verarbeitung von empirischen Daten, weil hierbei die große Gefahr einer einseitigen Interpretation bzw. Überinterpretation von Daten besteht.

Perspektiven politikwissenschaftlicher Beratung

Unabhängig von den Umsetzungs- und Übersetzungsproblemen ist die eigentliche Schwachstelle in der Beziehung zwischen Wissenschaftlern und Praktikern offenkundig bestimmt durch das mangelnde wechselseitige Verständnis vom jeweils unterschiedlichen Arbeitsstil und von der Arbeitsmethodik, vom Zeitbudget und vom Informationsbedürfnis.

Hinzu kommt, daß Sozialwissenschaftler häufig selber in der konkreten Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse in praktische Politik überfordert sind bzw. diese Umsetzung – aus welchen Gründen auch immer – gar nicht selber vornehmen möchten. Außerdem fehlen vielen Sozialwissenschaftlern die konkreten Erfahrungen in politisch-administrativen Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen.

Wenn allerdings die Verwertung politikwissenschaftlicher Forschung verbessert und nicht folgenlos „verschubladiert“ werden soll, dann kommt es darauf an, qualifizierte Verbindungs personen im Bereich der Politikberatung zu finden bzw. heranzuziehen, die an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Politik arbeiten. Um es noch genauer zu sagen: Was eine Partei, die die Welt verändern und verbessern will, braucht, sind neben aufklärerisch tätigen Sozialforschern vor allem auch fachlich qualifizierte Fragesteller, Übersetzer und Interpreten sozialwissenschaftlicher Informationen.

In den Bereich dieses „wissenschaftlichen Dolmetschers“ würden z. B. folgende spezifische Tätigkeiten fallen:

- Beobachtung des „Wissenschaftsmarktes“, d. h. auf dem neuesten Stand der Literatur zu sein, an Kongressen, Fachtagungen etc. teilzunehmen, um neue verwertbare wissenschaftliche Ergebnisse zu einem relativ frühen Zeitpunkt den politischen Handlungsträgern transparent zu machen.
- Rechtzeitige Wahrnehmung von perspektivisch relevanten politischen Problemfeldern, um diese (falls noch nicht geschehen) in wissenschaftliche Fragestellungen umzuformu-

lieren und ausgewählten Politikberatern zur Analyse zu übergeben.

- Enge Betreuung von laufenden wissenschaftlichen Gutachten bzw. differenzierte Formulierung von zukünftigen Forschungsvorhaben, um Kommunikationsbarrieren und inhaltliche Mißverständnisse zwischen Wissenschaftlern und Praktikern abzubauen.
- Ausarbeitung von didaktischen Konzepten, um zum einen den Transfer wissenschaftlicher Denkweise in die Parteibürokratie und zum anderen den Transfer parteiinterner Denkweise in die Wissenschaft zu garantieren.

Bernd W. Kubbig **Atomkrieg aus Versehen**

Der Friedensforscher Dr. Bernd W. Kubbig, geb. 1950, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt. Wichtige Veröffentlichungen: Nuklearenergie und nukleare Proliferation (1981); Kernenergie und Kernwaffen: Strategien zur Eindämmung nuklearer Proliferation (1981).

Die sicherheitspolitische Diskussion hat sich hierzulande in den letzten Jahren zwischen zwei extremen Positionen bewegt: der ausschließlichen Konzentration auf die technischen Aspekte moderner Waffentechnologien einerseits und der Forderung andererseits, die gesamte Debatte zu repolitisieren und gleichzeitig zu „demilitarisieren“ — also die militärtechnologischen Fragen auszublenden. Beiden Positionen liegen unterschiedliche Einschätzungen von Bedrohung zugrunde. Überspitzt gesagt, sehen die einen den Rüstungswettlauf als potentielle Hauptursache eines Nuklearkrieges an; die anderen hingegen fürchten nahezu ausschließlich die Sowjetunion, die den Westen in eine Situation bringen könne, in der der Einsatz atomarer Waffen als notwendig angesehen wird. Beide Auffassungen werden der Komplexität und des Zusammenspiels der politischen Faktoren und waffentechnologischen Zwänge, die zu einem Nuklearkrieg führen können, nicht gerecht.

Wenn man einmal Überraschungsangriffe als höchst unwahrscheinliche Optionen beider Supermächte ausschaltet, dann ist langfristig der Ausbruch eines Nuklearkriegs nicht auszuschließen als Folge

- ▷ eines konventionellen Krieges in Europa und anderen Regionen;
- ▷ des Einsatzes atomarer Waffen durch „terroristische Gruppen“, oder durch Regierungen besonders in der Dritten Welt;
- ▷ eines unbeabsichtigten oder unbefugten Einsatzes von Nuklearwaffen in Krisensituationen;
- ▷ von Fehlalarmen in Krisensituationen.

Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich vor allem mit der Problematik von Fehlalarmen in Krisensituationen, in denen Fehlkalkulationen und Fehlwarnnehmungen explosiv sein können, weil viele Waffensysteme in Ost und West Entscheidungsträger unter großen Zeitdruck stellen und weil aufgrund der Vernichtbarkeit bestimmter Waffen die Gefahr eines präemptiven (vorbeugenden) Schlages stark erhöht wird. Der viel diskutierte Atomkrieg aus Versehen aufgrund von Computerfehlern in Nicht-Krisenzeiten wird somit in einen anderen Zusammenhang gerückt.

Schwerwiegende Zwischenfälle bei Atomwaffen

Allein zwischen Januar 1979 und Juni 1980 hat es einem Bericht der US-Senatoren Gary Hart und Barry Goldwater zufolge 147 Fehlalarme gegeben; 1979 waren es 78, in der ersten Jahreshälfte 1980 waren es 69 gewesen. Dies stellt eine Zunahme von 77 % gegenüber 1979 dar. Vier der Fehlalarme führ-

ten bis zur Alarmstufe 2; sie bezog nicht nur, wie die Alarmstufe 1, die diensthabenden Offiziere der verschiedenen Kommandozentralen, sondern auch den Obersten US-Militär im Pentagon in die Evaluierung der angeblichen Bedrohung auf dem Computer-Bildschirm ein. Darüber hinaus gibt es lediglich nur noch eine weitere Alarmstufe; sie schließt alle führenden Politiker und Militärs, einschließlich des amerikanischen Präsidenten, mit ein. Dem Hart/Goldwater-Report zufolge ist eine solche Konferenz bis jetzt nie einberufen worden.

Diese Fehlalarme haben sich alle in den Computer-Systemen bei NORAD, dem nordamerikanischen Luftverteidigungszentrum in den Cheyenne-Bergen des Bundesstaates Colorado, ereignet. NORAD ist eine von vier Kommandozentralen, die ihre Informationen unabhängig voneinander von mehreren Frühwarn- und Radarsystemen erhalten. Das Pentagon hat die Fehlalarme lediglich auf fehlerhafte Elemente in den NORAD-Computern zurückgeführt, während ein Bericht des US-Präsidentenhaus die Systeme insgesamt für veraltet hält.

Menschliches und technisches Versagen

In der wissenschaftlichen Literatur besteht weitgehender Konsens darüber, daß gegenwärtig die technischen Prozeduren zur unbeabsichtigten Zündung einer amerikanischen Rakete in *Nicht-Krisenzeiten* praktisch narrensicher sind. Und dennoch hat es immer wieder Behörden und Personen gegeben, die die Möglichkeit nicht ausgeschlossen haben, daß es aufgrund technischen und menschlichen Versagens zu einem Atomkrieg kommen kann.

Was den menschlichen Faktor anbelangt, so hat der amerikanische Starjournalist Jack Anderson von einem Vorfall berichtet, den das Pentagon bestreitet: Am 19. 11. 1980 führten die Offiziere Henry Winsett und David Mosley einen Text mit ihrer Titan-Interkontinentalrakete auf dem Fliegerhorst McConnell im Bundesstaat Kansas durch, um die Verlässlichkeit der Waffe durch die Simulation eines Abschusses zu überprüfen. Um die Titan abzufeuern, müssen beide Offiziere ihre Schlüssel gleichzeitig drehen, nachdem sie den entsprechenden Code bekommen haben. Dieser Vorgang öffnet eine Drosselklappe und führt dazu, daß sich zwei chemische Substanzen verbinden, zünden und somit den Abschuß der Rakete bewirken. An jenem 19. November zeigte die Schalttafel grünes Licht für die Drosselklappe, dabei hätte sie eigentlich überhaupt nicht erleuchtet sein dürfen. Die beiden Offiziere drehten die Schlüssel. Anstatt daß die Lampen den

Testbeginn meldeten, signalisierten sie zunächst, daß die Waffe abschußbereit sei; anschließend meldeten sie, daß man sich in der Abschußphase befände; Winsett stellte die Rakete ab, indem er den Stecker herauszog. Dies sei die einzige Möglichkeit gewesen, „das Ding daran zu hindern loszugehen“. Der Zwischenfall wurde von beiden Männern bestätigt. Eine spätere Überprüfung hat, den beiden Offizieren zufolge, ergeben: Eine Wartungsmannschaft hatte versäumt, wichtige Drähte und Komponenten in der Rakete abzuschalten und den für den Abschuß entscheidenden Code durch einen Wartungscode zu ersetzen.

Wenn es stimmt, daß sich dieser Zwischenfall zugeschlagen hat, dann ist es zumindest hier einem der geistesgegenwärtigen, unabhängig voneinander handelnden Offiziere zuzuschreiben, daß ein eventuelles nukleares Desaster ausblieb: denn die Rakete war möglicherweise auf Ziele in der UdSSR gerichtet — eine Vergeltungsmaßnahme der Sowjetunion wäre nicht ausgeschlossen gewesen.

Dies lenkt die Frage auf die Bedingungen, unter denen Menschen diese Entscheidungen treffen müssen. Jack Andersons Nachforschungen haben andere Untersuchungen darin bestätigt, daß die Tätigkeit in den Kommandozentralen — vor allem das permanente Sitzen vor den Computern — zu Stress, Langeweile und Isolation führt. Offensichtlich läßt die US-Luftwaffe Offiziere mit zweifelhafter psychischer Stabilität ihre Dienste im nuklearen Bereich verrichten. Die Air Force soll 1981 fast 900 Männer aufgelistet haben, die „mangelhaftes Verhalten oder fehlende Motivation“ aufwiesen. Dem Pentagon zufolge wurden allein in den Jahren 1975 bis 1977 an die 15 000 von insgesamt ca. 115 000 Soldaten, die in irgendeiner Form mit Nuklearwaffen zu tun haben, von ihren Posten entfernt, und zwar wegen Alkoholismus, Drogenmissbrauch und psychischen Krankheiten.

Vor diesem Hintergrund verliert der zuweilen postulierte gesicherte „Vorrang des Menschen vor der Maschine“ bereits in *Nicht-Krisenzeiten* an Überzeugungskraft — zumindest bekommt ihre uneingeschränkt gemachte Behauptung einen ambivalenten Charakter. Diese Ambivalenz kann sich in einem nicht vorhersehbaren Verhalten der diensthabenden Offiziere äußern, die unter Umständen gegen die auf fatale Weise fehlerhafte Logik der Maschine entscheiden — bei zahlreichen Fehlalarmen haben die meisten Offiziere die betreffenden Computerbefehle nicht ausgeführt. Ähnliche Erfahrungen hat es mit dem computergesteuerten globalen militärischen Befehls- und Kontrollsysten (WIMEX) gegeben,

dessen Aufgabe es ist, die Befehle des US-Präsidenten und des Verteidigungsministers zu den strategischen und taktischen Nuklearstreitkräften zu übermitteln. Auch dieses System ist vom Bundesrechnungshof der Vereinigten Staaten als unzuverlässig bezeichnet worden. Wenn das Verhalten vieler Offiziere schon in „normalen Zeiten“ nicht einzuschätzen ist: wie unvorhersehbar wird es dann erst unter Stress in Krisensituationen sein?

Eine andere Frage ist, welche waffentechnologischen Entwicklungen und militärischen Vorhaben — wie etwa das „Star Wars“-Programm der Reagan-Administration — „Computer zu Generälen“ machen, die folgenschwere Entscheidungen programmiert treffen. Das Pentagon gab im Jahre 1983 im Rahmen des „Krieg der Sterne“-Programms mehr als 100 Millionen Dollar für den Bau eines Computers aus, der viele der Aufgaben führender Militärs und Politiker übernehmen könnte. Entscheidender aber als solche zur Zeit noch futuristisch anmutenden Möglichkeiten sind Zwänge, die in künftigen Krisensituationen aufgrund *bereits vorhandener oder in Entwicklung befindlicher* Waffentechnologien und *schon gegenwärtig* ins Kalkül gezogener militärischer Optionen nicht mehr sicherstellen, daß die Einschaltung von immer mehr Menschen bei steigender Sicherheitsstufe eine richtige Bewertung der Meldungen des Computers zur Folge hat.

Krisenmanagement

Von regierungsoffizieller Seite wird darauf hingewiesen, daß die Supermächte in bezug auf die Gefahren eines Nuklearkrieges durch technisches und menschliches Versagen schon jetzt ausreichende Sicherungen geschaffen hätten. Hierzu muß zunächst einmal bemerkt werden, daß selbst die drei konservativen Senatoren Jackson, Nunn und Warner, die in den USA die Debatte um einen Atomkrieg aus Versehen neu in Gang brachten, die vorhandenen Kommunikationsmittel, vor allem den Heißen Draht, für nicht ausreichend hielten. In einer entsprechenden Resolution, die sie am 1. 2. 1984 im Senat einbrachten, heißt es, daß die „gegenwärtigen Kommunikationsverbindungen mit der Technologie aus den sechziger Jahren ausgestattet und als solche relativ überholt und begrenzt in ihren Fähigkeiten sind“.

Der Heiße Draht ist in vergangenen regionalen Krisen ein wichtiges Verständigungsmittel zwischen den politischen Führern der Supermächte gewesen, um eine Konfrontation zwischen ihnen zu vermeiden. Aber nicht einmal in Nicht-Krisenzeiten scheint das Kernstück des Heißen Drahtes, die dau-

ernd eingeschaltete Fernschreibverbindung, immer zu funktionieren, wie der frühere Sicherheitsberater Carters, Brzezinski, berichtet, der die Funktionsfähigkeit des Fernschreibers 1977 erfolglos testete.

Am 17. Juli 1985 verlängerten die beiden Supermächte das „Heiße Draht“-Abkommen und stimmten auch der technischen Verbesserung des Fernschreibers zu. Der zentrale Vorschlag der drei US-Senatoren blieb jedoch unberücksichtigt, weil die Administration Reagan ihn von vornherein abgelehnt hatte: Die Einrichtung eines „Zentrums zur Reduzierung des nuklearen Risikos“ in Washington und Moskau, das rund um die Uhr einsatzbereit ist, direkte Kommunikationskanäle zu den führenden Politikern und den Militärs besitzt und zu einem späteren Zeitpunkt von Angehörigen beider Staaten betrieben werden sollte. Alternativ dachten die Senatoren an ein gemeinsames Kommunikationszentrum auf neutralem Boden. Auch das im Juni 1985 abgeschlossene Abkommen beider Supermächte gegen eine atomare Erpressung durch Terroristen sieht derart weitreichende Maßnahmen nicht vor.

Amerikanische Entscheidungen und Konsultationen hinsichtlich des Einsatzes von Atomwaffen

Für das Problem des Atomkrieges aus Versehen sind die inneramerikanischen Entscheidungsprozesse und die Konsultationen der USA mit den Alliierten von Bedeutung. Von offizieller Seite wird hier in der Regel der Glaube an die Rationalität der Entscheidungsträger, an eine klare Abfolge der Beschlüsse und ihre Einhaltung in Krisenzeiten betont. Daß der Präsident den Einsatz jeder einzelnen Rakete befiehlt, ist eine formale Feststellung. Denn die militärischen Optionen und Kriterien für einen solchen Einsatz werden von den zivilen und militärischen Planern vorgegeben.

Es ist nicht notwendig, sich in der Frage der Vorab-Ermächtigung auf möglicherweise spektakuläre Einzelfälle zu beschränken. Denn die nicht völlig verlässlichen Kommunikationsverbindungen zwischen der „Nuclear Command Authority“ (NCA, also Weißes Haus/Pentagon) und den nuklearen Einheiten sowie bestimmte militärpolitische Optionen legen eine vorherige Übertragung des atomaren Einsatzbefehls ohne Rückkopplung mit dem NCA nahe. Der erste Aspekt gilt hauptsächlich für seestationierte Raketen, die fern vom amerikanischen Festland operieren und deren Einsatzleitungen in einer nuklearen Krise zum nationalen Oberkommando leicht gestört werden können. Bis Ende 1985 soll ein an die 100 Millionen Dollar kostendes Projekt

fertiggestellt sein, das die bisherigen Defizite vermindert („Ground Wave Emergency Network“, GWEN). Dem Pentagon zufolge wäre die Aufrechterhaltung der Fernmeldeverbindungen zwischen dem Weißen Haus und den verschiedenen Kommandozentralen der Streitkräfte auch im Falle eines durch die Zündung einer Rakete entstehenden elektromagnetischen Impulses, der Teile der Verbindungssysteme lahmlegt, nur anfangs gewährleistet. Unabhängig davon werfen U-Boote insofern besondere Probleme eines unbeabsichtigten Krieges auf, weil — in den Worten von Kapitän James Bush, vor seiner Pensionierung Befehlshaber auf dem strategischen U-Boot „Simon Bolivar“ — ein kommandierender Offizier „vor dem Abschuß seiner Raketen rein bürokratische Hindernisse überwinden (muß). Mechanische Sperren gibt es für ihn nicht.“ Es ist daher denkbar, daß Kapitän, Funker und zwei diensthabende Offiziere von sich aus in einer schweren internationalen Krise eine seegestützte Rakete abfeuern können.

Eine vorherige Befehlsübertragung für den Einsatz landgestützter zentral- und eurostrategischer Raketen wie die im Bau befindliche MX oder die bereits stationierten Pershing II hängt ab vom militärstrategischen Kontext im Sinne eines „launch on warning“ — also dem Abschießen von Raketen, während die der Gegenseite im Anflug sind. Immerhin war es Kissinger, der bemerkte, diese militärische Option könne „nur durchgeführt werden, wenn man die Befugnis dem sprichwörtlich „verrückten“ Oberst übertragen würde, über den so viele Filme gedreht worden sind“.

Im eurostrategischen und taktischen Bereich würde sich die Frage der Vorab-Ermächtigung aufgrund des AirLand Battle-Konzepts besonders dringlich stellen. Es sieht für den Fall eines sowjetischen konventionellen Angriffs den synchronisierten Einsatz von konventionellen, nuklearen und chemischen Waffen vor und ist offensiv ausgerichtet. Führende Vertreter der US-Armee haben eine — von Reagan abgelehnte — Vorab-Befugnis für den Einsatz taktischer Atomwaffen gefordert, da es so „viel leichter“ sei, „die Schlacht vorzubereiten“. Man muß in dieser Frage nicht auf das AirLand Battle-Konzept rekurrieren, denn die NATO-Doktrin sieht nun einmal einen möglichst frühen Einsatz von Atomwaffen als Reaktion auf einen konventionellen Angriff der UdSSR vor. Die Erteilung einer Vorab-Befugnis läßt sich deshalb nicht grundsätzlich ausschließen. Dies gilt verstärkt noch für das Ende 1984 von der NATO angenommene strategische Konzept des NATO-Oberbefehlshabers Rogers; es müßte neue

Freigabeverfahren erforderlich machen, da die für die Zerstörung der nachrückenden zweiten Staffel der Sowjetunion vorgesehenen ballistischen Raketen eine extrem kurze Flugzeit haben. Grundsätzlich gilt, daß das Verhalten von Militärs inmitten der Wirren eines Krieges nicht vorherzusagen ist — wer vermag zu garantieren, daß ein atomarer Einsatzbefehl fernab von Washington nicht gegeben wird?

Für alle derartigen Szenarios sind die Konsultationsmechanismen zwischen den USA und ihren westlichen Verbündeten relevant. Sie sollen (soweit sie in der Öffentlichkeit bekannt sind) vor dem atomaren Einsatzbefehl dann nicht gelten, wenn dies aus Zeitgründen nicht möglich ist (also wenn ein Befehl schnell gegeben werden muß), oder wenn die USA eine Konsultation nicht für opportun halten — etwa wenn aus ihrer Sicht ein Überraschungsangriff notwendig ist. Letztlich sind es die USA, die — in den Worten des früheren Verteidigungsministers Schlesinger — „die Entscheidungsbefugnis darüber haben, ob Atomwaffen eingesetzt werden oder nicht“. Wird dies offizielle Politik in einer Krise, sind die Europäer letztlich der Entscheidung der USA ausgeliefert. Aber abgesehen hiervon ist zu fragen, welche ausreichend vorbereiteten Expertengremien es auf NATO-Ebenen und auf der nationalen Ebene gibt, die in Krisensituationen die Informationen zu verarbeiten und kompetent an der Entscheidungsfindung teilzunehmen vermöchten.

Weiter stellt sich die Frage, welche militärischen Optionen und Entscheidungzwänge in Krisensituationen eine Rolle spielen können. Hier wird der militärstrategische Kontext relevant. In der Strategieentwicklung der letzten zehn bis fünfzehn Jahre ist ein deutlicher Trend in Richtung auf den selektiven, begrenzten Einsatz auf der Grundlage treffsichererer und zuverlässigerer Waffen unverkennbar. Gleichzeitig haben die waffentechnologischen Entwicklungen Teile der Nuklearstreitkräfte beider Seiten „verwundbar“ gemacht. Darüber hinaus kommt als weiteres destabilisierendes Element, das in einer Krisensituation den Präventionszwang erhöhen könnte, die „Verwundbarkeit“ des Befehls-, Kontroll- und Kommunikationssystems (C₃) hinzu. Im eurostrategischen Bereich ist auf die destabilisierende Wirkung vor allem der Pershing II selbst von Politikern wie Paul Nitze hingewiesen worden.

Die Vernichtbarkeitsfrage betrifft auch die strategische Ebene. Weil ein Teil der US-ICBMs unter bestimmten Annahmen als vernichtbar angesehen werden kann, ICBMs darüber hinaus eine enorme Counterforce-Kapazität haben (also die Fähigkeit, die ICBMs der Sowjetunion in hohem Ausmaß zu

zerstören), könnte die sowjetische Führung in einer Krise annehmen: das ICBM-Potential der Gegenseite tauge nur für den ersten Schlag, also so lange es selbst noch nicht zerstört ist. Sie könnte sich veranlaßt sehen, einer solchen von ihr (möglicherweise nur irrtümlich) angenommenen Präemptionsabsicht der USA ihrerseits zuvorzukommen. Sie kann sich aber auch zu einer „launch on warning“-Antwort (LOW) gezwungen sehen — also ihre Raketen abfeuern, sobald ihre Warnsysteme den Anflug amerikanischer Raketen melden. Denn in Zukunft muß sie davon ausgehen, daß die amerikanischen Waffenpotentiale (MX und Trident II eingeschlossen) ihre landgestützten Potentiale — und das sind 70 % ihres gesamten Nukleararsenals — zerstören können. Allerdings müßte die UdSSR einen Vergeltungsschlag der Gegenseite einkalkulieren; gleiches gilt für die Vereinigten Staaten. Was eine LOW-Option für die Entscheidungsträger weiterhin unattraktiv machen könnte, wären die vielfältigen technischen Probleme bei der Durchführung eines solchen Schlages.

Aber auch führende amerikanische Politiker und Militärs der letzten Administrationen haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den Abschuß ihrer Raketen vor dem Auftreffen der ersten sowjetischen Sprengköpfe nicht ausschließen. Entsprechend geäußert haben sich der damalige Verteidigungsminister Brown in seinem Pentagon-Bericht an den Kongreß für das Haushaltsjahr 1980 sowie die Generäle Allen und Ellis während der Kongreß-Hearings im Jahre 1980. Der Chef der Luftwaffe, Allen, machte vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses deutlich, daß „die Vereinigten Staaten den Einsatz nuklearer Waffen im Sinne eines launch on warning nicht abgeschworen haben, und es ist wichtig, daß die Sowjets nicht glauben, sie könnten sicher sein, daß wir das nicht tun würden“. Ein solches „launch on warning“-Szenario käme in der Tat einer automatisierten Entscheidung gleich. Eine LOW-Strategie würde für Interkontinentalraketen ca. 25 Minuten, für U-Boot-gestützte Waffen ca. 15 Minuten und für die Pershing II nur einige Minuten

Zeit lassen.

Die gründliche Studie des Zürcher Politikwissenschaftlers Daniel Frei, die den Ausbruch eines Nuklearkriegs durch Fehlalarme als praktisch Null ansah, formulierte diese Einschätzung unter der Bedingung, daß die strategische Stabilität gesichert sei, keine „launch on warning“-Politik verfolgt und auch auf eine Vorab-Ermächtigung für den Einsatz nuklearer Waffen verzichtet würde. Insbesondere im Hinblick auf die USA läßt sich sagen, daß ihre Counterforce-Kapazitäten — bei gleichzeitiger potentieller „Verwundbarkeit“ der landgestützten Raketen — das Risiko erhöhen, daß diese Bedingungen in einer Krisensituation hinfällig werden können. Darin besteht die Hauptgefahr in einer Krise: daß die Stabilität nicht mehr ausreichend gewahrt ist, weil die Angst vor der „Verwundbarkeit“ eigener Waffen die Entscheidungsträger zu der gleichermaßen irrgen wie fatalen Auffassung einer „Präemptions-Prämie“ verleiten könnte. Auch Frei merkt an, daß „der bloße Gedanke“ an die Einführung von militärstrategischen Optionen wie „launch on warning“ und die Möglichkeit von Fehlalarmen während der Krisenzeit „altraumhaft ist“.

Schlußfolgerungen

Die aufgezeigten möglichen Kriegsursachen verlangen eine breite Krisenvermeidungs- und Krisenverhütungsstrategie. Sie muß sowohl die politischen Aspekte wie auch die technologischen Zwänge in Krisensituationen berücksichtigen. In bezug auf die potentiellen politischen Kriegsursachen ist eine Politik der Entspannung von wesentlicher Bedeutung. Denn sie impliziert ein Klima, das Reaktionen unwahrscheinlicher macht, die zu einem Atomkrieg aus Versehen führen können. Was die waffentechnologische Komponente anbelangt, so sind gravierende rüstungskontrollpolitische Maßnahmen erforderlich. Sie müßten darauf abzielen, die Counterforcewaffen zumindest einzufrieren, die als vernichtbar angesehen werden und deshalb Präemptionsabsichten und -ängste heraufbeschwören und wenig Zeit für Krisenkommunikation lassen.

Horst Peter Bildungsoffensive im Interesse der Menschen oder Unterwerfung unter die Interessen der Wirtschaft?

*Horst Peter, geb. 1937, Studiendirektor a. D., ist
SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag.*

Die gegenwärtige konservative Regierungspolitik gefährdet in mehrfacher Hinsicht Struktur, Inhalte und Ansprüche einer am Menschen orientierten Bildung. Sie unternimmt nichts gegen Massenarbeitslosigkeit, propagiert die ungehemmte Anwendung der neuen computergestützten Informations- und Kommunikationstechniken in allen Lebensbereichen und sie fordert die Privatisierung der Lebensrisiken mit dem auf Elitedenken beruhenden Lebensmotto „Leistung muß sich wieder lohnen“. Diese Politik steht im totalen Widerspruch zu allem, was in den letzten Jahrzehnten in der Bildungsreformdiskussion und sozialdemokratischer Bildungspolitik gedacht und entwickelt worden ist. Sie stellt die sozialdemokratische Bildungspolitik vor die Entscheidung, entweder eine neue Bildungsoffensive im Interesse der Menschen zu starten oder aber zu erleben, wie die Menschen den Bildungsinteressen des Kapitals ausgeliefert und den Wirkungen von dauernder Arbeitslosigkeit, der ungehemmten Anwendung der neuen Technologien und der Ellenbogenideologie des „Leistung muß sich wieder lohnen“ unterworfen werden.

Wir sehen uns der Schwierigkeit gegenüber, daß einerseits die Bildungspolitik seit Jahren in der Prioritätsskala der Reformthemen weit unten steht, andererseits aber die Auswirkungen der konservativen Gesamtpolitik auf die Bildungschancen nicht immer direkt zu erkennen sind und die negativ Betroffenen meist nicht in der Lage sind, sich politisch bemerkbar zu machen. Es kommt deshalb darauf an, die Notwendigkeit einer bildungspolitischen Offensive aus dem Gesamtzusammenhang der konservativen Politik und den Erfordernissen einer sozialdemokratischen Reformstrategie abzuleiten. Die Strategie des Kapitals zielt darauf ab, die Verwertungsbedingungen dadurch zu sichern, daß die Arbeitskraft billiger und williger wird, daß die staatlichen Haus-

halte für Kapitalinteressen voll nutzbar gemacht werden, daß die Abwälzung der negativen sozialen und ökologischen Folgen der Produktion auf die Gesellschaft ermöglicht und die Strategie insgesamt ideologisch abgesichert wird.

Die konservative Regierung macht sich freiwillig zum Erfüllungsgehilfen dieser Strategie und liefert die gesetzlichen Instrumente zu ihrer Durchsetzung und sichert sie auch ideologisch ab. Sie nimmt dafür Arbeitslosigkeit auf Dauer, Unterminierung des Sozialstaats und Spaltung der Gesellschaft in Eliten, deren Privilegien abgesichert sind, und Opfer, die einem Verarmungs-, Entrichtungs- und Ausgrenzungsprozeß unterworfen sind, bewußt in Kauf. Das drückt sich aus in Sozialabbau, Aushöhlung von Schutzrechten, staatlicher Investitionslenkung im Interesse des Kapitals wie der Bereitstellung der Infrastruktur für die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien durch die Digitalisierung des Telefonnetzes und der Verkabelung der Republik und der neu angestoßenen Elitediskussion mit der Rechtfertigung der Ellenbogengesellschaft.

Von zentraler strategischer Bedeutung ist dabei das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz, dessen Ziel es ist, die Arbeitslosigkeit im Interesse des Kapitals voll wirksam werden zu lassen und das Arbeitsrecht so zuzurichten, daß es den Wirkungen der computergestützten Informations- und Kommunikationstechnologien nicht im Wege steht. Darüber hinaus wird durch dieses Gesetz das Widerstandspotential der Gewerkschaften geschwächt. In diesem Politikprozeß nimmt die ungehemmte Einführung der neuen Technologien einen zentralen Platz ein. Damit verbunden ist die Unterwerfung der Arbeitskraft unter die Bedingungen dieser Technologien, und das wiederum erfordert die Ausrichtung des Bildungssystems auf die Erfordernisse dieser Technologien.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die auf der Verknüpfung von Computer- und Nachrichtentechnik beruhen, versprechen den Unternehmen eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in bisher nicht gekanntem Ausmaß, da sie kapital- und arbeitssparend zugleich sind. Sie ersetzen im Betrieb bisher von Menschen ausgeübte Funktionen bei Planung, Entwurf, Konstruktion, Produktion, Verwaltung und Vertrieb durch Einsatz und Verknüpfung von Rechnern. Sie verbinden aber auch Betriebe und Haushalte, wenn das Telefonnetz so erneuert ist, daß es Texte, Daten,

Bilder und Sprache als elektronische Impulse speichern und übertragen kann. Dadurch eröffnen sich neue Möglichkeiten der Rationalisierung, da die Haushalte über das Telefonnetz Dienstleistungen direkt nachfragen können. Die Einführung dieser Techniken eröffnet Risiken in vier Gefährdungsberichen, die auch für das Bildungssystem von Bedeutung sind. Erstens vernichten die Neuen Technologien in ihrer Anwendung mehr Arbeitsplätze, als durch ihre Produktion geschaffen werden. Dabei lassen sich drei arbeitsverändernde und auch arbeitsparende Effekte feststellen: Leistungssteigerung und Arbeitsplatzabbau durch Einsatz von Rechnern und Rechnersystemen im Betrieb bis zur Veränderung hochqualifizierter Tätigkeiten durch die Entwicklung von Expertensystemen, Verlagerung von ehemals betrieblichen Funktionen auf Kunden durch elektronische Selbstbedienung (Handel), Telebanking (Banken), elektronische Fernberatung (btx-Dienst) und schließlich elektronische Fernarbeit.

Zweitens enteignen und entwerten die Neuen Technologien das erworbene Wissen und die erworbenen Qualifikationen der Arbeitnehmer. Drittens verändern sie die Arbeitsverhältnisse und machen die Arbeit und den Arbeitnehmer durch Informationssysteme kontrollierbar. Das gilt auch für die Konsumenten von elektronischen Dienstleistungen. Viertens verändern sie die kulturelle Identität des Menschen, da sie die Benutzer der Neuen Technologien zwingen, alle Informationen computerfähig zu zurichten. Diese Formalisierung der Informationen nimmt ihnen alles das, was den Umgang von Menschen, abseits der nackten Tatsachen, ausmacht: Gefühl, vielfältige sinnliche Wahrnehmung, spontane Assoziationen, unbewußtes Wissen und direkten menschlichen Kontakt, den eigentlichen Lebenssaft einer jeden Gesellschaft.

Wirtschaftsinteressen setzen sich zunehmend durch

Das Zusammenwirken von Arbeitslosigkeit und den Erfordernissen der Neuen Technologien greifen elementar in das Bildungssystem ein. Einerseits ist Voraussetzung der vollen Wirksamkeit der Neuen Technologien, daß die Menschen den Computer akzeptieren. Das wird bei den jetzt im Arbeitsleben Stehenden schwerer als bei denjenigen, die von Kindheit an den Umgang mit dem Computer gewöhnt sind und seine Logik verinnerlicht haben. Das wird auch noch rechtzeitig sein, da die Bundespost bei der Erstellung der für die volle Nutzung notwendigen Netzinfrastruktur noch bis zum Ende

des Jahrtausends zu tun haben wird. Hieraus erklärt sich der massive Druck der Wirtschaft, die Computer möglichst früh in die allgemeinbildenden Schulen einzuführen.

Andererseits genügt das traditionelle System der beruflichen Bildung immer weniger den Erfordernissen der Wirtschaft, die Arbeitskraft für die Neuen Technologien angemessen zu qualifizieren. Dadurch erhält das Weiterbildungssystem für die Wirtschaft zunehmend Bedeutung. Das duale System der beruflichen Erstausbildung verkümmert in der Tendenz zum Rekrutierungsfeld der für die Weiterbildung geeigneten Arbeitnehmer. So beginnt, spätestens nach dem Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems, unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit und des Ausbildungspotenzialmangels die Aufspaltung der Gesellschaft in Arbeitnehmer, die künftig die Chance haben werden zu beruflichem Aufstieg und Dauerarbeitsplätzen, und in die auf der Schattenseite Stehenden, die bestenfalls ungeschützte Arbeitsverhältnisse und häufige Arbeitslosigkeit erleben werden.

Damit wird der traditionelle Interessengegensatz im beruflichen Bildungswesen — ob die berufliche Bildung der beruflichen und allgemeinen Entwicklung des Individuums zu dienen hat oder in erster Linie auf den Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet sein muß — zunehmend zugunsten der Wirtschaftsinteressen entschieden. Die Wirtschaftskrise und die Existenz einer industriellen Reservearmee stärken die Selektionsmacht der Unternehmer bei der Rekrutierung ihrer Belegschaften. Das Beschäftigungsförderungsgesetz mit der Möglichkeit des Abschlusses von befristeten Arbeitsverhältnissen liefert ein wirksames Selektionsinstrument. Der Unternehmer kann diejenigen, die sich bewähren, in Dauerarbeitsverhältnisse übernehmen.

Privatisierung, Privilegierung, Entsolidarisierung

Aber auch das existierende Weiterbildungssystem, das bisher schon ein Instrument der Unternehmen zur Selektion darstellt, kann den Unternehmerinteressen noch stärker dienstbar gemacht werden. Sowohl die Weiterbildungsmaßnahmen der Arbeitgeber selbst, die bisher schon Instrument der Personalplanung waren, als auch die Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, die von den Arbeitsämtern an externe Träger vergeben werden, werden von den Unternehmern in ihrem Interesse instrumentalisiert. Die Chancengleichheit der gewerkschaftlichen Träger wird dadurch eingeengt, daß die Vergabe von

Maßnahmen vorrangig nach dem Kostenprinzip erfolgt und hier private Träger, die sich die Lehrerarbeitslosigkeit durch Abschluß von ungeschützten, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen zunutze machen können, Wettbewerbsvorteile haben. Oftmals ist auch die Chance, einen Arbeitsplatz zu bekommen, für Absolventen einer Maßnahme, die in Kooperation mit Unternehmen bei einem den Arbeitgebern nahestehenden Trägern abgewickelt wird, größer.

Interessant ist, daß auch Pläne existieren, die Weiterbildung an den Hochschulen, ähnlich wie die Forschung, von den Arbeitgebern abhängig zu machen. Faßt man diese Tendenzen zusammen, so ergibt sich der Trend zur Privatisierung der beruflichen Bildung und der Unterordnung unter die Bedürfnisse des Kapitals. Die Aufgabe des Staates reduziert sich zunehmend auf die Finanzierung der Ausbildung und Weiterbildung. Der Trend der Zeit geht auch hier auf Privatisierung der Risiken, Privilegierung und Entsolidarisierung. Das Instrument ist die Entkopplung von Ausbildung und Beschäftigung und die Befreiung der Arbeitgeber von Zwängen bei der Einstellung von Arbeitnehmern.

Eine sozialdemokratische Gegenstrategie muß von der Analyse der Gesamtstrategie des Kapitals ausgehen und eine mobilisierende Alternative entwickeln. Es geht um menschenwürdige Arbeit in einer menschenwürdigen Gesellschaft. Dazu gehört, daß alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können; dazu gehört eine selbstbestimmte Lebensplanung; dazu gehört vorbeugende soziale und ökologische Gestaltung der Produktion und der Technik; dazu gehört qualitatives Wachstum. Voraussetzung zur Realisierung dieser Forderungen ist es, die Bedürfnisse der Gesellschaft gegenüber den einzelwirtschaftlichen Gesamtinteressen durchzusetzen. Hierzu fordern wir die Ausweitung der Mitbestimmung auf allen Ebenen.

Aufgabenfelder eines Reformkonzepts

- Es gilt, menschenwürdige Arbeit für alle zu schaffen. Das heißt in erster Linie, die Erwerbsarbeit sinnvoll zu gestalten. Wir können nicht zulassen, daß für die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen außerhalb der Erwerbsarbeit Reviere geschaffen werden, in denen sie sich angeblich verwirklichen können und damit gerechtfertigt wird, daß sich im Betrieb nichts ändert.
- Es gilt, die politische, kulturelle und soziale Freiheit der Menschen zu sichern, d. h. Überwindung und Manipulation in Freizeit und am

Arbeitsplatz. Dazu ist die Kontrolle der Informations- und Kommunikationstechnologien in allen Wirkungsfeldern zu fordern.

- Es gilt aber ganz besonders, zu einem Gegenkonzept in der Bildungs- und Kulturpolitik zu kommen. Es kommt dabei nicht nur darauf an, daß Qualifikationen für neue Arbeitsplätze erworben werden können. Genauso wichtig ist die Aufgabe, die Mündigkeit der Menschen zu sichern, die Befähigung der Teilhabe an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen im Betrieb und Gesellschaft, die Fähigkeit zu einer selbstbestimmten Freizeit in der Jugendphase, in der Familienphase und im Alter, damit wir nicht Opfer der technischen Entwicklung, sondern deren Gestalter werden.

Im allgemeinbildenden und im berufsbildenden Schulsystem ist die inhaltliche Diskussion über die Lernziele zu revitalisieren. Es geht nicht darum, die Computer aus dem Unterricht zu verbannen, sondern den kritischen Umgang mit Technik und ihre Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen sowie die Gestaltungsmöglichkeiten in die Schule hineinzuholen. Die in den 70er Jahren unterdrückte Diskussion um die Rahmenrichtlinien ist zu erneuern.

Das System der beruflichen Bildung und Weiterbildung ist aufeinander zu beziehen und an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren. Die Inhalte sind in öffentlicher Verantwortung festzulegen und müssen die Menschen in die Lage versetzen, Mitbestimmung zu praktizieren. Das Weiterbildungssystem hat die Aufgabe, die Arbeitskraft auf die kommenden Arbeitsbedingungen eines Programms des qualitativen Wachstums vorzubereiten und dabei die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen. Die Träger der Weiterbildung sollen gleiche Chancen haben und Mindestanforderungen erfüllen, sie sollen in der Organisation der Arbeit und Mitbestimmung unterliegen. Der Anspruch auf Fortbildung und Umschulung ist allen Arbeitssuchenden zu gewähren.

Bei der betrieblichen Weiterbildung geht es darum, daß das Interesse des Arbeitnehmers als eigenständiges Interesse anerkannt wird. Dazu ist es erforderlich, aus der Beratungspflicht des Arbeitgebers über betriebliche Weiterbildung (§ 96/97 BetrVG) ein echtes Mitbestimmungsrecht zu machen. Inhaltlich müssen die allgemeinbildenden Elemente in allen Bereichen der Weiterbildung ein stärkeres Gewicht erhalten. Als Grundlage dafür, daß Arbeitnehmer an Veranstaltungen der Träger ihrer Wahl teilnehmen können, wird die Bedeutung

der bezahlten Bildungsfreistellung wachsen. Dazu bedarf es der entsprechenden Bestimmungen in den Bildungsurlaubsgesetzen. Zu diskutieren sind auch andere Finanzierungsformen wie z. B. aus einer einheitlichen Berufsbildungs- und Weiterbildungsabgabe eingespeiste Fonds, die bei den Arbeitsämtern angesiedelt werden könnten. Auf diese Weise würden sie außerdem der Mitbestimmung durch die Selbstverwaltungsorgane unterliegen.

Wenn also Umqualifizierung für die Masse der arbeitslosen Arbeitnehmer, vor allem der jugendlichen, dringend geboten ist, zugleich aber die Gestaltungsmöglichkeiten der neuen Technologien auch von der Fähigkeit der Arbeitnehmer abhängen, sich der neuen Technologien zu bedienen, so ist eine bildungspolitische Offensive notwendiger Teil einer Politik für menschenwürdige Arbeit in einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Berichte aus europäischen Ländern

Frankreich Gewerkschaften in Nöten

Daß sich Frankreichs Gewerkschaftsbewegung in einer „Krise“ befindet, ist eine banale Feststellung, die unvermeidlich getroffen wird, wenn von ihr die Rede ist; das war vor dem „Machtwechsel“ 1981 der Fall, und das ist auch heute so — vielleicht mehr denn je. Es geht dabei nicht — oder nicht in erster Linie — um die Tatsache, daß man es in Frankreich mit einer Vielzahl von Organisationen zu tun hat, die weder ideologisch noch was ihre Praxis betrifft auf einen Nenner zu bringen sind. Es scheint vielmehr, daß der Begriff „Bewegung“ kaum noch als brauchbar erscheint, um die Situation von Organisationen zu charakterisieren, die untereinander im Hader liegen und größte Mühe haben, zu einer Selbstverständigung zu gelangen.

Zunächst lastet weiterhin die Vergangenheit auf ihnen: die anarcho-syndikalistische Tradition, besonders stark in der Periode vor dem Ersten Weltkrieg, hatte das Aufkommen eines Bewußtseins verhindert, das man als „sozialdemokratisch“ bezeichnen könnte. Der „revolutionäre Syndikalismus“ war beherrscht von „militants“, die sich als Avantgardisten, als Individualisten betrachteten, denen es nicht in erster Linie darauf ankam, die große Masse der Arbeitnehmer organisatorisch zu verbinden; sie waren „gegen den Staat“; sie waren — bewußt oder unbewußt — davon überzeugt, daß die „Masse“ nie ein revolutionäres Bewußtsein erlangen würde und

daß ihre Aufgabe daher darin bestehen müßte, sie irgendwann „spontan“ in den Kampf hineinzuziehen.

Es bedurfte einer langen Periode, um diesen Zustand zu überwinden. Doch dem teilweisen Bruch mit dieser Tradition folgte, insbesondere in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, ein Ereignis, das sehr lange die Evolution der Gewerkschaften bestimmen sollte: die Kommunistische Partei, damals eine Organisation, die vorwiegend von Industriearbeitern beherrscht wurde, konnte die CGT (Confédération générale du travail) „erobern“ und zu ihrem Instrument machen. Ein zweites Mal wurde so die Symbiose zwischen einer sozialistischen Organisation und der Gewerkschaftsbewegung, wie man sie in Deutschland und in den skandinavischen Ländern kannte, verhindert.

Was sich gegenwärtig — und seit vielen Jahren schon — abzeichnet, ist ein Prozeß der Atomisierung, der unaufhaltbar erscheint. Zunächst ist die Tatsache zu verzeichnen, daß weniger als 20 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind. In den kleinen und mittleren Unternehmen ist die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten noch viel geringer, in den großen Betrieben ist die Lage etwas besser: aber es muß als bezeichnend betrachtet werden, daß der gewerkschaftliche Einfluß dort am bedeutendsten ist, wo die Sicherheit des Arbeitsplatzes garantiert ist: nämlich im öffentlichen Dienst, bei den Eisenbahnen, in den Gas- und Elektrizitätswerken, bei der Post usw.

Die von den Kommunisten beherrschte CGT, immer noch die stärkste Gewerkschaftsorganisation, hat in den letzten Jahren einen großen Aderlaß erlitten: sei es, weil die KPF selbst erheblich an Einfluß und Schlagkraft verloren hat; sei es — in noch größerem Maße — weil jene Industriezweige, in denen sie relativ stark verwurzelt war (Metallindustrie, Bergbau, Werften usw.) relativ an Bedeutung verloren haben und der Modernisierung zum Opfer fie-

len. Die CGT hat deshalb größte Mühe, ihre Positionen zu halten, und läuft auf die Dauer Gefahr, an den Rand gedrückt und ebenso marginal zu werden wie die KPF.

Es ist aber keineswegs sicher, ob ihre „Konkurrenten“ daraus Gewinn ziehen können. Denn die zweitstärkste Gewerkschaftsorganisation des Landes, die eher sozialistisch orientierte CFDT (Confédération française et démocratique du travail), die noch vor einigen Jahren den Eindruck vermittelte, die Basis für eine neue, moderne Gewerkschaftsbewegung bilden zu können, ist selbst von einer Krise eingeholt worden: angesichts der Wirtschaftskrise und ihren Konsequenzen ist sie nach und nach von den Ideen der „autogestion“, der Arbeiterselbstverwaltung, und ihrem sozialistischen „Credo“ abgerückt und legt in der letzten Zeit den Akzent ihrer Aktivität auf „konkrete“ Probleme, die sowohl die „Modernisierung“ der Industrie und ihre Folgen als auch eine „vernünftige“ Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeberlager betreffen. Aber ebenso wie die CGT — wenn auch nicht aus den gleichen Gründen — befindet sich die CFDT in einer tiefen Krise und ringt um ihr „Selbstverständnis“: parallel übrigens zu dem Phänomen, das auch in der Sozialistischen Partei zu verzeichnen ist.

Was schließlich die „Force Ouvrière“ betrifft — die drittstärkste oder schwächste Gewerkschaftsorganisation des Landes — so kann von ihr gesagt werden, daß sie über ihren größten Einfluß unter den Beamten und Angestellten verfügt und jeder Ideologie abhold ist — wenn nicht unter dem Begriff „Ideologie“ die Bestrebung zum Ausdruck gebracht werden soll, „neutral“ zu sein und einen pragmatischen Reformismus zu predigen, etwa im Sinne der amerikanischen Gewerkschaften, mit denen „Force Ouvrière“ recht eng verbunden ist.

Um diese Übersicht etwas vollständiger zu machen, muß noch die kleine CFTC (Confédération française des travailleurs chrétiens) erwähnt werden, die sich auf die christliche Soziallehre beruft sowie die CGC (Confédération générale des cadres), die einen beträchtlichen Teil des Führungspersonals in ihren Reihen vereint hat und äußerst konservativ ist.

Die Praxis der sozialistischen Regierung seit 1981 hat die Gewerkschaftsorganisationen vor schwierige Probleme gestellt: für die Zurückhaltung der CGT, für ihre Passivität, war bis zum Jahre 1984 die Tat sache ausschlaggebend, daß die KPF in der Regierung vertreten war und daß diese Regierung, auch wenn sie „Lohndisziplin“ forderte und durchsetzte, immerhin die 39-Stundenwoche einführte, eine Art

von Mitbestimmung in den Betrieben gesetzlich verankerte und den Jahresurlaub erhöhte. In diesem Sinne fühlten sich die Gewerkschaften als „Partner“ der Regierung und als Gegner des konservativen Lagers. Die CFDT insbesondere schien geneigt, dem „Realismus“ der Regierung zu folgen und eine Umwertung ihrer Werte vorzunehmen.

Die CGT, die nach dem Ausscheiden der kommunistischen Minister aus der Regierung eine scharfe Sprache führte und zu Streiks aufrief, mußte jedoch eine Feststellung treffen, die für das soziale „Klima“ im Lande charakteristisch erscheint: die Kampfbereitschaft der „Massen“, an die sie appellierte, war gering, ja sie schien auf einen Nullpunkt gesunken zu sein. Und dafür ist, wie es scheint, nicht nur die Tatsache verantwortlich, daß Krise und Arbeitslosigkeit den Kampfgeist ohnehin stark behindern, sondern daß die Gewerkschaftsbewegung angesichts der Krise ihre Orientierung verloren hat: Welches sind die Mittel, um dieser Krise zu begegnen, so fragt man sich in Gewerkschaftskreisen, und wie kann ein „Konzept“ erarbeitet werden, das sowohl die „alten“ Konzeptionen der Arbeiterbewegung berücksichtigt als auch den „mutations“, den Wandlungen innerhalb der Gesellschaft Rechnung trägt?

Gustave Stern (Paris)

Großbritannien Westland und danach

Wahrscheinlich zählten die letzten vier Wochen zu den schwersten im Leben von Frau Thatcher überhaupt. Die Öffentlichkeit wurde dabei nämlich nicht nur Zeuge der Enthüllungen über das Westland-Desaster, sondern erlebte im Sog der Ereignisse auch die Demission zweier Minister des Kabinetts Thatcher und den Beinahe-Sturz der Premierministerin selbst.

Doch damit nicht genug. Kaum hatten sich die altherhöchsten Wogen der Erregung um Westland wieder gelegt, geriet das Kabinett Thatcher abermals in arge Bedrängnis. Diesmal ging es um die erzwungene, für die Regierung allermal höchst peinliche Offenlegung von Plänen, wonach nun auch Teile von British Leyland, Großbritanniens einzig noch verbliebenem einheimischen Autohersteller, einschließlich des renommiertäglichen Land-Rover-

Werkes, an die US-Gesellschaften General Motors beziehungsweise Ford verkauft werden sollten. Nach dem Streit um die Westland Helicopter Company, der in Wahrheit ja eine Auseinandersetzung um die Akzeptanz einer amerikanischen Beteiligung an Teilen der britischen Rüstungsindustrie war, stand die Regierung nun vollends als ein Haufen dilettantischer politischer Anfänger da. Vor allem die Hinterbänkler der eigenen Unterhaus-Fraktion, und hier gerade diejenigen mit unsicheren Mandaten aus dem Kerngebiet unserer Automobilindustrie, zwangen die Regierung zu einer raschen Kehrtwende. Zusätzlich zu dem Angebot von General Motors sind aber auch noch einige nicht-amerikanische Konsortien mit im Spiel. Beide Ereignisse beweisen, daß die Regierung im Grunde genommen den strukturpolitischen Problemen im Bereich der Wirtschafts- und Industriepolitik völlig konzeptionslos gegenübersteht.

Zurück zur Westland Affaire: Für die britische Öffentlichkeit war es natürlich rätselhaft, warum die Zukunft irgendeiner obskuren kleinen Huberschrauber-Firma um ein Haar eine Regierung mit einer satten Mehrheit von doch immerhin mehr als 140 Sitzen zu Fall gebracht hätte und überdies den Glücksstern einer doch ansonsten so „erfolgreichen“ Premierministerin so erblassen ließ.

Festzuhalten ist zunächst einmal, daß diese Entwicklung ohne den Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers, Michael Heseltine, natürlich undenkbar gewesen wäre. Gerade aber Heseltines Rücktritt erfolgte mitnichten nur aus Protest gegen die Nicht-Interventions-Strategie der Regierung im Fall Westland oder aus prinzipiellen inhaltlichen Vorbehalten gegenüber der Wirtschaftspolitik von Mrs. Thatcher. Vielmehr wollte Heseltine mit seinem Rücktritt auch deutlich machen, daß er den Regierungsstil von Frau Thatcher als selbstherrlich, unehrlich und undemokratisch ansieht. So gesehen ging es bei dieser ganzen Affaire also um insgesamt drei Dinge, nämlich um die Wirtschaftspolitik, die Sachkompetenz im Kabinett und den Führungsstil der Kabinetschefin.

Erst nach Heseltines Rücktritt nahm die Entwicklung dann eine neue, letztlich entscheidende Dimension an. Jetzt nämlich rückte die Frage nach der Aufrichtigkeit und Integrität zusehends in den Brennpunkt. Eine „Irreführung des House of Commons“ (Unterhaus) nämlich gehört in Großbritannien traditionell zu den schlimmsten Vergehen überhaupt, deren sich ein Politiker schuldig machen kann. So war denn jene Entwicklung, die sowohl dem damaligen Wirtschaftsminister, Leon Britton,

als auch Mrs. Thatcher selbst soviel Prestigeverlust gebracht hat, auch vor allem darauf zurückzuführen, daß beide versucht hatten, die Wahrheit zu verfälschen und Hintergründe zu verheimlichen. Selbst nachdem sich die Premierministerin doch noch zu einem „Schuldbekenntnis“ vor dem Unterhaus durchgerungen hatte, ergab eine Meinungsumfrage, daß 56 % aller Befragten bezweifelten, daß jene „Beichte“ vor dem Parlament wirklich die Wahrheit enthalten habe. 51 % waren sogar der Ansicht, Mrs. Thatcher solle noch vor der nächsten Wahl zurücktreten.

Erst kürzlich, nach Mrs. Thatchers Aussage vor dem Unterhaus, wurde bekannt, daß die Westland Saga darüber hinaus mit dem Beigeschmack von Korruption behaftet war. Zum einen hatte es da das Angebot an einen Befürworter der Pro-Europa-Lösung gegeben, ihm seinen Seitenwechsel mit einem Sitz im Oberhaus (dem House of Lords) zu versüßen. Zum anderen standen da bis zur letzten Minute jene gleichsam geheimen wie anonymen Aktientransaktionen über Schweizer Banken und sonstige fragwürdigen finanziellen Gedächtnissstützen im Raum, die man einem Unterstützer der US-Lösung als Belohnung zugesucht hatte. Gerade die Bestechlichkeit war seit jeher eine empfindliche Schwachstelle der Konservativen. Erinnert man sich überdies auch an die anderen jüngsten Skandale und Unregelmäßigkeiten in der laufenden Amtsperiode, dann steht es um die „weiße Weste“ von Mrs. Thatchers Regierung noch schlechter.

Inzwischen lautet die Kernfrage denn auch längst, ob Frau Thatcher bei der nächsten Wahl die Tories erneut als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf führen wird. Wird sie freiwillig verzichten? Wird man sie gar stürzen? Oder kann sie doch überleben? Wahrscheinlich werden die Meinungsumfragen den Ausschlag geben. Jenseits der bereits erwähnten 51 %, denen zufolge Mrs. Thatcher zurücktreten soll, gab es aber noch eine weitere Meinungsumfrage. Und diese forderte aus Tory-Sicht noch größere Horrorvisionen zutage. Auf die berühmte „Sonntagsfrage“ hin gaben nämlich nur noch 27 Prozent der Befragten an, die Konservativen wählen zu wollen. Demgegenüber lagen die Allianz (Sozialdemokraten und Liberale) bei 33 Prozent, Labour bei 38 Prozent. Auf Unterhaus-Sitze hochgerechnet bedeutete dies eine Mehrheit für Labour. Demgegenüber würden die Konservativen nur noch 151 Sitze erhalten (verglichen mit derzeit 392) bei 134 Mandaten für die Allianz. *Elizabeth Hartley-Brewer*

Niederlande PvdA zwischen Zuversicht und Ohnmacht

Auf ihrem Wahlkongress hat die PvdA Programm und Strategie für die Parlamentswahlen im Mai festgelegt. Zuversichtlich steuert die Partei den größten Wahlsieg ihrer Geschichte an. Ob sie damit auch in die Regierungsverantwortung gelangen wird, bleibt allerdings zweifelhaft.

Schon vor längerer Zeit haben sich die sozialdemokratischen Wahlstrategen das Ziel gesteckt, der regierenden christlich-liberalen Koalition ihre jetzige knappe parlamentarische Mehrheit zu nehmen. Gelänge dies, so träumt man im Parteihauptquartier, wäre der christdemokratische CDA gezwungen, die PvdA als Regierungspartner zu akzeptieren. Da die PvdA vermutlich stärkste Partei werden wird, würde ihr Führer Joop den Uyl zum zweiten Mal — er war bereits 1973 bis 1977 Ministerpräsident — das Kabinett bilden.

In diese Strategie fügt sich ein gemäßigtes Wahlprogramm, das Möglichkeiten des Kompromisses mit dem CDA bereits offenhält. Der Kongress hat also den Wahlstrategen keine Steine auf den Weg gelegt. Nur in einem Punkt erwies er sich als radikaler, als er festlegte, daß die beiden niederländischen Kernkraftwerke stillgelegt werden sollen, sobald die technische Möglichkeit dazu gegeben ist.

Nicht minder wichtig ist, daß nun auch die Nachfolge Joop den Uyls endgültig geklärt scheint. Obwohl der heute 66jährige, der die Partei seit 20 Jahren leitet und sie zum siebten Mal in die Wahlen führt, an politischer Führungs- und Ausstrahlungskraft nichts eingebüßt hat, hatte sich das Personalkarussell um seine Erbschaft schon mehrmals gedreht. Zumal die zögernde Haltung von den Uyl selbst hatte immer wieder zur Vertagung der Nachfolgefrage geführt, und mehrere mögliche „Kronprinzen“ hatten bereits das Handtuch geworfen.

Auf dem Kongress hat Den Uyl nun sich und seine Partei von dieser manchmal peinlich wirkenden Diskussion befreit: Zum gegebenen Zeitpunkt im Verlauf der nächsten vier Jahre werde er die Führung der Partei an Wim Kok, bis 1985 Vorsitzender des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, abgeben. Wann genau Kok Parteivorsitzender werden soll, dürfte u. a. vom Wahlausgang und der nachfolgenden Kabinettbildung abhängen. Bleibt die

PvdA in der Opposition, ist der Führungswechsel logischerweise früher zu erwarten. Für Wim Kok, der im Mai zum ersten Mal ins Parlament einziehen wird, kommt es zunächst darauf an, parteipolitische Erfahrungen zu sammeln und sein noch stark gewerkschaftlich geprägtes Image in das eines politischen Generalisten zu verwandeln.

Auf die Übernahme der Regierungsverantwortung ist die Partei zwar gerüstet, doch die Stimmung ist nicht entsprechend. Das wurde bereits Anfang Februar deutlich, als die PvdA den 40. Jahrestag ihrer Gründung feierte. In diesen 40 Jahren war die PvdA zwar insgesamt 20 Jahre an der Regierung beteiligt, seit 1966 jedoch nur in sechs Jahren. Würde man auch dieses Mal, trotz zu erwartender kräftiger Gewinne, außen vor bleiben?

Den Gründungsvätern jedenfalls hatte 1946, als sie aus der alten Sozialdemokratischen Partei, einer kleinen linksliberalen Partei und einer kleinen evangelischen Partei die PvdA bildeten, eine Art natürlicher und eventuell selbst mehrheitsfähiger Regierungspartei vor Augen geschwebt. Überwunden werden sollte damals die alte partei- und gesellschaftspolitische Gliederung der Vorkriegszeit, d. h. die typisch niederländische „Versäulung“ mit ihrer Aufteilung der Gesellschaft in eine evangelische, eine katholische, eine sozialistische und eine liberale „Säule“. Die neue Partei sollte für Protestanten und Katholiken ebenso offen sein wie für ehemalige Anhänger der Vorkriegssozialdemokratie, als deren Nachfolgerin sich die PvdA nur sehr bedingt fühlte.

Doch die erhoffte Zweiteilung der niederländischen Nachkriegsgesellschaft in einen fortschrittlichen und einen konservativen Block blieb aus. Erst jetzt, nachdem sich die „versäulte Gesellschaft“ seit den 60er Jahren langsam aufzulösen begonnen hat, macht sich eine gewisse politische Zweiteilung bemerkbar, aber nicht zugunsten der „Partei der Arbeit“. Die PvdA kann zwar darauf hoffen, mit rund 40 % der Stimmen mit Abstand stärkste politische Partei zu werden, ihr steht aber ein immer mehr ins rechte Lager abdriftender CDA gegenüber, der die Zusammenarbeit mit dem rechtsliberalen VVD auf Gedeih und Verderb fortsetzen will.

Das ist die paradoxe Lage der PvdA 40 Jahre nach ihrer Gründung: Die Partei wird eine Stärke erreichen, die den Gründungsvätern als Minimum vor Augen geschwebt hatte, doch die Enkel können sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie von dem Ziel, die PvdA zur „natürlichen Regierungspartei“ zu machen, weiter entfernt zu sein scheinen als je zuvor.

Friso Wielenga (Amsterdam)

Leserbrief

Herrschaft hat heute subtilere Formen

Zu den Beiträgen von Hans Preiss in NG/FH 4 und 10/85 sowie Jürgen Walter in NG/FH 10/85

Nicht die Thesen von Hans Preiss — die von ihm angeführten Tatsachen und die aufgezeigten Tendenzen sind erschreckend, Angst erregt die Antwort von Jürgen Walter. Schlüsse aus Tatsachen und Tendenzen sollen immer dann nicht gezogen werden, wenn es um den Zusammenhang von Kapitalismus, Faschismus und Demokratie geht.

Vom Faschismus solle schweigen, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, warnte Horkheimer „danach“. Noch heute reden wir nicht, sondern schweigen. Wie sollen wir aus der Geschichte lernen, wenn wir sie noch nicht einmal in ihren Zusammenhängen wahrnehmen wollen, wenn wir sie verleugnen? Wer wie Preiss solche Zusammenhänge ausspricht, den stellt Walter einfach in die kommunistische Ecke und glaubt sich damit jeder qualifizierten Analyse enthoben. Er begnügt sich weithin mit dem Nachbeten der offiziellen Ideologie — der der Bundespräsident allerdings nicht sich fügt, wenn er zum 8. Mai 1985 zuerst vom Faschismus reden will, bevor er über die Demokratisierung des Kapitalismus spricht. Gewiß: die kapitalistische Freiheit des freien Fuchses im freien Hühnerstall (Joyce) ist sozialstaatlich und durch Mitbestimmung gebrochen; abgeschafft aber ist sie nicht. Daß trotz Sozialstaat und Mitbestimmung sich innere Bewegungstendenzen der kapitalistischen Produktion durchsetzen, beweist die steigende Arbeitslosigkeit. Daß zudem mit der Politik der Wende der Sozialstaat zunehmend gebengt und die neuen Technologien die Mitbestimmung auszuhöhlen drohen, scheint Walter nicht zu bemerken.

Bei solcher Blauäugigkeit gerät der Tatbestand Flick gar nicht in den Blick, ebensowenig die Handsalben Daimlers an Boenisch u. a. Dokumentiert sich in solchen Nuancen freiheitliches Handeln, das zu verteidigen einer Demokratie ansteht, oder umgekehrt die Aushöhlung der Demokratie im demokratischen Gewande? Wann beliebt es mächtigen ökonomischen Interessen, sich auch dieses Gewandes zu entledigen, das bislang — wenn auch prekär — immer noch Elemente von Teilhabe und Mitbestimmung am politischen Geschehen garantierte? Um diese Frage geht es — und im stärkeren, offeneren Zugriff der großen Industrie auf den Staat der Bundesrepublik Deutschland lassen sich durchaus inhaltliche Parallelen zur präfaschistischen Wirtschaftsmoral ausmachen. Daß dann der Faschismus an der Macht sich langfristig nicht als bloßes Instrument der Profitinteressen der Großindustrie erwies, schafft den inneren Zusammenhang von Fa-

schismus und Kapitalismus nicht aus der Welt — ebensowenig wie die potentielle Auslöschung der Menschheit durch einen Weltraumkrieg von der Rüstungsindustrie gewollt sein kann, deren Profitinteressen sich das SDI-Projekt weithin verdankt.

Schwer wiegt, daß die ökologischen und technologischen Folgen von Produktion und Distribution keineswegs bloß ignoriert, wie Zeitgenossen uns einreden, sondern von den Verursachern immanent herbeigeführt werden. Der Belegsatz Walters, „das gemischtwirtschaftliche System“ habe sich „im großen und ganzen bewährt“ (NG/FH 1985, 957), wirkt zynisch angesichts von — zig Millionen Menschen in Industrieländern, die schon der abhängigen Arbeit beraubt sind. Preiss diagnostiziert zu Recht, daß ein Wirtschaftsverhalten, das den Faschismus letztlich ermöglicht habe, heute andere Formen angenommen habe. Insofern bedarf es beim heutigen Stand der Technik nicht mehr der historischen Formen offener faschistischer Gewaltherrschaft. Herrschaft hat heute subtilere Formen angenommen. Welche Inhalte von Herrschaft die technologisch ausgelöste Zerstörung kollektiver Produktionsweisen und ihre Rückführung auf individuelle, flexibilisierte und privatistische haben wird, ist nicht länger nur spekulativ zu beantworten. Nicht Arbeitsteilung als Zerlegung der Hände und vorgetaner menschlicher Arbeit, vielmehr die des Hirns und der Gene tritt zur Spaltung und Strahlung der Elemente. Ihr gegenüber steht eine weithin erstarnte Arbeiterbewegung, die zu langsam Strategien entwirft, die neuen Produktivkräfte zu beherrschen. Solange Einstein bis hin zu Weizenbaum in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit nicht rezipiert werden, deren Einsichten in gewerkschaftliches Handeln nicht einmündet, sondern deren Wissen umgekehrt gegen uns gewandt wird, solange bleiben Gewerkschaften letztlich Werkzeuge jener, die über Produktionsmittel selbst bestimmen: Wolff von Amerongen spricht im November 1985 offen aus, daß der Computer die Mitbestimmung der Menschen ersetzen solle. Groß ist so die Gefahr, daß bei qualitativ veränderten Produktivkräften menschliche Arbeit autoritärer denn je verwertet werden wird. Marcuses Diktum zur Organisation von Produktion und Arbeit im Faschismus, anstelle des Tausches der Arbeit trete die Diktatur über die Arbeit, warnt vor eingeleiteten Entwicklungen.

Widerstand der vielen tut also not. Bestehende demokratische Strukturen sind gegen zunehmend autoritäre Ökonomie und Politik ohne gewerkschaftlichen Massenwiderstand nicht länger haltbar. Die Kampf-, Streik- und damit Kompromißfähigkeit von Gewerkschaften steht auf dem Spiel. Unsere im Rechtssystem oft noch „illegal“ „legitim“ hat da Vorrang vor den noch „legalen“ „illegalen“ der Kapitaleigner, um Preissens Alfred-Weber-Zitat fortzuführen.

Dr. Rudolf Hofmann
Vorstandsmitglied der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands



„Hilf uns doch, Ratte!“

Günter Grass:
Die Rättin. Roman
 Luchterhand Verlag, Neuwied,
 512 S., DM 39,—

Mir ist, ich müßte eine Diagnose niederschreiben — über das, wie es heißt, am meisten entwickelte Gebilde des Naturgeschehens: das Gehirn des Menschen. Ist dieses hochentwickelte Gebilde dennoch zeitlicher Regression ausgesetzt?

Doch zur „Rättin“: Rättin — schmuckes Wort! Ist sie eine reguläre Ratte wie die auf dem Buchumschlag? Oder Symbol? Phantom? Alter ego des Autors? Sie ist alles und nichts. Sie ist Gesinnung, Gesinnungsträgerin, Deuterin. Sie gehört aber auch ihrer Art an wie sie geschildert wird: blaue Augen, langer nackter rosiger Schwanz, fünfgrüne Füße und das „ahnende Witterhaar“. Sie redet viel und vielerlei. Zu den Menschen: „Schluß! Euch gab es mal. Gewesen seid ihr. Ausgeschissen habt ihr. Und zwar restlos. Wurde auch Zeit!“ Aufstrebende Kinder finden: „Ich glaube, die Ratten haben Angst, weil die Menschen nicht genug Angst haben.“

Weil Günter Grass altväterliche Schreibweise liebt, sagt er (oder die Ratte): „Der Menschen Bosheit war gros auff Erden und ihrer Hertzen Tichten und Trachten war böse immer dar.“ Das habe sogar der „den eigenen Pfusch verfluchende Gott gefunden“, und abschließend habe er gesagt, „wir sollten draufgehen... Worauf er Regen machte, der vierzig Tage und Nächte fiel.“

Verzweiflung — ins Wort gepreßt. Das Wort selbst klingt gepflegt. Es ist jedoch einfacher und zugleich stärker in der beigegebenen Lyrik des Autors. In Lyrik muß man Distanz halten zum Anliegen, es „übersetzen“ und, wegen der relativen Knappheit, die Mitteilungslust bändigen.

Das Anliegen in G. G.s Geschichte besitzt keine Story. Auch erzählt wird nicht. Eher aufgezählt. Wiederholungen noch und noch, ein Stammeln könnte man sagen — und das hat, meine ich, seinen Zweck: Todes-Angst kundzutun. Es ist eine notwendige Angst, die dem Lebewesen eingeplant ist, damit es die Initiative aufbringt, sich von der Gefahr zu retten, sein *Sein* zu schützen.

Doch bloße Stimmungen kommen dem Autor zu nackt vor für die literarische Mitteilung. Einkleidung muß geschehen, Illustration. Und er nimmt hierfür Figuren der Dichtung anderer und seiner selbst, vor allem den Helden der „Blechtrömmel“, Oskar Matzerath, der freilich nun ein „bucklicht Männlein“ ist, das seiner empfindlichen Prostata zuliebe viele Kurorte aufsucht. (Sie werden aufgezählt) Das „Männlein“ besitzt die Utensilien des Wohlstandes, z. B. einen „Messer-schmitt-Kabinenroller“. Hartnäckig wird Oskar „unser Herr Matzerath“ genannt, fast auf allen 500 Seiten des Buches mehrere Male — das nervt! Als dieser nüchterne Gnom gefragt wird, ob man „das Waldsterben als letztes Märchen“ nennen soll, winkt er ab: „Zu viel Endzeitkulissen.“

Und es gibt viele Figuren in den Kulissen. Vor allem die Gestalten der Märchen der Brüder Grimm, die vom Autor — mir unverständlich — „Grimmbrüder“ heißen werden, was abschätziger klingt und witzlos ist. Die „Grimmbrüder“ seien zu „liberal“ gewesen, heißt es zwischendurch. Es hat irgend etwas mit deren gewaltigen Wörterbuch zu tun. Von deren Märchen kann man es nicht behaupten:

Hänsel und Gretel sind eher radikal, jedenfalls Gretel, die die Hexe in den Ofen schiebt, um ihren Bruder zu retten. Die Hexe verkörpert, beweisbar, das *Böse*.

Hänsel und Gretel werden — schizophren klingt es mir — „Kinder des Kanzlers“ genannt, von dem es heißt, daß „sein Gesicht gern von einem Grinsen heimgesucht“ wird. Und daß er „einen Keil Buttercremetorte in sich hineinschiebt“, während seine Gattin emsig in ihrem Handtäschchen wühlt. Sonst wird von Frauen großzügig gesprochen. Tüchtig sind die fünf, die zur See fahren, darunter die „Maschinenstin“, die „Steuermannin“, die „Mereskundlerin“ und „Damroka“, eine dem Autor Nahestehende offenbar, die dennoch nichts als Name bleibt, wie die meisten andern.

Strickende Frauen, heißt es, sind „die letzte Gegenkraft, seitdem das Ende von Tag zu Tag vertagt wird“. Gegenkraft...? Rießen einst nicht auch Frauen „ja!“, als gejohlt wurde: „Wollt ihr den totalen Krieg?“

Andererseits findet Grass: „Machen wir uns nichts vor: die Wahrheit heißt Donald Duck, und Mickey Mouse ist ihr Prophet.“ Solche wesensarmen Monster sind Lieblinge beider Geschlechter unserer Tage; mit ihnen mästet die Medien ihre Kundschaft — Totalverblödung droht...

Die Grass-Ratte heißt auch „Weihnachtsratte“, weil sie unterm Weihnachtsbaum lag, „von Tannenzweigen überdacht“. Sie heißt außerdem „Traumratte“, erträumen kann man ja was immer. Von Traum ist oft beiläufig die Rede. Jedoch hat der *Traum* seine eigene Logik. Jede Zusammenhanglosigkeit sollte nicht „Traum“ genannt werden, und nicht jede Irrealität hat Traumzauber. Die Regungen im Wortmeer der „Rättin“ sind manngfaltig. Schwermüdig kann es klingen: „Doch hätten zum Schlus, viele Menschen/ gerne noch einmal/ Mozart gehört.“

Mancher Leser mag G. G. bitten wollen: Geben Sie uns praktische

Klarheit, klare Praktizität! Was denken Sie in Wirklichkeit über die Mitmenschheit? Sie sind so wild und wirr in diesem Buch...

Man könnte als Antwort hierauf nehmen: „Die Menschen schließen uns immer schon zu allem Möglichen und zum Gegenteil all dessen zugleich befähigt zu sein... unschlüssig zwischen Böse und Gut.“ Er nennt die Menschen auch „sich Sklaven haltende Sklaven“. Und es träumt ihm, „ich müßte Abschied nehmen von allem Fleisch, darin ein lebendiger Odem ist“. Die Ratte könnte ergänzen, was sie auch irgendwo tut: „Weg sind sie, weg! Gut so.“

Die breitveranlagte Rättin kann sehr kriegsfachkundig sprechen: „Diese Spezialwaffen waren Weiterentwicklungen jener taktischen, für die Kurzstreckenrakete Lance produzierten Neutronengeschosse, die zu Beginn der Endphase umstritten waren...“

Der Professor der Medizin Walfried Linden (der freilich nicht diesem Buch angehört) könnte erläutern, daß „die Neutronenwaffe möglichst viele Menschen töten“ soll. „Dabei wird radioaktiver Fallout und Zerstörung von Material und Gebäuden möglichst gering gehalten. Auf diese Weise eignet sich die Neutronenwaffe hervorragend als Angriffswaffe, auch wenn ihre Hersteller das nicht zugeben“. Auch vom Strahlenschock „mit sofortiger Handlungsunfähigkeit und baldigem Tod“ berichtet Professor Linden, der zu den 140 000 Medizinern gehört, die unerschrocken genug sind, das Gestirn Tellus, auf dem wir beheimatet sind, echt zu lieben. Und er spricht den schmerzenden Satz aus „Wir werden euch nicht helfen können“ — der jedoch warnend gemeint ist: läßt es nicht dazu kommen, daß wir euch helfen müßten!

Ich glaube, daß Günter Grass nichts dagegen hat, wenn Außenstehende sprechen, die aber die gleiche richtige, wichtige Angst in sich haben wie er selbst. Als Erwiderung

nenne ich einen Satz aus seinem Buch: „Wir werden uns ändern müssen.“ Walfried Linden: „Da ist es die Aufgabe der Fachleute, der Öffentlichkeit die Fakten vor Augen zu führen, damit eine informierte Öffentlichkeit ihre eigenen Interessen wahrnehmen kann und die Politiker zum Frieden zwingt.“

Jal! Um die Methodik zu kennzeichnen, mit der von Politikern (oder andern Oberhäuptern) die Öffentlichkeit behandelt wird, nur ein relativ kleines Beispiel: Aus dem zynischen Scheusal, das lediglich Menschenfleisch goutiert, der Neutronenbombe, haben sie „Neutronenwaffe“ gemacht, Warum? Weil das harmloser und nach üblicher Verteidigung klingt.

Die Ratte, in einem toten Baum hockend, pläppert: „Da hättet und hättet ihrl... durch Schaden endlich klug werden müssen.“ Aber jetzt wollen „unser Herr Matzerrath“ und die Böse Stiefmutter von Schneewittchen wieder auftreten, auch Jorinde und Joringel, König Drosselbart, Rapunzel und Rübezahl und andere Märchenwesen. Doch sind sie alle Halbratten geworden, die auf den Hinterbeinen laufen; Menschenratten, Rattenmenschen — und Günter Grass erblickt sich selbst in Stockholm, für einen Nobelpreis der Ratten plädierend.

Er ist auf die Ratte gekommen, möchte man klagen. Im Laufe der 500 Seiten ist man manchmal sehr traurig, daß der Meister der *Wunderjahre* — sein schönstes und typischerweise am wenigsten gelesenes Werk —, daß dieser Dichter sich gezwungen sah, ein solch hektisches Potpourri zu formen. Er sagt immer von neuem, wie ihm zumute ist: „Ach Ratte, Rättlein! Was bleibt uns noch außer dem Dritten Programm? Wo ist noch Hoffnung? Mit wem zur Hand könnte ich... sagen: Noch sind wir! Es gibt uns! Wir wollen und werden...“

Es ist die Rättin, die nicht aufhört zu jammern. „... nicht mehr in Danzigs Gassen sah ich sie laufen,

in Müll behaust fand ich sie... Immer wieder der Große Knall. Immer wieder die Einsamkeit danach... Man wird uns nicht finden, weil niemand uns sucht... Es stinken Leichen aus noch so sorgsam vermauerten Kellern...“

Ich will auch einen andern der lobens- und liebenswerten Ärzte, Nils Pörksen, belehren lassen: „Nur die heilsame Unruhe kann bewirken, daß wir nicht alle gemeinsam, berechenbar und diszipliniert unserem Untergang entgegengehen...“ Und er findet, daß „die von Furcht ergriffenen Menschen die im Grunde normalen sind“ und sie, die „zur Tagesordnung übergehen können, im Grunde die Verrückten“.

G. G.: „Wie soll ich in meiner Raumkapsel ausharren, wenn nur noch das Wrack treibt...“ Er hört Anna Koljaiczek (aus der *Blechtrommel*) „brabbeln: Mecht doch zu Ende bald sain“. Grass desperat: „Müssen Flüsse bergauf fließen und Berge kopftstehen, damit ihr begreift?“

Die Punks kommen mit Ratten im Haar und auf den Schultern. Sie fragen ihre Lieblinge: „Was sollen wir tun, Ratte? Hilf uns doch, Ratte! Sag doch was, Ratte!“ Aber die Frauen, die nach Vineta fahren, sind schon vollständig haarlos und haben Wunden als Mund. Zuletzt existieren Menschen nur als Träume von Ratten.

„Der Rest geht in Gelächter unter, das zunimmt und sich zu erdumlaufender Heiterkeit auswächst...“ Ich denke, daß nicht eine einzige Ratte mehr da sein wird und Herrscherin die erdumlaufende Stille...

Hilde Rubinstein

Demokratische Traditionen

Walter Grab:

Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner.

Büchergilde Gutenberg, Frankfurt, 606 S., DM 39,—

Die Bürgerliche Gesellschaft zwischen Demokratie und Diktatur. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Walter Grab

Hrsg. von Jörn Garber und Hanno Schnitt

Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg, 226 S., DM 25,—

Die ersten deutschen Demokraten, Anhänger der Großen Französischen Revolution von 1789 und daher auch „deutsche Jakobiner“ genannt, wußten um die Notwendigkeit, daß „ein Volk seine Freiheit selbst erobern“ muß, soll diese Freiheit, soll demokratisches Denken fest verankert sein. Das deutsche Volk indes hat sich, im Unterschied etwa zum französischen, britischen, niederländischen und US-amerikanischen, diese Freiheit nicht selbst erobert, sondern bekam 1918 eher durch eine Kombination nicht gewollter Ereignisse, 1945 durch den Willen der Besatzungsmächte eine neue, demokratische Gesellschaftsordnung zugewiesen. Folgerichtig hatte es seine Demokraten „vergessen“. Erst Gustav Heinemann bemühte sich als Bundespräsident mit einem Erfolg darum, die Brinnerung an die 1848er Demokraten wiederzubeleben.

Daß es jedoch bereits ein halbes Jahrhundert zuvor demokratisch-republikanische Kräfte in Deutschland gab, dies ins Bewußtsein einer größeren Zahl von Bundesbürgern gehoben zu haben, kommt als Verdienst dem 1938 aus Wien geflohenen, heute in Tel Aviv lehrenden Historiker Walter Grab zu. Der mitt-

lerweile verstorbene Wolfgang Abendroth würdigte dies in seinem Vorwort zur Festschrift: „Walter Grab hat uns ein großes Stück weitergeholfen. Die westdeutsche Wissenschaft hat dem israelischen Professor sehr viel zu verdanken. Er hat ihr gezeigt, wie und an welchem Material, das sie bis dahin kaum beachtet hatte, man auch dem deutschen Volk seine demokratische Tradition zurückgeben kann.“

Walter Grab, der als Folge der Emigration erst im Alter von 37 Jahren mit dem Studium beginnen konnte und 1965 als 45jähriger bei Fritz Fischer in Hamburg, mit einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, seine Doktorarbeit abgeschloß, hat seine wissenschaftliche Arbeit vorwiegend einem Themenkreis gewidmet: „den wirklich demokratischen und kosmopolitischen Traditionen in der deutschen geschichtlichen Entwicklung seit der Periode der Französischen Revolution“ (Abendroth).

Diesen Traditionen sind auch die Arbeiten, die Marburger und Kasseler Freunde des israelischen Wissenschaftlers in ihrer Festschrift zusammengetragen haben, verpflichtet. Frauke Stübig, die vor einigen Jahren die einzige umfassende Arbeit über die Erziehungskonzepte der verschiedenen Fraktionen in der Französischen Revolution vorgelegt hat, ist in der Schrift mit einem Aufsatz über „konzeptionelle Überlegungen zur Französischen Revolution als Unterrichtsgegenstand“ vertreten. Daneben steht Jörg-Jochen Berns Problemkizze „Das Unpolitische — ein Wessensmerkmal deutscher Dichter und Denker?“. Weitere Aufsätze behandeln die aufklärerische Rolle der Verleger im 18. Jahrhundert am Beispiel der Braunschweigischen bzw. Wolfenbüttelschen Buchhandlung des Johann Heinrich Campe und die „Revolutionären Obleute“ als Keimzelle des Rätesystems im ersten Weltkrieg. Ein Beispiel dafür, daß nicht nur die älteren Demokraten, sondern auch die jüngeren Fa-

Schisten, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen der Vergessenheit anheim gegeben werden sollen, zeichnet Dietrich Krause-Volmar in einem Beitrag über den Terror gegen ausländische Zwangsarbeiter bei einem Rüstungskommando in Kassel zwischen 1940 und 1945 nach.

Die eigentliche „Festschrift“ für Walter Grab aber brachte die Büchergilde heraus. Sie bot ihm die Möglichkeit, sein Lebenswerk in einer großen Zusammenfassung mit zahlreichen Illustrationen und Faksimiles prächtig ausgestattet einer breiten Öffentlichkeit zu einem akzeptablen Preis vorzustellen. In ähnlicher Weise hatte die Büchergilde vor einigen Jahren eine Darstellung der Münchener Räterepublik („Literaten an die Wand“) ermöglicht. Wie groß das Bedürfnis nach mehr Information über diese von den deutschen Historikern übergangenen und in den Schulbüchern unterschlagenen Demokraten ist, wird nicht zuletzt daran deutlich, daß bereits vor der ersten Auslieferung mehrere tausend Vorbestellungen bei der Büchergilde vorlagen.

Walter Grab stellt zunächst die „politischen Ideale und Illusionen“ konservativer und liberaler Denker im Deutschland des Revolutionszeitalters vor, um dann gegen diese die Theorie und Praxis der deutschen Jakobiner abzuheben. Während die Konservativen und Liberalen, einschließlich der „Dichterfürsten“ in Weimar, an der — nationalen — Klassengesellschaft festhalten wollten, kennzeichnete die Jakobiner die Volksverbundenheit und damit eine prinzipiell demokratische, auf der Gleichheit aller Menschen beruhende Gesellschaftsworstellung sowie die Völkerfreundschaft, der Internationalismus.

Die herausragende Persönlichkeit unter den deutschen Demokraten der damaligen Zeit war ein Mann, dessen Name heute kaum mehr in einem Nachschlagewerk zu finden ist, dessen Veröffentlichungen und dessen intellektueller Einfluß auf

das Denken seiner Zeitgenossen aber gar nicht zu überschätzen ist: Eulogius Schneider — „ein Weltbürger zwischen Mönchszelle und Guillotine“, wie ihn Walter Grab, der ihn wie viele andere frühe Demokraten der Vergessenheit entrissen hat, nennt. Schneider bleibt denn auch nicht der einzige, der in seinem politischen und schriftstellerischen Wirken vorgestellt wird.

Drei größere Jakobinergruppierungen hat es zur Franzosenzeit in Deutschland gegeben. Zum einen die Jakobiner in den Rheinlanden, von denen die bedeutendsten, wie G. F. Rebmann — nicht zu verwechseln mit dem heutigen Generalbundesanwalt — in Mainz wirkten. Die zweite Gruppe hatte sich in Hamburg, genauer in Altona, wo eine größere Liberalität als in Hamburg herrschte, zusammengefunden. Die dritte Gruppe existierte in Wien, wo zuvor Joseph II. bescheidene Freiheitsräume geöffnet hatte. Doch selbst in Preußen fanden sich noch einige „radikale Demokraten und Revolutionsfreunde“, für die immerhin einige Jahre eine gewisse Wirkungsmöglichkeit bestand.

Ein besonderes Kapitel ist dem jüdisch-deutschen Spätaufklärer Saul Ascher gewidmet, der, 1767 geboren, der ersten Generation deutscher Juden angehörte, die in der Nachfolge Moses Mendelsohns zur Assimilation strebend mit nicht-jüdischer Bildung vertraut waren. Ascher, Buchhändler und Schriftsteller, starb 1822.

Sie alle wurden mit dem Hinweis auf die „Schreckenherrschaft“ der Jakobiner in Paris bestenfalls in der Literatur als Terroristen und Sympathisanten von Terroristen dargestellt. Während jedoch auf der Guillotine insgesamt keine 10 000 Menschen umgekommen sind, sind in den von den reaktionären Regimen gegen das revolutionäre Frankreich geführten Kriegen mehrere zehntausend ums Leben gekommen, ohne daß dies in den Geschichtsbüchern überhaupt Erwähnung findet.

In dem wohl eindrucksvollsten

Kapitel dieses Buches stellt Walter Grab das politische Erbe der Jakobiner dar. Er schreibt damit jene Tradition an der Stelle fort, an der Nikolaus Lenau in seinem dramatischen Gedicht über die erste religiöse-politische Aufstandsbewegung, die Albigenser, endete: „Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen / Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen / Mit Purpurnänteln oder dunklen Kutten; / Den Albigensern folgten die Husiten / Und zahlen blutig heim, was jene litten; / Nach Huß und Ziska kommen Luther, Hütten, / die dreißig Jahre, die Cevennenstreiter, / die Stürmer der Bastille — und so weiter“.

Die deutschen Jakobiner sind jene Freiheitskämpfer, die den Stab im „Staffellauf revolutionärer Bewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts“ weiterreichen und so den Anschluß an jene Zeit von 1848/49 herstellen, die Gustav Heinemann so wichtig war. Es ist ein besonders erfreuliches Ereignis, daß dieses Buch in einem Verlag erscheint, der — wie lange noch? — der demokratischen und Arbeiterbewegung verbunden ist.

Christoph Ehmann

Wettbewerb findet nicht statt

Franz-Josef Höller /
Frank Raudzus:

Die Konzentration der Energiewirtschaft. Kritik der Ordnungspolitik im Energiesektor der Bundesrepublik. Mit einem Vorwort von Ulrich Steger.

Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York, Campus Forschung Band 436, 202 S., DM 38,—

Die Kritik der Autoren trifft ins Mark: Die Untersuchungen der Monopolkommission und des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln hätten die Konzentration des Energiesektors der Bundesrepublik nur unzureichend und realitätsfern erfaßt, verharmlosend dargestellt und legitimierten so weitgehend den Status quo der realen Entwicklung.

Das Forschungsinteresse der beiden Autoren selbst geht über eine vornehmlich verbraucherpolitisch akzentuierte Kritik an der zunehmenden Konzentration in der Energiewirtschaft weit hinaus: Ihr Forschungsziel ist vielmehr, mittels einer Analyse der Konzentrationsprozesse die Notwendigkeit einer Revision der bisherigen Ordnungspolitik in der Energiewirtschaft zu begründen.

Dazu wird zunächst das Geflecht wirtschafts- (im besonderen: infrastruktur-, wachstums-, stabilitäts-, preis-, raumordnungs- und umweltschutz-) sowie sozialpolitisch motivierter Forderungen an die Energiewirtschaft skizziert und das derzeit herrschende ordnungspolitische Leitbild zur Sicherung dieser Funktionserwartungen herausgearbeitet. Dabei unterscheiden die Autoren den durch staatliche Rahmenbedingungen und eine Antikonzentrationspolitik gekennzeichneten Bereich des „ökonomischen Wettbewerbs“ zwischen privatwirtschaftlicher Unternehmung und dem Bereich der „öffentli-

chen Energieversorgung", ein durch staatlich kontrollierte Regional- oder Kommunalmonopole bestimmter „wettbewerblicher Ausnahmebereich“.

Ihre forschungaleitenden Fragestellungen formulieren die Autoren getrennt nach „Wettbewerbsbereich“ („Funktioniert die Organisationsform der ökonomischen Konkurrenz im Sinne der spezifischen Funktionserwartungen an den Energiektor?“) und „Bereich der Staatsaktivitäten“ („Funktioniert die Organisationsform der öffentlichen Energieversorgung? Gewährleistet das Regulierungsinstrumentarium, bestehend aus Preis-, Fach- und Missbrauchsaufsicht sowie öffentlichem Eigentum an den Unternehmen dieses Bereichs, die Erfüllung der zugeschriebenen Funktionen? Welche übergeordneten Ziele sollen die unternehmerischen Beteiligungen des Staates im Wettbewerbsbereich verfolgen? Werden die Vorgaben erfüllt?“).

Als Ergebnis ihrer auf ein umfangreiches Tabellenwerk sich stützenden Konzentrationsanalyse halten die Autoren fest, daß der Energiektor in der Bundesrepublik durch eine hohe horizontale, vertikale und diagonale Konzentration des Energieangebots auf wenige Energiekonglomerate gekennzeichnet sei: Besonders eng seien die Verbindungen zwischen den Unternehmen der Mineralöl- sowie der Gaswirtschaft auf der einen und der Elektrizitäts-, Atom- und Kohlewirtschaft auf der anderen Seite. In Konkurrenz ständen beide Gruppenmonopole lediglich auf dem Wäremarkt. Alle weiteren Bedarfsmärkte würden je von einem

der Gruppenmonopole ausschließlich beherrscht.

Bezüglich der Bewertung der „Staatsaktivitäten“ kommen sie zu dem Schluß, daß der energiewirtschaftliche Interventionismus den Bereich der Ordnungspolitik längst verlassen habe: Der Staat treibe die Konzentration voran und konserviere dazu die Strukturen weiter Bereiche. Dieses zeige sich besonders in der Kohlewirtschaft. In den Fällen, in denen der Staat seinen unternehmerischen Beteiligungen eine der rein marktüblichen Verwertung der Produkte und Dienstleistungen übergeordnete Aufgabe vorgegeben habe, sei diese in keinem Fall eingelöst worden. Die in der öffentlichen Energieversorgung vorgenommene Kontrolle sei ineffektiv: Der Missbrauchsaufsicht fehlten die Kriterien, an denen die Angemessenheit der Strompreise beurteilt werden könne. Die Pachaufsicht beschränke sich auf die Prüfung, ob durch weitere Investitionen die Sicherheit der Energieversorgung gewährleistet sei. Dieses sei aber bei jeder Kapazitätsverweiterung der Fall. Die Preisaufsicht reduziere sich wegen mangelnder Vergleichbarkeit des Rechnungswesens und der Absatzstruktur der verschiedenen Energieversorgungsunternehmen auf die Prüfung der Frage, ob die von den Unternehmen angemeldeten Preiserhöhungen durch Kosten erhöhung gerechtfertigt seien. Auch werde nie die Kostenstruktur des alten Sockels überprüft. Es müsse festgestellt werden, daß die öffentlichen Unternehmen im Energieversorgungsbereich primär eine erwerbswirtschaftliche und nicht eine bedarfswirtschaftliche Zielorientie-

rung hätten.

Im Rahmen einer „wettbewerbs-theoretischen“ Bewertung resümieren die Autoren, daß die gesamte Energiewirtschaft aufgrund „natürlicher Wettbewerbsbeschränkungen“ ausnahmslos einen Ausnahmebereich darstelle, der einer Ausnahmeregelung zu unterstellen sei. Auch unter der Anwendung der Maßstabe des Kantzeubachschen Konzepts des funktionsfähigen Wettbewerbs sei zu folgern, daß für diesen Sektor eine Ausnahmeregelung, „eine Planung nötig sei, eben weil der Wettbewerb nicht mehr möglich sei“. Die Frage sei aber, „wie weit der mit diesem Sektor... vielfältig und intensiv verflochte Staat in der Lage sei, eine solche Planung durchzusetzen“.

Hölker und Raudzus legen eine erfreulich klar strukturierte, materialreiche Untersuchung vor, die unter wissenschaftlich-wettbewerbs-theoretischen Aspekten mit ebenso großem Gewinn gelesen werden dürfen wie unter primär praktisch-politischen Fragestellungen.

Man könnte den Autoren entgegenhalten, daß sie im Grunde beim ersten Schritt stehen geblieben wären: Sie hätten zwar eine „wohlbegründete“ Kritik geboten, die ihrer Meinung nach zu beschreitende Alternative aber nur vage angedeutet. Nun, sie haben offenbar selbst diesen Mangel erkannt und in der Schlußbemerkung eine projektierte Arbeit aus ihrer Feder über „ein neues Leitbild für die wirtschaftspolitische Gestaltung der Energiewirtschaft“ erwähnt. Man darf darauf mit Recht gespannt sein.

Ulrich Hoppe